



21. Heft | 19. Oktober 1916

## LUDWIG QUESSEL · DIE KONTROLLE DER AUSWÄRTIGEN POLITIK

**ES** ist vor dem Krieg viel über Wert und Unwert des parlamentarischen Regierungssystems gestritten worden. Man hat behauptet, daß eine Regierung durch Beamte, wie sie der sogenannte Obrigkeitsstaat aufweist, einer Regierung durch Parlamentarier überlegen sei. Diese Meinung ist durch den Krieg stark erschüttert worden. Auch in Kreisen, die England und allem Englischen in tiefster Feindschaft gegenüberstehen, gibt man heute zu, daß, wie man die Angelegenheit moralisch auch immer werten möge, die vollständige Einkreisung der Zentralmächte durch England eine politische Leistung ersten Ranges gewesen sei, der man auf der Gegenseite nichts Gleichwertiges entgegenstellen könnte. Geht man den Ursachen dieser Erscheinung nach, so erkennt man, daß das Londoner Auswärtige Amt seit 1904 bewußt und planmäßig auf die Verwirklichung eines parlamentarischen Mehrheitswillens hinarbeitete, der auf die Niederhaltung Deutschlands zum Zweck der Vernichtung des deutschen Wettbewerbs ausging, und der zum Krieg führen mußte. Die auswärtige Politik der englischen Regierung war von dem (ausgesprochenen oder unausgesprochenen) Willen des Parlaments getragen.

Die parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik, zu deren Einführung bei uns von manchen Seiten die Schaffung besonderer Organe vorgeschlagen wird, liegt in England im System selbst. Man muß bedenken, daß an der Spitze des Londoner Auswärtigen Amtes der liberale Abgeordnete Sir Edward Grey als Hauptstaatssekretär steht, daß in seinen Händen alle Fäden der Politik zusammenliefen. Aber Grey war doch nicht etwa deshalb ins Auswärtige Amt gelangt, weil er der Vertraute des Königs, sondern deshalb, weil er Abgeordneter und Mitglied derjenigen Partei war, die durch die Wahlen von 1904 die Mehrheit im Parlament erlangt hatte. Wie Grey so gehörten auch alle anderen Minister zur liberalen Partei, als deren Vertrauensmänner sie die Regierung auszuüben hatten. Ihre liberalen Fraktionskollegen konnten sie jederzeit vor das Forum der Fraktion ziehen, um Auskunft und Rechenschaft von ihnen zu heischen. Wenn trotz dieser Sachlage, die es der liberalen Partei gestattete die strengste Kontrolle über alle Handlungen des Foreign Office auszuüben, auch in England über Geheimdiplomatie geklagt wird, so ist dieser Ausdruck in Wirklichkeit irreführend, weil es sich in Großbritannien gar nicht um Geheimdiplomatie sondern nur um Geheimparlamentarismus handeln kann. Die

britischen Diplomaten im Ausland konnten ihre Berichte an niemand anders richten als an die Abgeordneten Grey und Asquith, von denen der eine im Auftrag seiner Partei das Amt des Leiters des Foreign Office, der andere das des Ministerpräsidenten bekleidete. Die beiden Abgeordneten waren verpflichtet zunächst ihre Kenntnis der Dinge an diejenigen Abgeordneten, die als Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre der Regierung angehörten, weiterzugeben und dann, soweit irgend tunlich, ihre Fraktion über alle Verhältnisse zu informieren. Es ist nun leicht einzusehen, daß bei einem Regierungssystem wie dem englischen, wo die Regierung von den Abgeordneten selbst im Auftrag ihrer Partei ausgeübt wird, die Diplomaten gar nicht mehr in der Lage sind dem Parlament etwas zu verheimlichen, was in den Bereich ihrer amtlichen Tätigkeit fällt. Eine andere Frage ist es freilich, wie groß die Zahl der Abgeordneten ist, die wirklich erfahren, was vorgeht. Von Grey behaupten seine Gegner, daß er nicht einmal den Abgeordneten Asquith, der ihm in der Regierung als Ministerpräsident doch übergeordnet war, ausreichend über die Geschäfte des Auswärtigen Amtes unterrichtet habe. Die Anhänger des Abgeordneten Grey bestreiten das allerdings und sagen, daß, solange es in England ein parlamentarisches Regierungssystem gibt, noch kein Hauptstaatssekretär des Auswärtigen Amtes so eingehend und gründlich informiert habe wie gerade Sir Edward Grey.

Man mag nun der einen oder der andern Seite glauben: die eine Tatsache zeigt sich dem unbefangenen Beobachter, der den ungebrochenen, ja sich verstärkenden Kriegswillen Englands feststellen muß, daß die Greysche Politik tatsächlich die des englischen Parlaments ist. Das parlamentarische Regierungssystem hat hier also das Ergebnis einer einheitlichen Zielsetzung und Willensstärke gehabt. Es erweist sich dadurch dem Obrigkeitssystem überlegen. Im Sinn dieser Auffassung erklärte der Redner der national-liberalen Partei in der Sitzung der Budgetkommission am 9. Oktober bei der Beratung der Anträge auf Einsetzung von parlamentarischen Ausschüssen zur Kontrolle der auswärtigen Politik, daß seine Partei sich durch die Einwendung, das sei ein Schritt zum parlamentarischen System, nicht mehr schrecken lasse; die Erfahrungen des Krieges hätten die Anschauungen in dieser Hinsicht gewandelt. Im Grunde hat also der Krieg vollauf bestätigt, was hier über die Leistungen der parlamentarischen Regierung im Mai 1914 von mir ausgeführt wurde:

»Daß ähnlich wie im Zentrum auch in der nationalliberalen Partei sich Männer finden, die volles Verständnis für die Unzulänglichkeit des dualistischen oder bürokratischen Regierungssystems haben, kann angesichts der herben Kritik, die von nationalliberaler Seite an unserer bürokratischen Auslands politik geübt worden ist, nicht gut angezweifelt werden. Überhaupt muß ja auf dem Gebiet der Auslands politik die Unzulänglichkeit des bestehenden Regimes am schärfsten hervortreten, weil hier unsere Diplomatie ihre Kräfte wohl oder übel mit Männern messen muß, die als Vertrauensleute des Parlaments nicht gewohnt sind die Welt mit den Augen des Bürokraten zu betrachten. Daß Frankreich soldatisch schwächer und doch politisch stärker ist als Deutschland, daß die Republik es vermocht hat seit Sedan zum Rang der dritten europäischen Weltmacht emporzusteigen, während das militärgewaltige Deutsche Reich mit seinen 2,8 Millionen Quadratkilometer Kolonialbesitz gegenüber Frankreich mit 7,2 Millionen Quadratkilometer nur als Nationalstaat angesehen werden kann, das ist . . . die Folge der verschiedenen Regierungssysteme beider Länder. Die Bürokratie, die auf Unter- und Einordnung beruht, vermag Führernaturen nicht hervorzubringen. Andererseits verhindert das

bureaukratische Regierungssystem, daß die Staatsmänner sich aus den Reihen der Parlamentarier rekrutieren, . . . daß politische Talente hochkommen.<sup>1)</sup>

Niemand wird nun bestreiten wollen, daß auch der Regierung durch Abgeordnete schwere Mängel anhaften. Die Erfahrung zeigt aber, daß Staaten, die sich dem parlamentarischen Regierungssystem widersetzen, Gefahr laufen von den parlamentarisch regierten Staaten überflügelt zu werden. Das beginnt man jetzt selbst in Rußland zu begreifen, da man den Abgeordneten Protopopow zum Minister gemacht hat. Man hat also den Parlamentarismus nicht etwa, wie dies bei uns meist geschah, als eine bloße Frage der Erweiterung der Volksrechte anzusehen sondern auch, und dies in erster Linie, als ein Erfordernis nationaler Selbsterhaltung und Machtstärkung. Ganz verkehrt ist es aber die Parlamentarisierung der Politik von Verfassungsänderungen zu erwarten. Daß die Regierung durch Abgeordnete und nicht durch Beamte geführt werden soll, steht auch in England nirgends geschrieben. Überall, wo das parlamentarische Regierungssystem besteht, hat es sich durch die Praxis vermöge seiner innern Überlegenheit durchgesetzt.

Auch in Deutschland sind bereits Versuche in der Richtung zum Parlamentarismus gemacht worden. Es ist überaus bezeichnend, daß es jedesmal Fragen der auswärtigen Politik oder dessen, was mit ihr zusammenhängt, waren, die dazu führten. Als Fürst Bülow mit seinen Bemühungen eine Intensivierung unserer Kolonialwirtschaft herbeizuführen beim Reichstag kein Verständnis fand, schritt er zu dessen Auflösung und erzielte für seine Politik bei den Neuwahlen eine starke Mehrheit, als deren Vertreter er in gewissem Sinn die Regierungsgeschäfte führen wollte. Dieser Versuch mußte allerdings mißlingen, weil diese Mehrheit, der Bülowblock, aus absolut heterogenen Elementen zusammengesetzt war. Zu einem ähnlichen Versuch kam es bei der innern Krise im November 1908. Auch damals war es ein Problem (und das wichtigste) unserer Auslandspolitik, nämlich unser Verhältnis zu England, das den Anlaß zu jenen Auseinandersetzungen abgab. Und bei den gegenwärtigen Bemühungen der Abgeordneten sich einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der auswärtigen Politik zu verschaffen handelt es sich um das gleiche Zentralproblem, das immer noch, nach 27 Monaten Weltkrieg, ungelöst vor uns liegt.

Mit Formalien, wie sie die Anträge der Parteien, die Schaffung oder Erweiterung von Ausschüssen usw., im Grunde darstellen, wird man sich dem parlamentarischen Regierungssystem allerdings nicht viel nähern. Nur eine Mehrheit, die weiß, was sie will, ist wirklich imstande die auswärtige Politik zu bestimmen. Also Klarheit darüber, wie diese Politik zu orientieren ist, ist die erste Vorbedingung. Davon ist aber bei den Parteien vorläufig noch nicht viel zu bemerken. Es fehlt vielfach die Einsicht, daß man sich über die Richtung der zukünftigen Politik entscheiden, die einmal gewählt dann aber auch festhalten muß. Man kann nicht nach allen Seiten vorgehen: weder mit geballter Faust noch mit freundlicher Bitte. Von dieser Einsicht werden aber in den politischen Parteien weder hüben noch drüben die richtigen Konsequenzen gezogen. Wir müssen uns darüber klar werden, daß bei dem tiefgehenden deutsch-englischen Wirtschaftsgegensatz

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel Das parlamentarische Regierungssystem und der Imperialismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 1. Band, pag. 549 und 551.

an eine Verständigung mit England so lange nicht zu denken ist, als Deutschland sich nicht durch eine Konzentration der Kräfte, durch einen Zusammenschluß derjenigen Mächte, deren Interessen bei einem Zusammengehen am besten gewahrt werden, gegen Vergewaltigungsabsichten geschützt hat. Nur wenn England nicht mehr in der Lage ist eine kontinentale Koalition gegen Deutschland aufzubieten, wird es sich mit dem wirtschaftlichen Weiteraufstieg Deutschlands abfinden; dann kann es zu einem modus vivendi kommen. Anders steht die Sache im Osten, da die Interessen der beiden verbündeten Ostmächte nicht durchaus gegen die unsrigen laufen. Von Japan trennen uns überhaupt keine Gegensätze, von Rußland nur solche sekundärer Art, die einen Ausgleich zulassen. Für die polnische Frage zum Beispiel kann eine Lösung gefunden werden, mit der sich auch Rußland sehr wohl einverstanden erklären könnte. Und die eigentliche Lebensfrage für Rußland: der Zugang zum Meer, würde am leichtesten durch ein Einverständnis mit den Zentralmächten und der Türkei in einer den berechtigten russischen Ansprüchen genügenden Weise gelöst werden können; insbesondere trifft dies für die Durchfahrt durch die Dardanellen zu, die den Staaten des Schwarzen Meers durch Vertrag geöffnet werden könnten. Alles dies ist in den Sozialistischen Monatsheften seit langem als möglich gezeigt und als Sicherung unserer Zukunft klargelegt worden. Der Führer der Zentrumspartei, der Abgeordnete Dr. Spahn, hat in der Reichstagssitzung am 11. Oktober betont, »daß in Zukunft nicht Antipathieen oder Sympathieen zu einzelnen der Völker im Osten maßgebend sein können für die Beziehungen, die wir mit ihnen anknüpfen«, sondern nur die tatsächlichen Verhältnisse. Und es ist sehr der Beachtung wert, daß er da die folgende Feststellung gemacht hat:

»Wir und Österreich-Ungarn waren schon vor Jahren bereit uns mit Rußland über die Frage der Öffnung der Dardanellen auseinanderzusetzen, wie wir von Ährenthal wissen.«

In der Tat: Es besteht kein deutsches, kein österreichisch-ungarisches und kein türkisches Interesse, das der Öffnung der Dardanellen für russische Kriegsschiffe widerspräche.

Man wird nun freilich den Ansätzen, die sich für ein parlamentarisches Regierungssystem in Deutschland zeigen, noch keine zu große Bedeutung beilegen dürfen. Das Verständnis dafür, wie unsere auswärtige Politik zu leiten ist, ist im Wachsen. Doch bedarf es dazu nicht nur des Intellekts sondern vor allem des Willens. Es ist einleuchtend, daß der Mut zur Verantwortung gerade in Fragen der auswärtigen Politik die wichtigste Voraussetzung des parlamentarischen Regierungssystems ist. Diese Verantwortung kann sich freilich nur auf eindringender Sachkunde aufbauen. Beides fehlt uns noch einstweilen. Um Deutschland zu parlamentarisieren, ist also, weit mehr noch als die Neuorientierung oben, die Neuorientierung unten notwendig. Wie hier schon in der Besprechung der sozialdemokratischen Reichskonferenz ausgeführt wurde:

»Zu jedem Parlamentarismus gehört eine arbeitsfähige Mehrheit. Diese kommt aber nicht von ungefähr sondern nur durch klare Erkenntnis gemeinsamer Interessen und durch ausgesprochenen Willen zu produktiver Arbeit.«<sup>2)</sup>

Das gilt vor allem für die auswärtige Politik, die doch das Schicksal unseres

<sup>2)</sup> Siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1062.

Volkes überhaupt bestimmt. Keine Regierung, sie sei welche auch immer, kann den Parteien die Freiheit den Staat durch ihre Vertrauensmänner zu regieren geben, wenn diese nicht den Mut haben, sei es von links oder rechts her, eine feste Mehrheit zu bilden, die in dem Wesentlichen der Politik zusammensteht und so selber das Massiv der Regierung darstellt. Hier helfen keine ausgeklügelten Verfassungs- oder Geschäftsordnungsbestimmungen. Hier hilft nur die Zusammenarbeit, die Verabschiedung aller Intransigenz, wie sie der Reformismus anstrebt. Es gibt nur diesen einen Weg zum Parlamentarismus. Wenn man ihn nicht beschreitet, so wird in Deutschland auch nach dem Krieg das Parlament keine Kontrolle der auswärtigen Politik ausüben können, wie sie jetzt von allen Parteien, mögen sie der Demokratie freundlich oder feindlich gegenüberstehen, aus Gründen unserer nationalen Selbstbehauptung angestrebt wird.

XX  
**MAX SCHIPPEL · RUSSISCHER ALP UND DEUTSCHE DEMOKRATIE**



AS jahrelanges Aufklärungsbemühen nicht vermochte, hat der Krieg rasch durchzusetzen begonnen. Stetig zunehmende Parteikreise werden sich von Tag zu Tag klarer über den grundlegenden Gegensatz zwischen England und Deutschland, der seit langem schon für alle europäischen Großstaaten die ganze Richtung ihrer Außenpolitik maßgebend bestimmte. Hand in Hand mit diesem Erkenntnisfortschritt gewinnt die ruhigere Beurteilung Rußlands und des vermeintlich unüberwindlichen dauernden Gegeneinanderlaufens von russischen und deutschen Interessen zusehends an Boden.

Wo man früher wie gebannt nur auf den abschreckenden *Zarismus* und *Despotismus* hinstarrte, erblickt man jetzt, in wesentlich anziehenderer Gestalt, die vielseitige russische Wirklichkeit: das russische Volk, die modernen Klassen Rußlands, deren politisches und wirtschaftliches Fortschreiten getrost den Vergleich mit dem früher allzu einseitig eingeschätzten *Westeuropa* aufnehmen kann; sieht man an Stelle der bloßen absolutistischen Willkürpolitik große innere und äußere Wirtschaftsentwickelungen, mit denen man wie mit anderen Entwicklungsnotwendigkeiten rechnen muß, die aber keineswegs darauf hinweisen, daß die heutige russische Stellungnahme zu den deutschen und englischen wirtschafts- und weltpolitischen Strebungen auf absehbare Zeit und in den großen Grundzügen unveränderlich bleiben müsse. Auch wenn diese neuen Wertungen nicht sofort ganz übereinstimmend ausfallen, so handelt es sich doch vorläufig in erster Linie nur um die weniger voreingenommene Abwägung der durchschlagendsten deutsch-englischen gegen die wichtigsten deutsch-russischen Beziehungen, nach Gegenwartstatsachen und Zukunftswahrscheinlichkeiten, und zum mindesten hierin nähern sich die Anschauungen unserer immer zahlreicher werdenden Genossen, die sich ernsthaft mit den russischen Möglichkeiten befassen (wie Quessel, Severing, Cohen, Kranold, Jansson, Peus, Lensch, Müller und noch manche anderen), ganz unverkennbar mehr und mehr.

In einem solchen Zeitpunkt ist ein geschichtlicher Rückblick auf die entsprechenden bisherigen demokratischen Meinungsströmungen, ihre leicht auf-

zufindenden Ursachen, ihre offenbaren Irrtümer und Einseitigkeiten, ihre Wandlungen und Wirkungen doppelt lehrreich. Ein Vorurteil, das sich allmählich auflöst, wird noch fühlbarer erschüttert, wenn schon die ganze Geschichte seiner Entstehung und Ausbreitung nicht gerade als Niederschlag und Verkörperung vorbildlicher politischer Einsicht und Reife erscheint, wenn man im Gegenteil gewahrt, wie sehr hierbei besondere Erfahrungen, die bei allem ihrem augenblicklich großen persönlichen Eindruck geschichtlich immerhin nur als vergängliche Zufälligkeiten aufgefaßt werden sollten, die tieferliegenden und an sich viel gewichtigeren Entscheidungsgründe so sehr überwucherten, daß diese schließlich für die Urteilsbildung ganz ent schwanden.



IE nachhaltigste und einschneidendste Beeinflussung unserer sozialdemokratischen Parteikreise ging auch auf dem hier erörterten Gebiet von Marx selber aus, der, man darf sagen: bis zu seinem Lebensende, daran festhielt: die ganze sozialistische Außenpolitik einfach auf die eine unantastbare Gegnerschaft gegen Rußland einzustellen, und der in seinen Befürchtungen vor russischer Verschlagenheit und Weltherrschaftsdrohung sogar so weit ging England selber, durch Verrat und Feilheit seiner Regierungsleiter, stets, schon lange vor dem 19. Jahrhundert, im Schlepptau Rußlands und der russischen Reaktion zu sehen. Bis zum krassesten prinzipiellen Vorurteil gesteigerte partei- und tagespolitische Abneigung rissen hier den sonst so weitblickenden und unbefangenen Historiker zu den wunderlichsten Einbildungen fort; und es ist kennzeichnend, daß der verdienstvollste der jüngeren parteigenössischen Marxforscher, Rjasanow, der Herausgeber des weitem literarischen Nachlasses von Marx und Engels, bei einer Zusammenstellung der Marxschen Hauptäußerungen über russische Politik, vor ein paar Jahren zugleich die vernichtendste Kritik an den Marxschen diplomatiegeschichtlichen *Ent-hüllungen* üben mußte,<sup>1)</sup> die zweifellos zu den ungerateten Kindern des Marxschen Genius gehören, an denen jedoch der Meister mit einer schier unbegreiflichen Vorliebe und Hartnäckigkeit hing: etwa ähnlich (um Großes mit Kleinem zu vergleichen) wie Bebel an dem Tuckerbrief und der Petersbeschuldigung.

Auch Rjasanow hebt die mehr zufälligen und parteipsychologischen als dauernd grundlegenden und politisch-historischen Ursachen der alten demokratischen Stellungnahme zutreffend hervor. Hinter den Demagogenverfolgungen der Restaurationsjahre hatte man stets die Hand Rußlands wahrgenommen: schon damals kaum mit sehr richtigem Augenmaß, denn die treibende Kraft hatte stets viel mehr bei Österreich und Metternich (nach Engels Zeit seines Lebens dem »Hauptgegner Rußlands«) gelegen als beim Zaren und in Petersburg. Aber gleichviel: wenn ein erregter Burschenschaftler für seine maßlose Erbitterung ein Opfer verlangte, so suchte er es, wie im Fall Kotzebue, in erster Reihe in einem russischen Staatsrat und Werkzeug. Den kläglichen Ausgang im schleswigschen Befreiungs- und Einigungskrieg, die Wiederauslieferung Schleswig-Holsteins an die dänische Fremdherrschaft führte man vor allem auf den anmaßenden russischen Einspruch gegen die gefürchtete einflußreichere und gefährlichere Festsetzung

<sup>1)</sup> Siehe Rjasanow Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa, 5. Ergänzungsheft zur Neuen Zeit (Stuttgart 1909); die wörtlichen Zitate pag. 29 und 63.

Deutschlands an der Ostsee zurück. In der raschen Unterdrückung des preußisch-polnischen Aufstands bemerkte man, verhältnismäßig viel weniger als die Hand der eigenen preußischen und deutschen Regierungen, die Tatze des russischen Bären. Der Einmarsch russischer Truppen gegen die vergötterte ungarische Revolution steigerte den längst glimmenden Haß vollends bis zu rasender Weißglut.

Ganz in diesen besonderen Vorbedingungen und Stimmungen wurzelt auch die allgemeine Auffassung und Stellungnahme von Marx. Bei ihm kam jedoch hinzu, daß er in England mit Urquhart näher bekannt wurde, der lange Zeit der unermüdlichste Ankläger Rußlands blieb, der stets die jämmerliche Schwäche der englischen Regierung in der Behandlung der orientalischen Frage an den Pranger zu stellen suchte und der vor allem auch den Lord Palmerston der, freilich sorgsam verhüllten, rückgratlosen Liebedienerei gegen Rußland zieh. Solche und ähnliche Anregungen brachten Marx dazu sich in ganz ungewöhnlicher Weise in die Vorgeschichte dieser von vornherein verdächtigen englisch-russischen Beziehungen zu vertiefen und diese archivmäßigen Studien führten ihn zu dem verblüffenden, aber beharrlich verfochtenen Ergebnis, »daß die Khans der Goldenen Horde in keinem höhern Grad die Werkzeuge zur Ausführung der Pläne Iwans III. und seiner Vorgänger waren als England das Werkzeug Peters und seiner Nachfolger, deren Pläne es verwirklichen half«. Wie Ende der vierziger Jahre die Neue Rheinische Zeitung, so predigen diese Aufsätze und Flugschriften der fünfziger Jahre mit immer wachsender Heftigkeit den Kampf gegen dieses unheimlich geschäftige und geschickte Rußland, und selbst die berühmte Inauguraladresse der Internationale von 1864 wendet sich am Schluß ausdrücklich und ganz unvermittelt gegen »den schamlosen Beifall, die nur scheinbare Sympathie oder den beschränkten Gleichmut, mit welchem die oberen Klassen Europas die Bergfestung des Kaukasus Rußland zur Beute fallen und das heldenmütige Polen durch Rußland haben vernichten sehen«, und wiederum sind es »die unwillkürlichen Übergriffe dieser barbarischen Macht, deren Haupt in Sankt Petersburg, deren Hände in allen Kabinetten Europas sind«, die die arbeitenden Klassen »die Pflicht lehren« sollten »selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemeistern«.

Wie diese unverlierbare, wenn auch wissenschaftlich noch so unbewußte und ungewollte antirussische Tendenz Marx bei seinen eigenen arbeitsreichen Versuchen in die Mysterien wenigstens der englisch-russischen Diplomatie einzudringen vollkommen irreleitete und vollkommen blind machte gegen die einfachsten Interessenzusammenhänge, aus denen sich die frühere englische Politik, ohne Verrat und Feilheit, zur Genüge erklärt; wie er, in schreiendem Widerspruch zu seiner allgemeinen Geschichtsauffassung, aus Regierungsallmacht, asiatischer Regierungswillkür und barbarischer Regierungstüchtigkeit gegenüber einer als selbständige Entwicklungstriebkraft so gut wie ausgeschalteten Gesellschaft, alles herleitete, was, wie zu erwarten war, auf das engste mit der ganzen Wirtschaftsstellung und den inneren wirtschaftlich-sozialen Umbildungen Rußlands zusammenhing: darüber möge man das Nähere in der ausgezeichneten, auch wirtschafts- und handelsgeschichtlich überaus fesselnden Abhandlung Rjasanows nachlesen:

»Marx hat diese inneren Bedingungen der Entwicklung des Absolutismus in Rußland nicht beachtet. Darum verschwinden in seiner Darstellung 2 Jahrhunderte russischer Geschichte, . . . die sich durch eine grundlegende Verschiebung der gesellschaftlichen Klassen auszeichnen. . . Indem Marx die ganze innere Geschichte Rußlands von Iwan III. bis Peter I. außer acht ließ, verschloß er sich auch den Weg zum Verständnis der äußern Politik Rußlands.«

Diesem Irrtum: in Rußland lediglich den abstoßenden Zarismus und nichts von den anziehenden Wirtschaftsriesenkräften und den elementar gewaltigen inneren Wirtschaftsumgestaltungen zu gewahren, ist ein großer Teil unserer *revolutionären* Demokratie allerdings bis auf den heutigen Tag treu geblieben, so daß Rjasanow am Ende seiner kritischen Untersuchungen mit Recht schreiben darf:

»Immer mehr verlor das alte Schema der auswärtigen Politik der europäischen Demokratie seinen Sinn, das Marx und Engels sich in seinen Hauptzügen angeeignet hatten: hie Westeuropa, hie das asiatische Rußland; hie die Revolution, hie der Hort der europäischen Reaktion, der Absolutismus. Die traditionellen Vorstellungen hatten sich indes fest eingebürgert, und die internationale Sozialdemokratie änderte nur mit Mühe ihre Ansichten über eine ganze Reihe von Fragen, die die bürgerliche Gesellschaft aufgerollt hatte. Ebenso wie die bürgerliche Demokratie operierte sie auf dem Gebiet der auswärtigen Politik mit den überlieferten Begriffen von revolutionären und reaktionären Rassen und Staaten, ohne den historischen Prozeß zu analysieren, der den sozialen Charakter der gegebenen Regierung und die Klassenzusammensetzung des Volkes veränderte, das diese Regierung verdiente.«



M Marxens wunderliche Hartnäckigkeit zu beleuchten, ließe sich noch auf einige spätere, heute schon fast vergessene Einzelheiten hinweisen. Zugleich stoßen wir dabei auf die unermüdliche anti-russische Agitation Wilhelm Liebknechts, die zwar sofort, in den grünsten Jugendjahren unserer deutschen Partei nicht ganz unangefochten gelassen wurde, die den meisten von uns jedoch zunächst als ein wahres Meisterstück politischer Weitsicht und Tatkraft galt. Wer würde heute noch so leichtgläubig und optimistisch sein wollen?

1878 in Liebknechts Schrift Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? finden sich zwei Briefe angehängt eines »Freundes, der die orientalische Frage studiert hat wie kaum ein zweiter. Das scharfe Urteil, der sichere Blick, die umfassenden Kenntnisse verraten den Meister. Ex ungue leonem.«<sup>2)</sup> An der Verfasserschaft von Marx kann nach Inhalt und Form kein Zweifel sein, und Marx lebt hier noch ganz, und ganz mit der frühern Leidenschaft, in der alten Vorstellungswelt. Wo sich eine Stimme zugunsten der geschichtlich unvermeidlichen Emanzipation der europäisch-christlichen Balkanvölker von der asiatisch-mohammedanischen Türkenherrschaft rührt, wittert er nach wie vor Verrat und nichts als Verrat:

»Die Sachen sind anders gegangen [nämlich nicht im Sinn einer Parteinahme für die Türkei]. Warum? Infolge des Verrats von England und Österreich. England, ich meine die englische Regierung, hat zum Beispiel die Serben gerettet, als sie geschlagen waren. . . Österreich hinderte die Türken ihre Siege in Montenegro fruchtbringend zu machen. . . Disraeli war (ist noch) gelähmt im eigenen Kabinett durch den russischen Agenten Marquis von Salisbury, den Intimus des Ignatius, den Großkophta of Common place Earl of Derby und den jetzt abgetretenen Earl of Carnarvon. . . Ein Gutes haben die Russen erreicht; sie haben die große liberale Partei Englands gesprengt und für lange regierungsunfähig gemacht, während die Torypartei die Mühe sich totzumachen, durch die Verräter

<sup>2)</sup> Siehe Liebknecht Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden? Ein Mahnwort an das deutsche Volk, 2. Auflage /Leipzig 1878; die wörtlichen Marxzitate pag. 57 und 59, die Liebknechtzitate pag. 32, 48, 43 f., nochmals 43 f., 26, 37, 33, 50, 4, 56.



Derby und Salisbury (dieser das eigentliche russische Triebrad im Kabinett) in offizieller Weise vollzogen hat.«

In hellem Ingrimms über die nicht genügende Russenfeindlichkeit und Kriegslust bricht er gegen die englischen Arbeiterpolitiker und Gewerkschaften in Schmähungen aus, wie sie in gleicher Heftigkeit kaum je bei ihm wiederzufinden sind:

»Die englische Arbeiterklasse war nach und nach durch die Korruptionsperiode seit 1848 tiefer und tiefer demoralisiert worden und endlich so weit gekommen nur noch den Schwanz der großen liberalen Partei, das heißt ihrer Knechter, der Kapitalisten, zu bilden. Ihre Lenkung war ganz übergegangen in die Hände der verkäuflichen Trade Unions-Führer und Agitatoren von Handwerk. Diese Burschen schrien und heulten in majorem gloriam des völkerbefreienden Zar, hinter den Gladstone, Bright, Mundella, Morley, dem Fabrikantenpack usw., während sie keinen Finger rührten für ihre eigenen in Südwalles von den Grubenbesitzern zum Hungertod verurteilten Brüder. Die Elenden! Um das Ganze würdig zu krönen, haben in den letzten Abstimmungen des Hauses der Gemeinen (am 7. und 8. Februar, wo die meisten Großwürdenträger der *großen liberalen Partei*, die Forster, Lowe, Harcourt, Goschen, Hartington und sogar der große John Bright selbst ihre Armee im Stiche ließen [3]) und bei der Abstimmung durchbrannten, um sich durch ein Votum nicht gar zu sehr zu kompromittieren) die einzigen Arbeitervertreter im Haus der Gemeinen, und zwar, horrible dictu, direkte Vertreter der Minenarbeiter und selbst Minenarbeiter von Haus aus, Burt und der erbärmliche MacDonnell mit dem für den Zar schwärmenden Rumpf der *großen liberalen Partei* gestimmt! Aber die rasche Entfaltung der russischen Pläne hat plötzlich den Zauber gebrochen, die *mechanische Agitation* (Fünfpfundnoten die Haupttriebfeder des Mechanismus) gesprengt; in diesem Augenblicke wäre es *leibesgefährlich* für die Mothershead, Howell, John Hales, Shipton, Osborne und das ganze Pack ihre Stimme in einem öffentlichen Arbeitermeeting hören zu lassen; sogar ihre Corner- und Ticketmeetings (Winkelmeetings gegen Eintrittskarte) werden von der Volksmasse gewaltsam aufgelöst und auseinandergejagt.«

Hier haben wir also ganz noch den Marx der fünfziger Jahre, der den Friedensmonomaniac, die berechnend feige *Shopkeeper*-größe Cobden mit ungemessenen Worten der Verachtung überhäufte und der das Sprengen von manchesterparteilichen Friedensversammlungen durch Arbeiter und Chartisten jedesmal wie ein bedeutungsvolles Ereignis über den Ozean berichtete.)

Fast noch unbändiger war jedoch Wilhelm Liebknecht, Marxens Zögling und Gehilfe. »Wenn sie wenigstens noch Reformtürken wären, aber sie sind gleich ganz und gar Alttürken«, pflegte der ruhigere und kritischere Auer manchmal in heller Verzweiflung diese jugendliche Parteiunreife zu ironisieren. Denn das einfache, allzu einfache internationale Prinzip »Den Balkan den unabhängigen Balkanvölkern!« kannte man damals bei uns überhaupt noch nicht; noch nicht einmal als immerhin erörterbare Tagesforderung, geschweige denn als über allen Erörterungen stehenden selbstverständlichen Parteigrundsatz. Im Gegenteil, für unsern, damals hervorragendsten auslandspolitischen Sachverständigen und Wortführer war die Befreiung der heute längst befreiten türkischen Christenprovinzen nichts als eitel Humbug, Rückschritt, verräterische Unterstützung Rußlands, wie sie nur »Knuten- und Rubelskribenten« oder englische Liberale als gewerbsmäßige »russische Agenten im Friedensschafspelz« zu ersinnen vermögen

<sup>3)</sup> Der Sinn dieser Stelle ist wohl ein ganz eindeutiger: Die englische Regierung hatte im Januar vom Parlament die Mittel zu gewissen Vorsichtsmaßregeln verlangt, die durch die Kriegereignisse im Orient notwendig werden könnten. Am 8. Februar bewilligte das Unterhaus endgültig mit 328 gegen 124 Stimmen den Kriegskredit von 6 Millionen Pfund Sterling, am 22. Februar folgte das Oberhaus.

<sup>4)</sup> Siehe meinen Artikel Balkanwirren und Demokratie einst und heute, in den Sozialistischen Monatsheften, 1908, 3. Band, pag. 1315 ff.

»Die Unzufriedenheit der türkischen Christen ist zu  $\frac{90}{100}$  eine russische Lüge, und das übrige Hundertstel ist zu  $\frac{96}{100}$  russisches Fabrikat. . . Die unterdrückten Nationalitäten! Die freiheitsdürstenden Südslawen! Die christlichen Brüder! Bah! Vogelleim für die Gimpel. Vom Nationalitätsprinzip gilt das famose Wort Robespierres: »Es ist von Schurken erfunden, um Dummköpfe zu nasführen.« Das Nationalitätsprinzip spricht der Wissenschaft (von der Religion gar nicht zu reden) gleichmäßig Hohn wie der Humanität und Gerechtigkeit: es ist das bequemste Mittel der Despoten, um die Völker zu spalten, nach dem Grundsatz des »Divide et impera!«. Das Nationalitätsprinzip teilt, trennt die Völker, bringt sie unter das Joch ihrer gemeinsamen Feinde. Das sozialistische, demokratische Prinzip der Gleichheit, der Gleichberechtigung, der Solidarität dagegen einigt die Menschen, einigt die Völker. . . Die freiheitsdürstenden Südslawen: sie sind gerade so wirklich, wie die südrussischen Dörfer, die Potemkin einst der russischen Kaiserin Katharina auf Pappdeckeln (?) vormalte. Bis dato hat an Ort und Stelle noch kein Exemplar entdeckt werden können. Zar Nikolaus sagte einmal: eine Armee auf dem Papier tut die selben Dienste wie eine wirkliche und ist viel billiger. Freiheitsdürstende Südslawen auf dem Papier tun auch ihre guten Dienste. . . Und dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf ungestraft Europa, die Welt, aus einer Panik in die andere stürzen. . . Das ist die *Schande Europas*. . . Mit dem Schwerte, womit es gemordet, wird und muß es gerichtet werden. Ein freies Westeuropa wird die Wiederherstellung Polens, die Freiheit aller vom russischen Zarentum unterdrückten Nationalitäten proklamieren. Es sind jetzt nahezu 10 Jahre her, da berührte ich diesen Punkt auf dem Nürnberger Parteitag [folgt die bekannte Äußerung über die, vor »unserer Befreiung« noch »zu verrichtende blutige Arbeit und zu erfüllende heilige Pflicht: die Zertrümmerung Rußlands. . . Ist dem russischen Doppelaar das nach Westen gekehrte Haupt abgeschlagen . . ., dann, aber auch erst dann können die Völker ent Waffen«].«

In dieser Russenfeindschaft ganz folgerichtig (aber auch auf anderen Gebieten und weniger folgerichtig) war Liebknecht für England, ähnlich Marx, ganz Toryanhänger und ganz Liberalenhasser:

»Man klagt mich an, ich, der Sozialdemokrat, sei dem englischen Toryministerium zu Hilfe gekommen. Albernes Geschwätz. Was geht mich Disraeli oder Lord Beaconsfield an? . . . Den Mann, der einem Banditen den zum Stoß erhobenen Dolch aus der Hand windet, frage ich nicht nach seinem politischen Glaubensbekenntnis.«

Leider sei, abgesehen von der spätern europäischen Revolution, augenblicklich eben nur auf die englischen Konservativen noch einiger Verlaß, wobei glücklicherweise die Wählermassen mehr und mehr sich um das Torykabinett und gegen die Liberalen zusammenscharen, ohne auf den dauernd abgetanen Gladstone und »das Gewinsel und Gezeter einer Handvoll ehrgeiziger Stellenjäger, vaterlandsloser Bourgeois, vernagelter Pfaffen und philanthropischer Schwärmer« weiter zu hören. Niemand beachte jenseits des Kanals die »freisinnigen Staatsmänner und Bourgeois, die heute im Interesse des Knutenreiches die Friedenschalmeien blasen, Neutralität flöten und jede Intervention für eine Todsünde erklären«, denen es »gleich unseren Herren Bourgeois ganz einerlei ist, ob in ihrem Vaterland der Kantschu herrscht oder nicht, vorausgesetzt, daß ihr Ausbeutungsgeschäft nicht gestört wird«. Und wie diese erbärmlichen Halbbrussen von englischen Liberalen, so die kontinentalen Regierungen und Bourgeoisparteien: »Über das Rußland in Petersburg könnten wir lachen, wäre nicht das Rußland in Berlin, Wien, London, Paris.« Das (eben gestürzte) »Mac Mahonsche Schürzenministerium« habe eine Allianz mit Rußland geplant, und »Herr Gambetta ist zum mindesten so russisch wie Mac Mahon und Thiers«. Vollends Bismarck halte es mit dem, auch noch Erbfreund genannten »Erbfeind«. So bleibe als Rettung nur die Stimme der Volksmassen selber, um gegen



# KARL FROHME · ADOLPH VON ELM, DER MENSCH UND DER SOZIALIST



IE sozialdemokratische Partei und die im Geist des Sozialismus wirkenden Gewerkschaften und Genossenschaften Deutschlands haben einen sehr schweren Verlust erlitten. Einer ihrer tüchtigsten und bewährtesten Männer, einer von denen, die man die alte Garde nennt, Adolph von Elm hat, 59 Jahre alt, die treuen Augen für immer geschlossen. Plötzlich und unerwartet ereilte ihn der Tod. Am Abend des 18. September erlag er einem Herzschlag. Ein edles Herz war es, das da zum Stillstand kam. Ein von starkem, geläutertem Geist beherrschtes, die besten Charaktereigenschaften und ein überaus fruchtreiches Wirken offenbarendes Leben erlosch: das Leben eines Kämpfers für das Recht, die Freiheit und die Wohlfahrt der Arbeiterklasse, des Volkes und der ganzen Menschheit. Dem verstorbenen Freund und Kampfgenossen das verdiente dauernde liebevolle Angedenken, die gebührende Würdigung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu sichern, dazu möchte ich etwas beitragen, indem ich es unternehme, eine, wenn auch nur kurz gefaßte Darstellung seines inhaltreichen Lebens zu geben, ein Bild seiner hervorragenden Persönlichkeit zu entwerfen, zu schildern, was er als Sozialist und als Mensch war.

Von unten auf vollzog sich der Werdegang Adolph von Elms. Die Entwicklung seines Geistes, seines Charakters, seines Könnens, Wollens und Schaffens. Auch er war ein Proletar, ein echter und rechter Sohn des arbeitenden Volkes, wurzelnd in dessen besten Eigenschaften. Aus den sogenannten Niederungen der sozialen Schichtungen mußte er sich emporringen, gestützt auf eigene Kraft, angewiesen auf Selbsterziehung, unter Not und Drangsal aller Art mit den Millionen des Proletariats das Los des harten Kampfes ums Dasein teilend. Ich darf hier wohl wiederholen, was ich in meiner Gedächtnisrede bei der Trauerfeier für Adolph von Elm im Hamburger Gewerkschaftshaus am 22. September sagte, daß an seiner Wiege nicht die leichtgeschürzte Fortuna stand, der die Hoffnung der Oberflächlichkeit und Gedankenlosigkeit sich zuwendet, wohl aber der ernste Genius des Menschthums, der seinen Auserwählten streng die Wege weist, die sie zu wandeln haben. Diesem Genius blieb er hingegeben, bis zum letzten Atemzug, mit all seinem Denken und Empfinden, seinem Hoffen und Streben.

Höhere Schulbildung blieb ihm allerdings vorenthalten. Er mußte, gleich der erdrückenden Mehrzahl seiner Klassengenossen, mit Volksschulunterricht vorlieb nehmen. Aber seine vorzügliche geistige Veranlagung, im Bund mit dem Drang sie zu betätigen, hat reichlich alles das aufgewogen, was man vom Standpunkt herrschender Interessen und Anschauungen, vom *maßgebenden* Klassenstandpunkt aus, unter Mangel an höherer Schulbildung versteht. Die in den oberen Klassen oft anzutreffende Auffassung, daß die höhere Schulbildung lediglich oder hauptsächlich eine Legitimation für das Anrecht auf Zuerkennung einer höhern geistigen und sittlichen Bedeutung des Menschen ausmacht, ist völlig haltlos. Zwar ist diese Bildung heute noch ein Klassenprivileg, aber es läßt sich aus ihr kein absolutes Merkmal der Unterscheidung zwischen dem intellektuellen Wert der *höher* und *niedriger*

Geborenen gewinnen. Es fehlt, besonders in der sozialdemokratischen Partei, nicht an Beispielen, daß Arbeiter, die nur durch die Volksschule gegangen, durch Selbstbelehrung im Zusammenhang mit den Lehren der höchsten und maßgebendsten Schule, der Schule des Lebens, es zu hoher geistiger Entfaltung, zu einem erheblichen Maß gesunden Wissens, zu gründlichem Verständnis für die großen Kulturaufgaben unserer Zeit gebracht haben. Dafür ist Adolph von Elm ein vorbildliches Beispiel, sowohl in Rede und Schrift als auch, und das ist die Hauptsache, durch sein von tiefer Einsicht geleitetes, erfolgsgekröntes positives Wirken.

Die Erlernung des Zigarrensortierens gab unserm verstorbenen Freund die Grundlage für seine wirtschaftliche Existenz. Er brauchte für die sozialdemokratische Partei und die gewerkschaftliche Bewegung, die in seiner Jugend in Hamburg und Umgegend bereits stark entwickelt war, nicht erst gewonnen, zu ihr nicht erst bekehrt zu werden. Er wuchs vielmehr von seiner sozialen Stellung aus in sie hinein. Der Drang ins Weite, Welt und Menschen näher kennen zu lernen, führte ihn im Jahr 1878 nach Amerika, wo er bis 1882 seinem Beruf oblag, aber auch sehr eifrig, wie schon vorher seit früher Jugend, seine freie Zeit auf das Studium der großen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen verwandte, wie er auch die Propaganda für den Sozialismus und den Aufbau und das Erstarken der Arbeiterorganisation sich angelegen sein ließ. Der 4jährige Aufenthalt in Amerika war auf seine Entwicklung von erheblichem Einfluß. Die dortigen Arbeiterverhältnisse brachten ihn, wie er mir einmal sagte, »ein gutes Stück vorwärts in der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse, um zu einer Hebung ihrer Lage zu gelangen, in erster Linie solidarische Selbsthilfe üben muß«.

Als er 1882 nach Deutschland zurückkehrte und die Geschäftsführung des Vereins der Zigarrensortierer übernahm, huldigte er bereits der Anschauung, daß die Arbeiterschaft sich nicht auf politischen und gewerkschaftlichen Zusammenschluß beschränken könne und dürfe, vielmehr auch das Genossenschaftswesen ihren Interessen dienstbar machen müsse. Dieses wurde damals in der Partei, genau so wie das Gewerkschaftswesen, noch sehr unterschätzt, bestenfalls als eine *Nebensächlichkei*t behandelt. Es gab auch Sozialdemokraten, die sich ihm entschieden ablehnend und feindlich gegenüberstellten, weil sie glaubten in ihm ein Mittel zur Ablenkung vom rechten Weg zum Ziel erblicken zu müssen. Übrigens war die sozialistengesetzliche Zeit nicht dazu geeignet die sozialdemokratische Arbeiterschaft in die Praxis des Genossenschaftswesens zu überführen. Was dann nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes Adolph von Elm in Gemeinschaft mit Gleichgesinnten im engsten ideellen und praktischen Zusammenhang mit den politischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter an Verwirklichung des Genossenschaftsprinzips geleistet hat, steht mustergültig da. Wesentlich diese das Prinzip rechtfertigenden Leistungen bewirkten mit, daß die Anschauungen über den Wert der genossenschaftlichen Organisation in der Partei sich klärten, daß die ihr entgegenstehenden Vorurteile schwanden und sie alsbald allgemeine Anerkennung fand. Adolph von Elm hatte recht mit der oft von ihm ausgesprochenen Überzeugung, daß diese Organisation unbedingt zu dem System solidarischer Selbsthilfe der arbeitenden Klasse gehörte.

Die großen Verdienste, die er sich um das Gewerkschafts- und das Genossen-

schaftswesen erworben hat, erfahren von anderer Seite in den Sozialistischen Monatsheften ihre gebührende Würdigung. Es sei hier nur erwähnt, daß er in der Genossenschaftsbewegung seit Gründung der betreffenden Institutionen folgende Funktionen ausübte: Er war Vorsitzender des Ausschusses des Zentralverbands deutscher Konsumvereine und des Aufsichtsrats der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Vorstandsmitglied der Unterstützungskasse des Zentralverbands deutscher Konsumvereine, Vorsitzender der Fortbildungskommission des Zentralverbands deutscher Konsumvereine, geschäftsführender Vorsitzender des Tarifamts des Zentralverbands deutscher Konsumvereine, Mitglied des Zentralvorstands des Internationalen Genossenschaftsbundes. Die Genossenschafter durften in ihren Nachrufen wohl bekunden, daß alle diese Körperschaften in dem Verschiedenen einen ihrer hervorragendsten und tüchtigsten Mitarbeiter verlieren, dessen Erfahrung, Weitblick, Intelligenz und ruhige Sachlichkeit stets ihre Arbeit wesentlich gefördert und zu der erfreulichen Tatsache einer glänzenden konsumgenossenschaftlichen Entwicklung beigetragen haben. Der Dank, den die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung ihm schuldet, ist unvergänglich.



ER zum Menschen geboren wurde, soll und kann nichts Edleres, Größeres und Besseres sein als ein Mensch. Und wohl ihm, wenn er weder mehr noch weniger sein will.« Dieses schöne Wort Wielands dürfen wir auf Adolph von Elm anwenden. Er war ein Mensch in des Wortes rechter Bedeutung, mit ganzer Seele, mit all seinem Können und Wollen hingegeben den erhabenen Ideen der Humanität, die den Inhalt des Sozialismus bilden. Nie war er in den Wahn verstrickt ein Vollendeter zu sein; er war immer ein werdender, ein stetig lernender, im Dienst der Allgemeinheit strebender. So bestätigte er die Wahrheit des Dichterwortes »Es wächst der Mensch mit seinen größern Zwecken«. Indem er für andere sorgte und wirkte, arbeitete er zugleich an sich. Und das heißt gut sein. Er wurde größer in dem Maß als er sich selbst und seine Kraft kennen lernte. Durch Selbsterkenntnis, aus dem Bewußtsein dessen, was er war, lernte er erfassen, was er sein sollte. Es wohnten nicht zwei Seelen in seiner Brust, die eine sich trennend von der andern, nein, er hatte sich zu einer schönen seelischen Harmonie hindurchgerungen, die nichts erschüttern konnte, weder Drangsal noch Unbill aller Art. Aus der Selbsterkenntnis erwuchs ihm ein starkes Selbstvertrauen, das sich innig verknüpfte mit dem Vertrauen zu der sieghaften Kraft der guten Ideen und gerechten Grundsätze, die er vertrat.

So ist uns denn das Charakterbild Adolph von Elms kein schwankendes sondern ein festes, streng harmonisch in sich abgeschlossenes. Nicht der geringste Zug von Eitelkeit, Eigendünkel und Überhebung war ihm eigen. Mit edler Bescheidenheit, Selbstlosigkeit und Offenheit verband er weitgehende Duldsamkeit gegen Andersdenkende. Verdiente ein Gegner Achtung, so ließ er sie ihm gewiß zuteil werden. Niemals erfaßte ihn ein niederer Strebsucht entspringender Trieb des persönlichen Sichgeltendmachens, der in der Arbeiterbewegung leider schon oft böse Zerwürfnisse und Streitigkeiten angerichtet hat. Er besaß in hohem Maß die Kraft der Selbstüberwindung, und immer war er bemüht versöhnend und einigend zu wirken.

Hinzu kamen die hohen Tugenden zielbewußter Energie, der Geduld und Beharrlichkeit im Wollen und Handeln. Äußerst gewissenhaft im Kleinsten wie im Größten, niemals oberflächlich oder leichtfertig urteilend, ratend und handelnd, stets seiner Verantwortlichkeit sich bewußt, und bemüht ihr zu genügen, nahm er es ungemein ernst mit der Erfüllung selbstgestellter Aufgaben und der ihm von seinen Genossen übertragenen zumeist recht schweren Pflichten. Stets hat er das in ihn gesetzte Vertrauen glänzend gerechtfertigt, nie hat er die Treue gebrochen.



N dem Sozialisten Adolph von Elm steht unser verstorbener Freund als vollendete Persönlichkeit da. Entsprechend seinem reichen und geklärten Geist, seinen großen und guten Charaktereigenschaften, bewährte er sich auch in der sozialdemokratischen Partei die Jahrzehnte hindurch als ein treuer und unermüdlicher Kampfgenosse, als gewissenhafter Berater, als kluger Organisator und, ausgestattet mit der Gabe bezwingender Beredsamkeit, als Agitator. Mit eiserner, unverbrüchlicher Disziplin und Organisationstreue stand er, wie zu Gewerkschaft und Genossenschaft, so auch zur Partei. Die Einheit der Partei ging ihm über alles.

Wie hätte Adolph von Elm, der Mann des positiven Schaffens, der revolutionären Phrase, dem Hyperradikalismus huldigen, ein Umschmeichler der Masse sein können! Er war allem blinden Draufgängertum, aller Revolutionsromantik, aller Demagogie von Herzen feind. Sein Leitstern war die Erkenntnis, daß der demokratische Sozialismus seine großen Aufgaben, die staatliche und gesellschaftliche Um- und Neugestaltung, nur auf dem Weg der organischen Entwicklung erfüllen kann und muß, unter Ausnutzung aller Möglichkeiten wirtschaftliche, politische und soziale Reformen durchzusetzen.

Daß Parteitheoretiker sich bemühten ihre Anschauungen zu unbedingt und dauernd richtigen *Prinzipien*, zu Dogmen zu stempeln, sah er mit Recht als ein unkluges und schädliches Beginnen an. Für ihn waren in erster Linie die Lehren der Tatsachen maßgebend. Mit größter Entschiedenheit widerstrebte er der Tendenz des Hyperradikalismus die Partei zu einer Dogmenpartei zu machen. Kurz vor seinem Tod sprach er in einer Versammlung noch einmal, wie früher schon oft, die nicht genug zu beherzigende Wahrheit aus, daß die Sozialdemokratie als Entwicklungsfaktor sich selbst entwickeln, daß sie dem aus der Welt der Tatsachen sich ergebenden unabweisbaren Zwang zum stetigen Umlernen im rechten Sinn des Wortes, das heißt, zum weitem Fortschritt in der Erkenntnis, in der richtigen Beurteilung der realen Verhältnisse genügen muß.

Niemand wird bestreiten können, daß es Adolph von Elm heiliger Ernst war um die Mitwirkung an Erfüllung der Aufgabe der Herstellung und Sicherung einer echten Kulturgemeinschaft der Völker. Aber er war kein Internationalitätsphantast. Das Wort Solidarität wollte er auch in dieser Hinsicht nicht zu einer tönenden Propagandaphrase entwertet wissen. Zweck der Verständigung und des Zusammenschlusses der Arbeiter aller Länder war ihm das praktische Wirken für die Wohlfahrt der Arbeiter. Er hat das des öfters auch auf internationalen Kongressen kundgetan.

Wenn ich sagte, Adolph von Elm sei kein Internationalitätsphantast, so

schließt das ohne weiteres die Anerkennung in sich, daß er mit grundsätzlicher Entschiedenheit sich zur Nation, zum Nationalitätsprinzip, zum Vaterland, zu dessen Interessen und Kulturaufgaben bekannte. Als es vor dem Ausbruch des Weltkriegs für die Partei sich darum handelte die Erhaltung des Friedens zu propagieren, da nahm auch Adolph von Elm mit der an ihm gewohnten Tatkraft an dieser Propaganda teil. Als aber dann, unter völligem Versagen der Internationale, das schreckliche Verhängnis unabwendbar geworden und Deutschland in den Krieg hineingezogen war, da trat er ebenso entschieden für die Vaterlandsverteidigung ein. Unentwegt verfocht er die auf grundsätzliche Anerkennung der Pflicht der Vaterlandsverteidigung gestützte Politik der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und Partei. Er hat das Ende des schrecklichen Krieges leider nicht mehr erlebt. Aber ihm gebührt das hohehrende Zeugnis, daß er mit ganzer Kraft sich für die Erhaltung der Einheit der Partei eingesetzt hat, um sie zu befähigen in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften und Genossenschaften den beispiellos großen Aufgaben zu genügen, die nach dem Krieg im Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes zu erfüllen sind. Er, der Jahrzehnte die Arbeiterorganisation aus ihren Anfängen heraus mitaufgebaut und entwickelt hatte, wußte auch ihren Wert zu schätzen.

Unvergessen bleibe auch die Gewissenhaftigkeit und Einsicht, mit der er 12 Jahre hindurch, von 1894 bis 1906, als Reichstagsabgeordneter für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis seine Pflichten gegen die Arbeiterklasse und das Volk erfüllte. Tiefes Bedauern erregte es in der Partei, daß er nicht wiedergewählt wurde und sodann in Rücksicht auf Überlastung mit Pflichten die Wiederannahme einer Kandidatur ablehnte.

Alles in allem wird Adolph von Elm in der Erinnerung als Muster der Pflichttreue, der Hingebung, des gute Frucht bringenden Beispiels fortleben. In gebührender Würdigung seines praktischen Wirkens auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung dürfen wir wohl von ihm mit dem Dichter sagen: Es kann die Spur von seinen Erdentagen nicht in Äonen untergehen. Ist diese Spur doch ein fester und sicherer Weg, den er in jahrzehntelanger mühevoller und opferschwerer Arbeit mitgebrochen und geebnet hat, der Weg, auf dem es nur ein Vorwärts gibt, der über alle Hindernisse hinweg Schritt für Schritt zur Verwirklichung der großen Humanitätsideen führt, deren mutiger und überzeugungsfester Bekenner und Verfechter Adolph von Elm war. Der Verlust eines solchen Mannes ist für uns in dieser Zeit der ungeheuren Geschehnisse doppelt schwer und schmerzlich. Er hat eine Leere hinterlassen, die nicht so leicht auszufüllen sein wird.

XX  
**CARL LEGIEN · ADOLPH VON ELM UND DIE  
 GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG**



ORGANISATION bedeutet Macht: je stärker eine Organisation an Mitgliederzahl und an Fonds ist, desto größer deren Einfluß im wirtschaftlichen Kampfe.«<sup>1)</sup>

Das war der unverrückbare Programmpunkt in der Lebensarbeit Adolph von Elms. Nicht Organisation, deren Sein und Wirken mit der Verkürzung der Arbeitszeit und der Lohnerhöhung schon erfüllt,

<sup>1)</sup> Siehe von Elm Organisationsstarre, in den Sozialistischen Monatsheften, 1900, pag. 116.



deren Grenzen in dem Rahmen der engeren Berufsgenossen abgeschlossen sein sollten. Sondern Organisation zur Emporführung der gesamten Arbeiterklasse zum höchsten Menschheitsideal. In der früh gewonnenen Erkenntnis, daß politische Macht ohne wirtschaftliche Macht nicht erlangt werden oder doch keinen dauernden Bestand haben kann, traf von Elm seine Maßnahmen, arbeitete er an dem Ausbau der Arbeiterorganisationen. Die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands und auch die internationale Gewerkschaftsbewegung hat sich nach den Grundsätzen, die er für sie aufgestellt hatte, entwickelt. Adolph von Elm hatte noch die Freude erleben zu können, daß die deutsche Bewegung geworden ist, was er erwartete, und daß die internationale ein gut Stück Weges seinem Ideal nähergekommen ist.

Es klingt sonderbar, daß ein einzelner Mann einer gewaltigen Kulturbewegung die Richtschnur gegeben haben soll. Und doch ist es historische Wahrheit. Die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands war zu der Zeit, als das Wirken von Elms begann, um die Mitte der achtziger Jahre, nicht infolge ihrer Entwicklung sondern durch äußere Einflüsse in Bahnen gedrängt, die nur bedingt der Arbeiterklasse nützen, sie zu dauerndem wirtschaftlichen Einfluß nicht führen konnten. Schon in den Anfängen der gewerkschaftlichen Organisation in Deutschland, in den sechziger Jahren, war die Einwirkung politischer Parteien geeignet die Entfaltung ihres eigentlichen Wesens zu hemmen und sie mehr als Mittel zum Zweck denn als Selbstzweck erscheinen zu lassen. Der Gesundungsprozeß, der Ende der siebziger Jahre begann, wurde dann durch das Sozialistengesetz jäh unterbrochen. Der Klassenhaß wurde durch dieses Gesetz in Deutschland zur Begleiterscheinung des Klassenkampfes. Unter diesem Einfluß standen die Gewerkschaften, mit deren Wiederaufbau noch unter dem Sozialistengesetz begonnen wurde. Er machte sich bis zum Ende der neunziger Jahre geltend und gab den Gewerkschaften eine Tendenz, die nicht ihrem eigentlichen Wesen entsprach. Die politischen Erfolge, die die deutsche Arbeiterbewegung am Anfang der neunziger Jahre erzielte, erweckten den Anschein, als hätten jene recht, die die Gewerkschaftsorganisation günstigstenfalls als ein Palliativmittel gelten lassen wollten oder die ihnen gar nur die Aufgabe zuerkannten in den Kreisen der engeren Berufsgenossen Anhänger für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen. Zu der Welt der Gegner der Gewerkschaften kam infolge des Sozialistengesetzes der Kreis der Freunde, die den Ausbau der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen für überflüssig, ja für gefährlich hielten, für geeignet den Klassenkampf zu verflachen, die politischen Kämpfe zu behindern. Das war der Boden, aus dem in Deutschland eine Gewerkschaftsbewegung emporwachsen sollte, die nicht nur nach der Zahl ihrer Mitglieder sondern auch durch ihre innere Festigkeit entscheidende wirtschaftliche Bedeutung haben mußte. In dieser Zeit war es von Elm, der die Arbeiter Deutschlands lehrte, daß sie auf falschem Weg seien, der es wagte dies auch jenen Kreisen in der sozialdemokratischen Bewegung zu sagen, deren Worte als unverbrüchliche Wahrheit galten. Das zu wissen ist nötig, wenn das Wirken von Elms und das, was er erreichte, heute auch nur annähernd gewürdigt werden soll. Es galt für ihn nicht nur gegenüber dem damals allgewaltigen Einfluß des Unternehmertums freie Bahn für die Entwicklung der Gewerk-

schaffen zu erstreiten sondern auch den Kampf gegen die in irrtümlicher Auffassung befangenen Freunde der Arbeiterbewegung und einen Teil der leitenden Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung selbst aufzunehmen. Und diese Aufgabe war die weitaus härtere und unangenehmere. Beides hat von Elm mit einer Überzeugungstreue und einer Unbeugsamkeit des Willens getan, wie sie wohl selten einem Menschen eigen sind.

Der Kampf gegen die Partei- und Gewerkschaftskreise, die über Zweck und Wesen der Gewerkschaften falsche Auffassungen hegten, hat von Elm wohl mehr bittere Stunden bereitet als der gegen die herrschenden Gewalten. Er trug ihm manche Mißdeutung seines Willens und Strebens ein. So erinnere ich mich einer Unterhaltung mit leitenden Gewerkschaftern zur Zeit des Gewerkschaftskongresses in Halberstadt /1892/, in der die Befürchtung ausgesprochen wurde, von Elms Ansichten über die Gewerkschaften könnten, wenn sie Boden gewannen, den Klassenkampf abschwächen, Gegensätze zur sozialdemokratischen Partei hervorrufen. Schon damals konnte ich sagen, daß unsere Ansichten sich völlig deckten. Das war auch 1903 bei der Auseinandersetzung über die Taktik der sozialdemokratischen Partei der Fall. Als nach dem Parteitag in Dresden an mich das Ansinnen gestellt wurde in einer Massenversammlung von Elm als Korreferent entgegenzutreten, antwortete ich auf diese Zumutung mit einer sehr drastischen Bemerkung, und von Elm und ich haben in späteren Jahren oft herzlich über diese Dinge gelacht.

Es gibt wohl keinen treuern Anhänger der sozialdemokratischen Partei als es von Elm war. Das hat er nicht nur ausgesprochen sondern durch sein Tun bewiesen, wie er immer den Taten größern Wert als den großen Worten beimaß.

»Um die Arbeit von dem Drucke kapitalistischer Ausbeutung zu befreien, ist sowohl die gewerkschaftliche wie die politische Organisation notwendig. Jeder Bruderzwist zwischen diesen beiden schwächt unsere Kraft, hemmt uns im Kampf gegen den gemeinsamen Feind.«<sup>2)</sup>

So schrieb er 1901. Er wollte nicht die Parteibewegung durch die Gewerkschaften beeinflussen oder gar hemmen sondern beide zu Machtfaktoren gestalten, die nach gemeinsamen Zielen streben:

»Nicht Unterordnung des einen Teiles unter den andern sondern gegenseitige Verständigung muß unsere Losung sein.«<sup>3)</sup>

In welcher Weise er die Neutralität der Gewerkschaften auffaßte und politische Betätigung für sie für notwendig hielt, sagte er deutlich auf dem Parteitag in Jena:

»Ich stehe nach wie vor noch auf dem Standpunkt der Neutralität der Gewerkschaften, allerdings nicht der Neutralität, die man mir stets und ständig fälschlich unterschoben hat, daß ich die Gewerkschaften gegen die Partei neutralisieren will, ich will nur die direkte Parteipolitik aus den Gewerkschaften ausschalten, habe aber immer, und zwar zu allererst den Standpunkt vertreten, daß die Gewerkschaften Politik, daß sie Sozialpolitik treiben müßten.«<sup>4)</sup>

In der Tat, er hatte hier über seine Anregung zu sozialpolitischer Betätigung der Gewerkschaften nicht zu viel gesagt. Er war es, der Ende 1894 in der Generalkommission vorschlug einen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, der sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigen sollte. Die An-

<sup>2)</sup> Siehe von Elm Die Probe aufs Exempel, in den Sozialistischen Monatsheften, 1901, 1. Band, pag. 41.

<sup>3)</sup> Siehe das Protokoll des deutschen sozialdemokratischen Parteitags 1906, /Berlin 1906/, pag. 289.

<sup>4)</sup> Siehe das Protokoll des deutschen sozialdemokratischen Parteitags 1905 /Berlin 1905/, pag. 267.

griffe, die von der Parteipresse dann gegen die Generalkommission, und gerade auch deswegen gerichtet wurden, weil sie die Verbandsvorstände vertraulich über ihre Meinung in der Sache befragte, gaben von Elm Veranlassung ein sozialpolitisches Programm für die Gewerkschaften aufzustellen, das die Zustimmung der Kommission fand. Punkt 4 und 5 dieses Programms verlangten »Erringung voller Koalitionsfreiheit der Arbeiter« und »weitem Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung«. Die Begründung dieser Forderungen zeigt uns von Elms Ideen und Streben so deutlich, daß ein Teil davon hier wörtlich wiedergegeben sei:

»Koalitionsfreiheit und Arbeiterschutz stehen im engsten Zusammenhang mit der materiellen Lage des Arbeiters. Ohne Koalitionsfreiheit keine Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, ohne sie keine ihrem wirklichen Zweck entsprechende zentralistische Organisation, ohne sie kein nachhaltiger Einfluß auf die Arbeiterschutzgesetzgebung, ohne Koalitionsfreiheit keine ausreichende Organisation der weiblichen Arbeiter. Mit der materiellen Lage der Arbeiter ist ebenso eng verknüpft ein wirksamer Arbeiterschutz. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für alle Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts, sanitäre Einrichtung der Arbeitsräume sind im Grunde genommen Lohnfragen. Die Verkürzung der Arbeitszeit steigert den Lohn des Arbeiters, schafft diesem Zeit zur körperlichen und geistigen Erholung, verlängert in Gemeinschaft mit der sanitären Einrichtung der Arbeitsräume seine Lebensdauer, die Arbeitskraft des Arbeiters wird dadurch für ihn nutzbringender. Arbeiterschutzgesetze, Gesetze, welche ausdrücklich zum Wohl der Arbeiter geschaffen sind, können nur wirksam von diesen selbst kontrolliert werden, deshalb weiterer Ausbau des Fabrikinspektorats und Wahl der Fabrikinspektoren aus den Reihen der Arbeiter. Bis zur Erreichung dieses Zieles halten wir für dringend erforderlich die Errichtung von Zentralstellen für die Beschwerden der Arbeiter über mangelhafte Ausführung der Arbeiterschutzgesetze. Die Erörterung dieses Punktes auf einer ganzen Anzahl abgehaltener Branchenkongresse der einzelnen Gewerke zeigt, daß ein großes Bedürfnis dafür vorhanden ist. Koalitionsfreiheit und Arbeiterschutz müssen sich die Arbeiter selbst erkämpfen. Das geschieht dadurch, daß sie zunächst von dem geringen Maß der ihnen gewährten Koalitionsfreiheit den ausgiebigsten Gebrauch machen, daß sie unausgesetzt volle Koalitionsfreiheit und wirksamen Arbeiterschutz fordern. Kongresse politischer Parteien können wohl im allgemeinen Stellung zu diesen Forderungen nehmen, ihre praktische Propagierung muß Aufgabe der Gewerkschaften sein. Auf den Gewerkschaftskongressen muß das Material zusammengetragen und gesichtet werden; für die Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament ist damit eine wirksame Vorarbeit geleistet. Nach jetzt allgemein geltender Gesetzesauslegung ist die Behandlung solcher Fragen, sofern dadurch eine Einwirkung auf die Gesetzgebung bezweckt werden soll, Politik. Die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung lehrt, daß überall da, wo die Arbeiter als geschlossene Masse Stellung zu diesen Fragen genommen haben, sie sich dadurch auch das Recht erwirkten Stellung dazu nehmen zu dürfen. Ob für die deutschen Arbeiter der jetzige Zeitpunkt der geeignetste ist als einheitliches Ganzes in dieser Richtung zu handeln, ob diese Gegenstände auf einem Kongreß gewerkschaftlich organisierter Arbeiter verhandelt werden sollen, darüber kann man geteilter Meinung sein, und deshalb die von der Generalkommission veranstaltete Umfrage bei den Gewerkschaftsvorständen. Fest steht für uns, daß dieser Zeitpunkt früher oder später kommen muß und daß, wenn sämtliche heute bestehenden Organisationen als geschlossenes Ganzes handeln, die gegen ein solches Vorgehen ins Feld geführte Gefahr einer Auflösung einzelner Gewerkschaften dann eine geringe ist.«<sup>5)</sup>

Dieser Zeitpunkt kam früher als von Elm erwarten konnte. Die drohende Zuchthausgesetzvorlage brachte die Gewerkschaften 4 Jahre später, auf dem Kongreß in Frankfurt am Main, dazu trotz Verbindungsverbot für politische Vereine und trotz der Meinung leitender Parteikreise, daß dieses Gebiet ausschließlich der Partei vorbehalten werden müsse, in ausgiebigstem Maß Fragen der Sozialpolitik zu erörtern. Und eigentümlich, für von Elm aber

<sup>5)</sup> Siehe von Elm Die dankten Pläne der Generalkommission, im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 4. Februar 1895.

charakteristisch: er, der die Anregung dazu gegeben, überließ die Behandlung der Fragen anderen. Statt der Anerkennung, die er hätte finden müssen, hatte er auf dem Kongreß sogar sein Mandat zu verteidigen, weil aus Versehen der Kassierer seines Verbands die Beiträge an die Generalkommission nicht rechtzeitig bezahlt hatte.

Auf diesen beiden Gebieten der Betätigung der Gewerkschaften nach außen: der Regelung des Verhältnisses zur Partei und der Behandlung sozialpolitischer Fragen als des ureigensten Feldes der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen, hat von Elm sich unvergängliche Verdienste erworben. Nicht weniger verdankt ihm die gewerkschaftliche Bewegung auf dem Gebiet des innern Ausbaus. Die Gewerkschaft hat nicht nur in der Zeit des unmittelbaren Kampfes für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit ihren Mitgliedern Hilfe zu gewähren sondern ihnen in allen Lebenslagen zur Seite zu stehen. Das war der leitende Grundsatz bei allen Vorschlägen, die von Elm für den Ausbau der Organisation machte. Unterstützungen, die die Gewerkschaftsmitglieder vor der äußersten Not schützten, waren ihm nicht nur humanitäre Einrichtungen sondern Kampfesmittel. Besonders die Arbeitslosenunterstützung erkannte er als ein solches, zu einer Zeit, in der man sie vornehmlich für geeignet hielt den Gewerkschaften den Charakter als Klassenkampforganisationen zu nehmen. Unermüdlich war er, wenn es galt den Beweis dafür zu erbringen, daß die Gewerkschaften mit guten Unterstützungseinrichtungen ebenso viele Streiks zu führen hatten wie andere, die den reinen Klassencharakter dadurch zu wahren glaubten, daß sie nur für die Hilfe bei Arbeitseinstellungen Vorsorge trafen. Von größerm Gewicht aber waren seine Nachweise, daß die erstgenannten die weitaus größere Zahl erfolgreicher Streiks zu verzeichnen hatten.

»Es steht also zahlenmäßig fest: Die Aufgabe im wirtschaftlichen Kampf ihrem Mann zu stehen haben die Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, erfüllt, sie sind Kampforganisationen, und zwar über doppelt so starke wie die übrigen Gewerkschaften. Im übrigen ist auch die Arbeitslosenunterstützung selbst ein Kampfesmittel. Wer da weiß, daß im Falle der Arbeitslosigkeit seine Gewerkschaft hinter ihm steht, ihn unterstützt, wird gegenüber den Versuchen der Kapitalisten die Lebenshaltung des Arbeiters herabzudrücken immer mehr Widerstand leisten als derjenige, der bei Entlassung aus der Arbeit sofort mit Weib und Kind dem bittersten Elend preisgegeben ist. Den persönlichen Mut und auch die moralischen Eigenschaften des Arbeiters zu heben gibt es kein besseres Mittel als Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.«<sup>9)</sup>

So schrieb von Elm 1898 am Schluß eines Artikels, in dem er nachwies, daß mit einer geringen Beitragserhöhung, etwa von 10 Pfennig für die Woche, die Arbeitslosenunterstützung in fast allen Gewerkschaften eingeführt werden könne. Seiner nie ruhenden Agitation in Wort und Schrift ist es wesentlich zu danken, daß dieser wichtige Zweig gewerkschaftlicher Einrichtungen heute Gemeingut aller Gewerkschaften Deutschlands geworden ist. Nicht weniger verdanken die Gewerkschaften von Elm bei der zweckmäßigen Ausgestaltung der Streikunterstützung. Für ihn war dem Solidaritätsgefühl nicht Genüge getan, wenn eine Gewerkschaft den eigenen Mitgliedern ausreichende Unterstützung bei einem Streik oder einer Aussperrung gewährte. Die Solidarität soll nicht ihre Grenze im Kreis der Berufsgenossen haben, sie soll sich allen Arbeitern gegenüber zeigen, besonders denen, deren wirtschaftliche Widerstandskraft am geringsten ist:

<sup>9)</sup> Siehe von Elm Erforderliche Beitragshöhe zur Arbeitslosenunterstützung, im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 1. August 1898.

»Die sozialistische Anschauung ist es auch in Deutschland gewesen, die uns bisher davor bewahrt hat kalt und herzlos den Leiden der ärmsten unserer Brüder in deren Kämpfen uns gegenüberzustellen.«<sup>7)</sup>

Diese Worte von Elms sprechen für sich, sprechen für ihn, und diesem seinem warmen Empfinden, das er auf andere zu übertragen bestrebt war, ist es zu danken, daß auch die Streik- und Aussperrungsunterstützung eine gemeinsame Sache der vereinigten Gewerkschaften geworden ist. Allerdings, es vergingen fast 2 Jahrzehnte nach dem ersten Vorschlag, den von Elm machte, ehe das von ihm Erstrebte zur Tatsache wurde. Für den Gewerkschaftskongreß von 1896 hatte er einen Plan ausgearbeitet, nach dem durch Beitragszahlung der Gewerkschaften ein Fonds gebildet werden sollte, der allen der Generalkommission angeschlossenen Verbänden Zuschüsse bei Streiks und Aussperrungen garantierte. Der Gewerkschaftskongreß lehnte den Vorschlag in wenig entgegenkommender Form ab. Ein Jahrzehnt später hatte von Elm die Genugtuung auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln die Regelung der Streikunterstützung auf Gegenseitigkeit sehr ernsthaft verhandeln zu sehen. Mit Recht konnte er auf dem Kongreß erklären:

»Für mich war die heutige Debatte sehr interessant. Ich war es, der vor 10 Jahren den Entwurf der Generalkommission begründete einen allgemeinen Streikfonds zu schaffen. Heute kann man feststellen, daß wir auf dem Wege der Besserung sind. Auch die Organisationsindividualisten sind zu der Überzeugung gekommen, daß eine Regelung der Frage unbedingt notwendig ist. Ich halte einen Streikfonds heute noch mehr wie damals für angebracht.«<sup>8)</sup>

Von den großen gewerkschaftlichen Fragen, an deren Lösung von Elm entscheidend mitgewirkt hat, sei noch die der Internationalität der Gewerkschaften kurz berührt:

»Ein internationaler Bund der organisierten Arbeiter der ganzen Welt ist das Ziel. Es wird erreicht werden: nicht in wenigen Jahren (dazu sind die entgegenstehenden Schwierigkeiten noch zu groß), aber trotz alledem.«<sup>9)</sup>

Das schrieb er im Jahr 1900, als wohl internationale Verbindungen für einzelne Berufe und Industriegruppen bereits geschaffen waren, für das internationale Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Landeszentralen, der gesamten Gewerkschaften aber noch keine Aussicht vorhanden war. Nach ihm sollte dieser internationale Bund der Arbeiter mehr werden als eine Organisation, die in schweren Kämpfen der bedrängten Landesorganisation materielle Hilfe zu gewähren habe.

»Das Ammenmärchen für große Kinder von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit verklingt vor unserm Schlachtruf »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«, in dem zugleich die Ahnung dermaleinstiger wirklicher Harmonie der Menschheitsinteressen uns zur höchsten Anspannung unserer Kräfte begeistert.«<sup>10)</sup>

Von 1901 an begann auch dieses Ideal gewerkschaftlicher Organisation von Elms sich zu verwirklichen. Langsam wurde aufgebaut, bis 1913 die internationale Vereinigung festere Form annahm. Der Krieg hat den weiteren Ausbau gehemmt, aber keineswegs endgültig unmöglich gemacht. »Mögen sie auch auf uns schimpfen, das Klasseninteresse wird uns wieder zusammenführen, und sie werden anerkennen müssen, daß die Gewerkschaften Deutschlands auch während der Kriegszeit richtig gehandelt haben«, sagte von Elm wenige Wochen vor seinem Tod zu mir, als wir über die Wirkungen

<sup>7)</sup> Siehe von Elm, in dem in Note 1 zitierten Artikel, pag. 122.

<sup>8)</sup> Siehe das Protokoll des deutschen Gewerkschaftskongresses 1905 /Berlin 1905/, pag. 141.

<sup>9)</sup> Siehe von Elm, in dem in Note 1 zitierten Artikel, pag. 123.

<sup>10)</sup> Siehe von Elm Durch Gärung zur Klärung!, in den Sozialistischen Monatsheften, 1901, 2. Band, pag. 727.



## AUGUST MÜLLER · ADOLPH VON ELM UND DIE GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG

**F**ÜR die Vielseitigkeit der Interessen, die Adolph von Elm besaß, für die Harmonie, die sein ganzes Wesen umfaßte, und für die unermüdliche Arbeitsfreude, die ihn erfüllte, gibt es nichts Charakteristischeres als die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterbewegung in ihm den Führer verliert, der seine Tätigkeit beinahe gleichmäßig auf die drei Zweige der Arbeiterbewegung erstreckte. Hierin gleicht ihm keiner der Mitlebenden. Das Spezialistentum, das unser geistiges, politisches und wirtschaftliches Leben kennzeichnet, hat jedem einen Platz in einer der drei Bewegungen zugewiesen; in seltenen Fällen vereinigt sich noch der Dienst in zwei Gruppen der Arbeiterbewegung bei einer Person; eine gleich große Bedeutung für die Partei-, die Gewerkschafts- und die Genossenschaftsbewegung, wie sie von Elm beigemessen werden muß, kann aber kein anderer für sich in Anspruch nehmen. Diese universale Betätigung, die von Elm auszeichnete, entsprang dem Reichtum seiner Geistesgaben und der Weltanschauung, die den Maßstab für sein Tun bildete. Er widmete eigentlich seinen Fleiß und seine Begabung nicht drei Bewegungen, sondern diese Dreiheit war für ihn nur eine Einheit. Seine Art den Sozialismus zu sehen und vorzubereiten ließ Rangstreitigkeiten zwischen den drei Bewegungen nicht zu. Sie waren ihm in gleicher Weise notwendig und wichtig, und aus dem Erfolg der Partei-, der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung sah er sein sozialistisches Ideal sich entwickeln. Deshalb diente er den drei Zweigen mit dem gleichen Eifer, und deshalb ging ihm auch das Schicksal der drei so nahe.

Und doch darf man von Elm einem Vater vergleichen, der seine drei Kinder mit schrankenloser Liebe umfaßt, der keines zurücksetzt und keinem geringere Zärtlichkeit erweist, aber trotz allem im hintersten Winkel seines Herzens für eines von ihnen eine kleine Vorliebe pflegt. Auch von Elm besaß sein Lieblingskind: die Genossenschaftsbewegung. Ihr widmete er, je älter er wurde, einen immer größern Teil seiner Tätigkeit. Sie bereitete ihm wahrscheinlich die größten Sorgen und war die Ursache der bittersten Erfahrungen seines Lebens. Aber an ihr erlebte er auch die reinsten und ungetrübtesten Freuden, nämlich die, die der Erfolg bereitet.

Den Lesern der Sozialistischen Monatshefte ist von Elms literarische Werbearbeit für die Genossenschaftssache zur Genüge bekannt. Benutzte er doch mit Vorliebe die hier gegebene Gelegenheit, um schon in Zeiten, in denen die alte Lassallesche Beurteilung der Genossenschaftsbewegung noch nicht überwunden war, die Parteigenossen auf das Große hinzuweisen, das in der Konsumgenossenschaftsbewegung im Werden begriffen war. Sein zweiter Artikel, den er für die Sozialistischen Monatshefte schrieb, behandelte die Tabakarbeitergenossenschaft, die er damals im Jahr 1899 leitete, und ein Jahr später erörterte er hier das Thema, das in immer neuen Zusammenhängen zu behandeln er niemals müde wurde: die Stellung der Sozialdemokratie zur Genossenschaftsbewegung. Seine Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter und Gewerkschaftsführer kam ihm bei seinem Bestreben das Verständnis der Sozialdemokratie für die Bedeutung, aber auch für die Eigenart der Konsumgenossenschaften zu wecken und zu

fördern natürlich sehr zustatten, und man darf es deshalb als ein Hauptverdienst von Elms preisen, daß sich in der Beurteilung der Konsumgenossenschaften durch die Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende ein Umschwung vollzog. Nur eine so wort- und federgewandte, aber auch so lautere und uninteressierte Persönlichkeit, die sich schon auf anderen Gebieten so gut bewährt hatte wie von Elm vermochte diese wichtige Aufgabe so verhältnismäßig schnell und erfolgreich zu lösen. Die Propagandatätigkeit von Elms, die er literarisch insbesondere in dieser Zeitschrift entfaltete, war aber nicht nur deshalb von so hoher Bedeutung, weil sie die sozialdemokratische Arbeiterschaft allmählich für die Genossenschaftsarbeit zu erwärmen vermochte; sie ist für die Schicksale der Konsumgenossenschaftsbewegung auch deshalb von großer Wichtigkeit geworden, weil sie ganz unmittelbar auf die Maßnahmen des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften einwirkte und so die bekannten Vorgänge in Kreuznach im Jahr 1902 vorbereitete, die zugleich die Geburtsstunde des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine darstellen.

Unermüdllich wirkte von Elm seit jenen Tagen von Kreuznach bis zu seinem Tod in Wort und Schrift für die Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Zahl seiner schriftlichen Abhandlungen ist sehr groß; nachdem eine eigene Fachpresse der Konsumgenossenschaftsbewegung entstanden war, gehörte er auch zu deren eifrigsten und bedeutendsten Mitarbeitern. Außerdem verdanken wir ihm eine Anzahl von Propagandabroschüren von großem Wert. Die tiefstgehende Wirkung wird von seinem Vortrag über die Genossenschaftsbewegung ausgegangen sein, den er auf Aufforderung sozialistischer Akademiker 1900 in Berlin hielt, der dann gedruckt im Verlag der Sozialistischen Monatshefte erschien und noch heute als eine der begehrtesten Schriften zur Einführung in die genossenschaftliche Ideenwelt weite Verbreitung erfährt. Zu der Werbearbeit mit der Feder gesellte sich die mit dem Wort. Was von Elm auf diesem Gebiet aufzuweisen hat, übertrifft die Leistungen jeder andern in der Genossenschaftsbewegung tätigen Persönlichkeit. Auf allen nationalen und internationalen Tagungen, die von Genossenschaften veranstaltet wurden oder sich mit dem Genossenschaftswesen beschäftigten, begegnete uns von Elm als Teilnehmer und an entscheidender Stelle Mitwirkender. Sein Wort ertönte in Kreuznach, als dort der Trennungsstrich zwischen sozialer Genossenschaftsarbeit und kleinbürgerlicher Mittelstandsretterei gezogen wurde. Kein deutscher Genossenschaftstag verging, ohne daß ihm wichtige Referate übertragen wurden. Auf den internationalen Genossenschaftstagungen gehörte er zu den meistbeachteten Persönlichkeiten. Den Höhepunkt des letzten internationalen Genossenschaftstags in Glasgow bildete seine glänzende Begründung einer Resolution, die die Genossenschaftsbewegung als ein Instrument des Weltfriedens feierte, und wenn der Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen zur Genossenschaftsfrage wenigstens im großen und ganzen den Anforderungen gerecht wird, die seitens der Konsumgenossenschaften an einen solchen Beschluß gestellt werden müssen, so ist das wiederum das Verdienst von Elms, der in jenen Tagen ganz Außerordentliches geleistet hat. Einzig dem Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei blieb es vorbehalten, als er einen Referenten über das Genossenschaftswesen für einen deutschen Parteitag zu bestellen hatte, das



sachverständigste Mitglied der Partei zu übergehen, was dann allerdings seine Folgen in der Minderwertigkeit der Aussprache dort zeigte.

So bedeutend aber auch die Leistungen sind, die von Elm als immerwährender Werber für die Genossenschaftssache aufzuweisen hat, noch wichtiger ist seine genossenschaftliche Tat. Aus einem mißglückten Tabakarbeiterstreik, den er im Jahr 1890-1891 leitete, entwickelte sich bei ihm die Idee zur Gründung einer Produktivgenossenschaft, die dann auch im Jahr 1892 als Tabakarbeitergenossenschaft ins Leben trat, geleitet von Adolph von Elm und errichtet von einer größern Anzahl von Tabakarbeitern. Das Unternehmen machte alle die Schwierigkeiten durch, die Produktivgenossenschaften gemeinhin beschieden sind. Aber es ging nicht wie die meisten anderen Arbeiterproduktivgenossenschaften daran zugrunde sondern erhielt sich am Leben, weil von Elm mit Umsicht und Weitblick eine immer engere Anlehnung des Unternehmens an den durch die Konsumgenossenschaften organisierten Verbrauch herbeizuführen verstand. Als das Unternehmen am 1. Januar 1910 als Produktivabteilung von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine übernommen wurde, war die Genossenschaft finanziell gut fundiert und im Besitz eines sehr guten Namens in der ganzen Genossenschaftswelt. Im Jahr 1898 erfolgte dann die Gründung der Hamburger Produktion. Der leitende Kopf bei der Gründung war von Elm, seine Ideen sind es in der Hauptsache, die bei der Schöpfung der Produktion verwirklicht wurden, und nicht zuletzt ist es sein Verdienst, daß dieses Werk der Hamburger Arbeiter seine jetzige stolze Höhe erreicht hat und als Vorbild für alle fortschrittlich denkenden Konsumgenossenschafter im In- und Ausland dasteht. Er führte auch den Vorsitz im Aufsichtsrat bis zu seinem Tod; ohne Geschäftsführer zu sein, hat er doch den maßgebendsten Einfluß auf die Entwicklung des Unternehmens ausgeübt, und soweit überhaupt einzelnen Personen ein Verdienst an dem Gedeihen eines solchen Unternehmens zugeschrieben werden darf, muß gesagt werden, daß es von Elm war, der mit einem kleinen Kreis von Mitarbeitern das Werk schuf und gemeinsam mit diesen seine erfolgreiche Entwicklung bewirkte.

Die letzte große Gründung, an der von Elm hervorragend beteiligt war, ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge, die am 1. Januar 1913 ihre Tätigkeit aufnahm: unter der Geschäftsführung von Elms. Es war bewunderungswürdig zu beobachten, wie der doch nicht mehr ganz jugendliche Mann sich in ein vollkommen neues Gebiet einarbeitete, und wie unter seiner geschickten Leitung allmählich die Organisation entstand, die das Unternehmen nach 1½jährigem Bestehen doch wenigstens so gesichert hatte, daß der Ausbruch des Weltkriegs es wohl erschüttern und in der Entwicklung aufhalten, doch nicht zerstören konnte.

Daß von Elm auch in der Organisation der Konsumgenossenschaften, im Zentralverband deutscher Konsumvereine, eine ausschlaggebende Rolle spielte, ist nach dem Gesagten selbstverständlich. Er gehörte zu den bei der Gründung des Zentralverbands hervorragend Beteiligten und übernahm die wichtige Aufgabe den Vorsitz in seinem Ausschuß zu führen. Als später die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine entstand, leitete

er auch den Aufsichtsrat dieser Gesellschaft. Außerdem gehörte von Elm dem Vorstand der Unterstützungskasse des Zentralverbands deutscher Konsumvereine an, leitete dessen Fortbildungskommission, war geschäftsführender Vorsitzender im Tarifamt des Zentralverbands deutscher Konsumvereine und gehörte als deutsches Mitglied dem Zentralvorstand des Internationalen Genossenschaftsbundes an. Das alles sind Körperschaften, die von jedem ihrer Mitglieder viel Arbeit und Eifer fordern, und deren Tätigkeit von entscheidender Bedeutung für das Gedeihen der Genossenschaftsbewegung ist. Man kann daher einen Schluß auf die Arbeitsfreudigkeit von Elms ziehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß er alle die aus der Mitgliedschaft in diesen Körperschaften resultierenden Aufgaben neben seiner Haupttätigkeit in der Leitung der Volksfürsorge erfüllte, und zwar so prompt und gewissenhaft erfüllte, daß sein Wirken nur als vorbildlich bezeichnet werden kann.

Mit den Aufgaben eines leitenden Genossenschafters sind auch stets Arbeitgeberaufgaben verbunden. Jeder, der einen Einblick in die Zusammenhänge hat, weiß, daß dieses nicht die angenehmste Seite genossenschaftlicher Tätigkeit ist. Vielleicht mehr als ein anderer hat von Elm die Widerwärtigkeiten empfunden, die mit diesen Dingen verbunden sind. Aber er hat sie getragen, er hat allen Angriffen getrotzt und ist nie einen Finger breit von dem abgewichen, was er für zulässig hielt. Wer selbst an der Festsetzung und Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für Arbeiter und Angestellte in Genossenschaftsbetrieben beteiligt war, kennt die Klippen, die hier der Genossenschaftsarbeit drohen. Sie sind nur zu umschiffen, wenn sich mit sozialem Verständnis und unbestechlicher Gerechtigkeitsliebe der feste Wille paart das aus Gründen der Existenzfähigkeit der Genossenschaften als notwendig Erkannte auch unter allen Umständen durchzuführen. Der Konflikt entsteht aber meistens daraus, daß die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften es nicht erlaubt allen den an sie herantretenden Wünschen gerecht zu werden, obgleich man ihnen als human und sozial empfindender Mensch kaum die Berechtigung bestreiten kann. Diese Konflikte, die den innern Menschen erfassen und die sich auch oft nach außen in allerhand unliebsamen Erscheinungen bemerkbar machen, hat von Elm häufig durchgekämpft. Und so wie er zu diesen Dingen stand und wie er das nun einmal für richtig Erkannte durchführte, hat er zweifellos verdienstvoller gehandelt, als wenn er sich gebeugt und um des lieben Friedens willen Konzessionen gemacht hätte, die am Ende gefährlich für die seiner Obhut anvertrauten Unternehmungen geworden wären. Undank und Angriffe hat er dafür allerdings in reichem Maß erfahren; aber er ertrug sie, weil er wußte: so mußte es sein, und weil sein Pflichtgefühl und sein großes verzeihendes Verständnis für alle menschlichen Schwächen ihm immer wieder über diese unangenehmen Erfahrungen hinweghelfen und jede Verbitterung von ihm fernhielten.

Adolph von Elm wird bei allen, die ihm menschlich nahestanden und seine treue Freundschaft und stete Hilfsbereitschaft an sich erfahren haben, eine große Lücke hinterlassen. Die deutsche Arbeiterklasse und besonders die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung aber hat einen der Besten verloren, die je in ihren Reihen gewirkt haben. Seine tiefe Menschenliebe und sein wunderbar feines Gerechtigkeitsempfinden haben seine Lebensarbeit



zu bewahren, ein Verbot, das erst im Mai 1848 aufgehoben wurde. Da war es wahrlich nicht zu verwundern, wenn die Arbeiter zunächst ihre ganze Kraft darauf richteten ein politisches System zu beseitigen, das solche Früchte zeitigte. Sobald ihnen jedoch etwas Bewegungsfreiheit gelassen wurde, traten sofort praktische wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund. So auch auf dem ersten deutschen Arbeiterkongreß, der vom 23. August bis zum 3. September 1848 in Berlin tagte, und auf dem der Arbeiterbund Die Arbeiterverbrüderung unter dem Vorsitz des Schriftsetzers Stephan Born gegründet wurde. Neben den Berufsvereinen propagierte die Arbeiterverbrüderung die Gründung von Produktiv- und Konsumgenossenschaften. Lange Dauer war diesem Vorfrühling der Arbeiterbewegung freilich nicht beschieden. Die Zweigvereine der Arbeiterverbrüderung wurden 1850 in Preußen, Bayern und Sachsen ausnahmslos aufgelöst und ihr gleichnamiges Organ am 1. Juli 1850 verboten. Trotzdem suchte man zu retten, was zu retten war, und ehemalige Mitglieder des Zentralkomitees der Arbeiterverbrüderung gaben als Fortsetzung die Zeitschrift Prometheus heraus, die unter anderm zur Besänftigung der tobenden Reaktion am 10. August 1850 schrieb: »Vor *politischem* Getriebe der Arbeiter brauchen die Regierungen keine Befürchtung zu haben. Der Arbeiter hat die sogenannte Politik herzlich satt. Er will bloß leben, mit Anstand, wie man so sagt, leben. Wenn die Regierungen hierzu die Hand bieten, so werden sie eine sehr edle und weise *Politik* handhaben.« Die Regierungen ließen sich aber nicht belehren sondern sahen sozusagen schon lange vor Puttkamer hinter jedem Arbeiterverein die »Hydra der Revolution«. Im Jahr 1854 faßte dementsprechend der Bundesrat auf Antrag der preußischen Vertreter von Bismarck und von Prokesch-Osten einen Beschluß, der in § 8 sämtliche Bundesregierungen im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichtete die in ihren Gebieten noch bestehenden Arbeitervereine und -verbrüderungen, die politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten, binnen 2 Monaten aufzuheben und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten.

Viele Jahre war danach Ruhe über den Wassern. Doch so ursprünglich und unausrottbar war das Streben der Arbeiter nach gewerkschaftlicher Verbindung, daß alle politischen Parteien, die Einfluß auf die Arbeiter gewinnen wollten, dem Rechnung tragen mußten und die Gesetzgebung sich schließlich gezwungen sah das gleiche zu tun. Es ist erklärlich, wenn hierbei die Parteibedürfnisse in den Vordergrund gestellt wurden. Sowohl die Lassalleaner wie die Eisenacher fanden nicht immer die rechte Stellung zu den Gewerkschaften. Es herrschte vielfach unter ihnen Streit über deren Notwendigkeit und Nützlichkeit für die Befreiung der Arbeiterklasse. Den Lassalleanern versperrte der Glaube an das Eherne Lohngesetz anfangs die Möglichkeit den Wert der Gewerkschaften zu erkennen, während die Internationalen Eisenacher Richtung in ihnen nur Gebilde sahen, die sich mit der Lohnfrage beschäftigten, die großen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge aber nicht begriffen hätten und deshalb nicht als Instrumente einer durchgreifenden Emanzipation der Arbeiterklasse angesehen werden könnten. Noch mehr waren die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften auf die Bedürfnisse der damaligen Fortschrittspartei zugeschnitten. An Versuchen sich dem übermäßigen Einfluß politischer Parteien zu entziehen und ein Eigenleben zu führen hat es in Gewerkschaftskreisen niemals

gefehlt. In Hamburg erklärte beispielsweise eine im Jahr 1875 abgehaltene Konferenz sämtlicher dort bestehenden Gewerkschaftsvorstände, daß die Gewerkschaften nicht als Schweiß der politischen Bewegung zu betrachten seien, sondern daß beide streng von einander geschieden werden müßten; Gewerk für Gewerk müsse zentralisiert und eine eigene Leitung zur Regelung etwaiger Arbeitseinstellungen usw. über allen stehen. Und auch auf sonstigen gewerkschaftlichen Tagungen kam dieser Standpunkt nachdrücklichst zum Ausdruck.

Das Sozialistengesetz löschte anfangs fast jedes gewerkschaftliche Leben aus. Auf die Dauer konnte dieses natürlich nicht niedergehalten werden. Doch hatten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter das brennendste Interesse daran das Gesetz zu Fall zu bringen, da es ihre Bestrebungen in jeder Art behinderte. Sie wirkten daher im geheimen zweifellos als politische Rekrutenschulen, um den erstarrenden Bann des Gesetzes zu brechen und sich dadurch freiere Bahn für ihre Entwicklung zu schaffen. Das war jedoch damals so wenig wie heute ihr Hauptzweck sondern nur Mittel zu dem Zweck der Erämpfung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der erste sozialdemokratische Parteitag nach dem Fall des Sozialistengesetzes, der Hallenser /1890/, erfaßte durch seine bekannte Gewerkschaftsresolution, die lebensfähige Zentralverbände empfahl, die Aufgaben der Gewerkschaften in richtiger Weise. Um so merkwürdiger waren die Verhandlungen des Kölner Parteitags /1893/, der die Lehre von der Rekrutenschule tatsächlich wieder zu Ehren brachte, mochte auch dort die Resolution von Halle aufs neue bestätigt werden. Denn die in Köln gehaltenen Reden standen in so schreiendem Widerspruch mit jener Resolution, daß ein Redner das Richtige traf, als er ausrief: »Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gang der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden.« Hatte doch kein Geringerer als Bebel erklärt: »Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem andern abgeschnitten.« Clara Zetkin hieb in die selbe Kerbe mit den Worten: »Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird.« Richard Fischer warf der Generalkommission vor, sie suche sich in Gegensatz zur Partei zu stellen: »Man wollte eben eine Art Parlamentarisches Komitee der Gewerkschaften bilden, welches mit der Parteileitung wie von Macht zu Macht verhandelte. Weil dieser Größenwahn Schiffbruch litt, entstand der Streit.«

Alle düsteren Prophezeiungen über die Zukunft der Gewerkschaften sind nicht eingetroffen. Der einfache Maurer Paul aus Hannover hat recht behalten mit dem Wort, das er damals den Kleingläubigen und Zweiflern zurief: »Die Zeit der Gewerkschaften ist noch nicht erfüllt; ihre Bedeutung ist nicht herabgemindert, sie sind notwendiger als je.« Die Partei hat schon lange die Generalkommission als eine gleichberechtigte Macht anerkennen müssen, weil sie die höchste Vertretung einer Organisation ist, die sich kraftvoll entwickelt hat und ihren Wirkungskreis täglich weiter spannt; allen Voraussagungen zum Trotz. Auch die Arbeitgeberorganisationen sind gezwungen die Gewerkschaften als die Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen; Regierungen, Behörden, Gerichte sowie die öffentliche Meinung können sie nicht mehr als unbeachtliche Größe oder als unerwünschte Er-

scheinung hinstellen, da sie ein wichtiger Faktor im ganzen Staats- und Gesellschaftsleben geworden sind. Das hätte indessen nie geschehen können, hätten sie sich lediglich als Klassenkampforganisationen betrachtet und sich nicht als wichtiger Teil der Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft dem Ganzen unseres Staatswesens eingeordnet.

Auf dem Weg, den sie damit eingeschlagen haben, müssen sie rüstig vorwärtsschreiten. Sie erfüllen damit der Geschichte ehernes Muß viel reiner und zielbewußter als jene Unentwegten, die zwar stets von der geschichtlichen Mission der Arbeiterklasse reden, aber eigentlich immer nur den untätig warnenden, zweifelnden und klagenden Chor bilden, der bei jedem Schritt auf der Bahn praktischen Fortschritts alle Linien der alten bewährten Taktik verschoben sieht und bei jeder Berührung mit anderen Klassen und Parteien die Prinzipienfestigkeit einzubüßen fürchtet. Die Gewerkschaften brauchen sich von dieser Ängstlichkeit nicht anstecken zu lassen; die Vergangenheit hat sie gelehrt, wie sehr solche Unkenrufe immer fehlgetroffen haben, wie sie von der Geschichte ad absurdum geführt worden sind. Sie, die Gewerkschaften, haben es nicht nötig bei diesen falschen Propheten in die Rekrutenschule zu gehen.

Der Weg zur konstitutionellen Fabrik führt über die Tarifgemeinschaft und die Arbeitsgemeinschaft. Diese letztgenannte ist noch eine sehr junge Institution, erst in wenigen Gewerben ist sie zur Tatsache geworden. Geboren aus den Nöten und Notwendigkeiten der Kriegszeit, trägt sie zwar noch die Merkmale der Kindheit an sich, allein die Ansätze zu natürlicher gesunder Entwicklung sind dennoch an ihr zu erkennen. Es ist ja auch nicht einzusehen, weshalb Einrichtungen des öffentlichwirtschaftlichen Lebens sich nicht auch auf rein wirtschaftlichem und wirtschaftlich-politischem Gebiet einführen und vervollkommen lassen sollten. Selbst der radikalste unter den Radikalen wird es für selbstverständlich halten, wenn in einem Ausschuß für ein städtisches Gas- oder Elektrizitätswerk Sozialdemokraten neben Konservativen, Arbeitgeber neben Arbeitern als Stadtverordnete zum Segen des Werks mitraten und mittaten. Warum soll es da eine Sünde sein, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer das gleiche zum Nutzen eines Gewerbes tun? Verbinden sie sich jetzt in Arbeitsgemeinschaften zur Berufsberatung und Unterbringung der Kriegsinvaliden, schaffen sie Arbeitsvermittlungsstellen für diese, bemühen sie sich um die Errichtung von Lehrwerkstätten und Fachschulen, regen sie die Staats- und Stadtverwaltungen an ihre Aufträge zweckentsprechend zu vergeben, für Belebung des wirtschaftlichen Lebens während des Krieges und nach Friedensschluß zu sorgen, warum sollte dann solche Gemeinschaftsarbeit in allen Berufsfragen nach dem Krieg nicht auf erweiterter Grundlage fortgesetzt werden? Gewiß wird man dabei Widerstände in den Arbeitgeberkreisen wie in den eigenen Reihen mit in den Kauf nehmen müssen. Widerstände sind aber bekanntlich dazu da, um überwunden zu werden, und die deutschen Gewerkschaften sind nicht aus dem Holz geschnitzt, daß sie sich durch irgendwelche Widerstände von dem einmal als richtig erkannten Weg abbringen ließen. Auch nicht durch radikale Ängsterlinge.

Den Arbeitsgemeinschaften kommt in der Zukunft neben ihrer wirtschaftlichen auch eine erhebliche nationale Bedeutung zu. Die Gewerkschaften

der Arbeiterklasse werden durch sie, wie schon durch die Tarifverträge, zu Organen der Gewerbeförderung, also zu Trägern des nationalen Wirtschaftslebens. Arbeit und Arbeiter werden so auch durch ein inneres Band mit einander verbunden. Es ist ein weiter Weg, den die Gewerkschaft von der Rekrutenschule bis zur Arbeitsgemeinschaft zurückgelegt hat. Aber er zeigt strenge Folgerichtigkeit.

XX  
**WALLY ZEPLER · MODERNER ANTIFEMINISMUS**



EIN Zweifel, der Krieg hat der Frauenbewegung einen starken Antrieb gegeben. Es ist dies schon wiederholt hier ausgeführt worden.<sup>1)</sup> Die enorme Steigerung der Frauenarbeit in Industrie und Landwirtschaft, der erzwungene Ersatz der männlichen Arbeitskraft durch die weibliche auch in vielen höherqualifizierten Berufen, die Bewährung des weiblichen Geschlechts in der Kriegswohlfahrtspflege bekehrten manchen frühern Feind der Frauenberufsarbeit wie des Frauenwahlrechts. Konnte man doch nicht gut länger dem weiblichen Geschlecht Mitbestimmungsrechte verweigern, wo man in so hohem Maß seine *M i t a r b e i t* in Anspruch nahm. Daß sogar der einst so hartnäckig gegnerische Asquith sich jetzt öffentlich für überwunden erklärte, ist wohl der schärfste Beweis dieser Umstimmung. Ebenso meinte zum Beispiel Eugène Brieux in einem Artikel des Journal, man könne nach ihren Leistungen im Krieg den Frauen das Wahlrecht unmöglich noch vorenthalten. Andererseits hat sich der Wert strenger Arbeit für das persönliche Leben vielen sonst nicht beruflich tätigen Frauen erschlossen, und es ist anzunehmen, daß dadurch viele der veränderten Lebensführung neugewonnen wurden. Und schließlich drängt auch volkswirtschaftliche Notwendigkeit auf die weitere und vorläufig dauernde Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte.

Die Gegner des Feminismus haben also in der Tat Ursache ob des immer weitergehenden Abfalls von ihren Idealen ängstlich zu werden. Diese Besorgnis kommt denn auch auf den verschiedensten Seiten und von den verschiedensten Gesichtspunkten her zum Ausdruck. Und zwar spreche ich hier gar nicht von den rein materiell begründeten Bedenken, der Furcht vor weiblicher Konkurrenz und Lohnrückerei, die in der Arbeiterschaft nach Friedensschluß eine erhebliche Rolle spielen dürfte, vielmehr nur von den geistigen, ethischen oder ästhetischen Gegengründen gegen die *Verbürgerlichung* der Frau, wie ein vielgebrauchtes quasimodernes Wort lautet. Es ist ganz interessant sich ein paar charakteristische Äußerungen des Antifeminismus aus der letzten Zeit einmal näher anzusehen.

Viel beachtet wurde ein Artikel Leopold von Wieses, der objektiv nach dieser Richtung geht.<sup>2)</sup> Es ist ein feuriger Panegyrikus auf weibliche Schönheit und Grazie, und zwar in modisch anmutvoller Kleidung, die dem Verfasser in diesem Frühjahr von besonders bestreckendem Reiz erschien.

»Die unermessliche Schwermut des Schönen . . . bebt im Kleide einer gra-

<sup>1)</sup> Siehe Hanna Die Förderung der Frauenerwerbsarbeit durch den Krieg, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 872 ff.; ferner meinen Artikel Der Krieg und die Frau, sowie die Rundschau Frauenbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 1184 ff., 1915, 1. Band, pag. 39 ff., und 3. Band, pag. 1134 ff., 1916, 2. Band, pag. 660 ff. und 818 ff.

<sup>2)</sup> Siehe von Wiese Weibliches, im Berliner Tageblatt vom 7. Mai 1916.

ziösen Frau wie in Blütenzweigen über alten Mauern.« Der Verfasser ist deshalb empört über die Eingabe von 35 Frauenvereinen, die sich gegen die auffällige und leichtfertige Kleidung der eleganten Damen während des Krieges richtete. Das »alte Übel weiblicher Putz- und Gefallsucht«, wie in der Eingabe stand, enthalte in sich einen »hohen Lebenswert«, der »dem Dasein Farbe gebe«. Und der Verfasser stellt dann »Bürgerlichkeit«, »Sachlichkeit«, »gezähmte Männlichkeit« auf der einen, »Natürlichkeit«, »Weiblichkeit«, »Kunstgeist« und »persönliche Eigentümlichkeit« auf der andern Seite einander gegenüber und erlebt den Untergang des Menschen- oder Männergeschlechts, falls die erstgenannten Werte siegen sollten. Man sieht: Der (auf anderen Gebieten mit Recht hochgeschätzte) Autor hat sich hier, vielleicht gegen seinen Willen, von ganz konventionellen Anschauungen tragen lassen. Es ist das alte Lied der (von dem Angelsachsentum willig übernommenen) Frauenvergottung, dessen falsche Töne durch vielfache Wiederholung nicht richtig werden. Für Prentice Mulford und seine deutschbürgerlichen Gesinnungsgenossen, die nur die Oberfläche der Dinge sehen, hat allerdings ein Geist wie Strindberg, der in die Tiefe dringt, und vor dem aller unwahre Schein zerrinnt, umsonst gelebt. (Daß diese Hochstellung der Frau auf Grund ganz imaginärer oder solcher Eigenschaften, die bei ihr, der in Wirklichkeit Materiellern, in erheblich geringerem Maß vorhanden sind als beim Mann, eine Verminderung ihres Menschentums bedeutet, da sie ihr das nimmt, was ihr menschlichen Wert gibt, um ihr das zuzusprechen, was sie doch nicht hat, das kommt diesen Frauenverehrern natürlich nicht zum Bewußtsein. In Wahrheit hat in diesem Sinn gerade der als Frauenhasser abgestempelte Strindberg die menschliche Würde in der Frau geachtet, dadurch, daß er ihr gegenüber unerbittlich war.)

Es ist für die geistige Bewegung immerhin bemerkenswert, daß solche alte, allzu alte Anschauungsweise sich auch bei manchen Vertretern der Jugend zeigte. Ein Artikel, der am 6. Juli dieses Jahres in der Schaubühne erschien, und der von einem unserer jungen Dichter und Schriftsteller herührt, stellt sich ganz auf ihren Boden.<sup>3)</sup> Schreckerfüllt meint der Verfasser, Manfred Georg, die Frau sei noch eine Macht gegen »Kapitalismus« und »Amerikanerei« gewesen (ach, wenn er ahnte, wie *amerikanisch* gerade diese seine Auffassung ist!), nun wolle man auch sie ins »Geistige«, »Sachlich-Männliche« umbiegen; das sei »der erste Schritt zur Einöde«. In der Tat: schrecklich. Der Autor schwärmt natürlich von *Schönheit* und sieht geringschätzig auf die Sachlichkeit herab. Es ist ein altes Vorrecht des Philistertums hochromantisch zu sein. Das ist psychologisch begreiflich: Der bürgerliche Geist vermag die Schönheit in der Sachlichkeit nicht zu erkennen. Er hat keine Beziehung zu den Dingen selbst, sucht daher nur ihren Genuß und hält das womöglich noch für das Feinste und Aparteste. Im Grunde kann er sich Lyrik ohne Goldschnitt nicht denken (mag er auch selbst Verse modernen Zuschnitts schreiben). Nun, Manfred Georg gehört offenbar zu den Jungen. Es ist zu hoffen, daß er einstweilen nur allzu wahllose Vorstellungen geäußert hat, von denen er nicht merkte, wie sehr sie der Gedankenwelt der von ihm auch verabscheuten Bürgerlichkeit angehören. Er wird vermutlich später die Hohlheit dieser Tiraden fühlen; denn sein Geist ist an sich wohl ernst genug veranlagt, um solch alt-

<sup>3)</sup> Siehe G e o r g Die verratene Schönheit, in der Schaubühne, 1916, 2. Band, pag. 2 ff.



modischen Flitterkram bald zu erkennen und auf den Kern der Dinge selber losgehen zu wollen.

Einstweilen scheint übrigens seine Furcht, die Frauen könnten zu geistig werden, ganz unbegründet zu sein. Denn ein anderer Jünger der Lehre vom geistigen Antifeminismus, Franz Sachs, der Verfasser einer (wie Manfred Georg sagt) »wahrheitstiefsten« Rede an die Kameradinnen, spricht ihnen das Talent zur Geistigkeit im gleichen Heft der Schaubühne absolut ab.<sup>4)</sup> »Wo Frauen zusammen sind«, meint er, »wird meistens gegessen; und wenn es nur Cakes und Kuchen und Schokoladen sind.« Bei den Männern sei das ganz anders. Sie sähen zwar auch den Tisch unter sich »mit Brot und Schinken«, aber ihre Hände nähmen davon, »so fern« wie »vom Ballon aus«. Immerhin, auch dann nährt Brot mit Schinken seinen Mann ganz kräftig körperlich, und dem Autor seien namentlich in dieser Zeit recht viele »so ferne« Schinkenbrötchen gegönnt.

Merkwürdigerweise bezeichnet von Wiese den ihm doch verwandten Antifeminismus Hans Blüher's, eines Führers der Jungen, als ungesund. Blüher hat seinen Meinungen schon wiederholt Ausdruck gegeben; jetzt stellt er sie noch besonders in einer kleinen Schrift dar, die im eigenen Verlag erschien.<sup>5)</sup> Er streift hier wenigstens den eigentlichen Sinn der Frage, so widerspruchsvoll auch seine Schlußfolgerungen sind. Denn das alte Klageglied von dem Untergang der *Schönheit* durch die Versachlichung der Frauen sollte man doch nun ruhig begraben sein lassen. Blüher gründet seine antifeministischen Forderungen auf die bekannte Behauptung von der Unproduktivität der Frau. Sie habe einer geistigen Aufgabe gegenüber nicht den »religiösen Ernst« des Mannes. »Dieser ringt um das zu wirkende Werk, die Frau ringt um das Niveau, das sie sich auferlegt, um dem geliebten Manne würdig an die Seite zu treten.« Ob das wahr ist oder nicht, ist oft genug erörtert worden und jedenfalls vorläufig nicht endgültig entscheidbar. Blüher hebt es aber selber wieder auf, wenn er die Existenz schöpferischer Frauen zugibt und dann behauptet, die Frau könne in diesem Fall nicht ihre weibliche Natur behalten. »Sie vermännlicht bis zum Hermaphroditen, wenn sie zum Schaffen kommt.« Ja sogar diskutierende Studentinnen sollen »vermännlicht« sein. Sie könnten sich nur »plötzlich umschalten und auf den Eros werfen«; in diesem Fall finden sie dann als »edelste Beraterinnen« der Männer Blüher's Billigung, der ihnen im »Eros« sogar die Überlegenheit zuerkennt. Nun ist es vielleicht gestattet zu fragen, wo der Beweis für die »Vermännlichung« dieser Frauentypen steckt, da sie doch eben dem Eros genau so zugänglich sind wie die anderen auch? Sinn läge in der Unterscheidung nur, wenn man Geistigkeit oder Produktivität mit anormalen Liebesempfindungen verbunden glaubt, wie dies etwa in dem kleinen Propagandaroman Aimé Ducs geschehen ist.<sup>6)</sup> So aber darf man mit ganz gleichem Recht diese mit Schöpferkraft begabten einzelnen als Vorläufer einer werdenden Neugestaltung oder auch als die, vielleicht im Vergleich zum männlichen Geschlecht selteneren, aber doch echt weiblichen Ausnahmerecheinungen nehmen. Denn auch das kann man nicht gut behaupten: daß die produktive Frau, wenn sie dem Eros unter-

<sup>4)</sup> Siehe Sachs Vom Essen, in der Schaubühne, 1916, 2. Band, pag. 12 ff.

<sup>5)</sup> Siehe Blüher Der bürgerliche und der geistige Antifeminismus /Berlin 1916/.

<sup>6)</sup> Siehe die Rundschau Frauenbewegung in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 992.

liegt, ihre Schöpferkraft verliert und nur zum liebenden Weibe wird. Ich kenne wenigstens keine Beispiele der Art. Nun aber gar die Schlußfolgerung: »Ablehnung jeder Fraueninvasion in die Männerbünde.« Der Männerbund erleide nämlich eine »völlige Stilverbiegung, wenn auch nur eine Frau . . . als gleichberechtigtes . . . Mitglied« eintrete. »An dieser Stelle bekommt der Antifeminismus seine letzte . . . Begründung, für die . . . zum Beispiel das Verbot des Frauenstimmrechts und der gesamten politischen Tätigkeit der Frau nur abgeleitete Fälle sind.« Ist der Mann aber der allein Schöpferische, weshalb biegt dann die Anwesenheit auch nur einer Frau den Männerbund um? Sollte die ganze Schöpferkraft der Männergemeinschaft gegen eine einzige Frau nicht aufkommen können?

Man muß also immer von neuem sagen: Überlassen wir die Entscheidung über Existenz und Höhe weiblicher Schöpferkraft der Zukunft; sie wird um so rascher fallen, je mehr Frauen und in je zahlreicheren Berufsarten sie ihre Kraft erproben können. Die praktischen Streitpunkte: Wahlrecht und andere öffentliche Rechte, kommen dabei kaum in Frage. Mag sein, daß damit für die Gesamtheit keine neuen großen Errungenschaften kämen: für die Frauen selber sind sie nötig (und sie werden sie deshalb erkämpfen), und niemals kann daraus ein Schaden erwachsen. Denn das Schöpferisch-Männliche würde bei jeder Zusammenarbeit das Weibliche (wo es wirklich unschöpferisch ist) erdrücken. Meiner Meinung nach gilt das auch für ein anderes, von Blüher erwähntes, prinzipiell noch nicht geklärtes Problem: das der Gemeinschaftserziehung. Hier fürchten viele ein Herabziehen oder in falsche Bahnen Lenken der männlichen Schüler durch die Teilnahme der weiblichen am Unterricht. Ich glaube, daß auch im Unterricht die stärkere Kraft schließlich bestimmend und der Nachteile nur auf Seiten der Schwächeren bleibt. Doch spielen hier freilich noch andere Gesichtspunkte hinein wie die bei beiden Geschlechtern ungleichen Entwickelungsepochen und dergleichen, die die Frage komplizieren.

Der idealistische Antifeminismus ist in seiner Terminologie von dem alten treuherzig - spießbürgerlichen scheinbar durch Welten geschieden. Es ist aber nur ein Unterschied in der Tonart, durch die Generationenfolge bedingt. In der Grundempfindung stehen beide einander ganz nahe. Jedenfalls bedeutet es einen völligen Mangel an Empfindung für das Wesentliche einer Persönlichkeit, wenn der obengenannte Manfred Georg sich gar noch auf Hedwig Dohm beruft. Wie diese von uns allen verehrte Frau, die mit ihren 83 Jahren die Jüngste der Jungen ist, über solchen apologetischen Antifeminismus denkt, hat sie unter anderm hier in den Sozialistischen Monatsheften klar und deutlich ausgesprochen<sup>7)</sup>; zur Warnung für alle, die das Kommende nicht zu sehen vermögen.

Doch schließlich kommt es weniger darauf an, wie sich die einzelnen ihre Zeit denken, als was diese ihnen zeigt. Und das scheint ganz anders auszusehen als die Antifeministen, mögen sie idealistisch oder materialistisch sein, sich wohl vorstellen. Daher wird es nach dem Krieg schwerlich nach ihren Wünschen gehen. Denn gegenwärtig braucht man, wie gesagt, die Frauen. Und wenn sie zeigen, daß sie die ihnen übertragenen Funktionen

<sup>7)</sup> Siehe Dohm Die Idealisten des Antifeminismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1912, 1. Band, pag. 285 ff.

auch erfüllen, so wird man sie später nicht mehr beiseite schieben können. Hoffen wir für die männliche Welt, daß auch dann die Schönheit nicht ganz von dieser Erde verschwinde. »Alle ausgedachten, eingebildeten Postulate«, sagt Hedwig Dohm am Schluß ihres obenerwähnten Artikels, »bleiben leerer Schall. Nur das Leben selber schafft neues Leben. Und wer Sinne hat (und nicht Dogmen an deren Stelle), der fühlt aus dem Chaos der Gegenwart mit dem andern Neuen auch die neue Frau entstehen. Ihre frische Schönheit zu sehen, dazu gehören freilich frische Augen. Doch die bringt das Leben schon: trotz der Wut der Materialisten und der Wehleidigkeit der Idealisten des Antifeminismus.«

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Wirtschaft / Julius Kautski

**Kriegsfinanzierung** Mit den 10,65 Milliarden Mark unserer letzten Kriegsanleihe hat Deutschland durch Kriegsanleihen insgesamt 47 Milliarden aufgebracht. Davon entfielen auf die erste Anleihe 4,46, auf die zweite 9,06, auf die dritte 12,10, auf die vierte 10,71, auf die fünfte (in der die Feld- und Überseezeichnungen noch nicht voll enthalten sind) 10,65 Milliarden Mark. Das Wirtschaftsleben eines Landes, das diese Leistungen aus eigener Kraft zu vollbringen vermag, ruht auf festen und breiten Fundamenten. Daran mindert auch die Tatsache nichts, daß die finanziellen Kräfte Deutschlands durch die englische Absperrungspolitik eine mächtige Stärkung erfahren haben. (Bei freier Zufuhr würde durch erhöhte Verpflichtungen dem Ausland gegenüber der heimische Kapitalmarkt wohl eine andere Entwicklung genommen haben.) Von England sind an festen Anleihen bisher nur 19½ Milliarden aufgebracht worden, während es kurzfristige Schuldverpflichtungen (in Form der Schatzwechsel und Schatzscheine) im Betrag von 27½ Milliarden Mark eingehen mußte. Mehr noch wird der Stand der englischen Kriegsfinanzierung durch die Konstatierung charakterisiert, daß das britische Schatzamt jetzt 6prozentige Schatzscheine mit 3jähriger Lauffrist ausgibt. Großbritannien hatte vor dem Krieg den billigsten Staatskredit, die 2½prozentigen Konsols waren das Staatspapier. Die erste englische Kriegsanleihe war 3½-, die zweite 4½prozentig. England verzichtete keineswegs freiwillig auf weitere feste Anleihen, das Schatzamt hat sich vielmehr die

Möglichkeit dazu verschlossen. In den Aufforderungen zur Zeichnung der 4½prozentigen Anleihe war nämlich den Käufern die Zusage gemacht worden, daß spätere Anleihen ein höherer Zinssatz nur dann zugestanden werden würde, wenn zugleich eine entsprechende Steigerung des Zinsfußes der früheren Anleihen einträte. Eine Einlösung dieses Versprechens würde sich bei den inzwischen gründlich veränderten Verhältnissen für England außerordentlich kostspielig gestalten. Das Schatzamt zieht deshalb anscheinend den Ausweg vor statt fester Anleihen schwebende Verpflichtungen abzuschließen. Der Unterschied der englischen und der deutschen Methode in der Kriegsfinanzierung ist gerade dadurch, daß England beim Ausbruch des Krieges in der ganzen Welt den Eindruck erwecken wollte, als ob die finanzielle Rüstung Englands unvergleichlich besser als die Deutschlands sei, zuungunsten Englands ausgefallen. Wahrscheinlich hat man in England die wirtschaftlichen Kraftquellen Deutschlands sehr erheblich unterschätzt; nicht nur die Reden Lloyd Georges lassen darauf schließen, daß man in London vor allem mit einer ziemlich schnellen Erschöpfung der deutschen Finanzen gerechnet hat. Es hieße nun den gleichen Fehler begehen, wollte man jetzt bei uns annehmen, die Tatsache, daß England von festen Anleihen absehen und teurere schwebende Schulden eingehen muß, wäre ein Anzeichen für eine Ermattung des Landes. In Frankreich sind im Krieg bisher 11 Milliarden Mark an festen Anleihen und 25 Milliarden schwebende Schulden aufgenommen worden. Die französische Republik, die in Friedenszeiten über einen gleichfalls wesentlich billigeren Staatskredit als das Deutsche Reich ver-

fügte, muß sich bei Ausgabe einer 5prozentigen Anleihe mit einem Kurs zufrieden geben, der 10 % niedriger ist als der Kurs der deutschen 5prozentigen Anleihe.

Die meisten Gesellschaften in der Eisenindustrie haben vorzügliche Abschlüsse veröffentlicht. Vielfach sind Rekordgewinne erzielt worden. Das Tempo des Konzentrationsprozesses wurde noch beschleunigt; an Fusionen und Erweiterungen ähnlicher Art waren zahlreiche Unternehmungen beteiligt. Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß der Krieg die Qualitätsarbeit gefördert hat. Kommerzienrat Klöckner wies in der Generalversammlung des Hasper Eisen- und Stahlwerks darauf hin, daß die Bedürfnisse des Krieges die Eisenindustrie veranlaßt hätten sich immer stärker nach der Qualitätsseite auszubauen. Das Hasper Eisen- und Stahlwerk führt deshalb eine Vergrößerung der Siemens-Martin-Anlage durch, die die Leistungsfähigkeit um etwa 25 % steigern wird. Im Anschluß daran ist man nach Klöckner mit der Errichtung großer Werkstätten zur Weiterverarbeitung des Qualitätsstahls beschäftigt, die bedeutende Mittel erfordern werden. Die Besserung der finanziellen Verhältnisse, die übrigens zum Teil aus der Flüssigmachung großer Reserven herrührt, die in den Vorräten vorhanden waren, setzte die Gesellschaft und eine große Anzahl anderer Werke in die Lage die Unternehmertätigkeit weiter auszudehnen, trotz dem hohen Preisstand, der in normalen Zeiten ein Erlahmen der industriellen Entwicklung hätte herbeiführen müssen. Die Gewinne, die die Eisenindustrie gemacht hat, befähigen sie deshalb sich erneut und dazu noch in erweitertem Maß der Heeresverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Die Aktiengesellschaft Friedrich Krupp in Essen wird mit dem Nord-

deutschen Lloyd in eine enge Verbindung treten. Die neuen Beziehungen veranlassen den Eintritt des Freiherrn von Bodenhausen-Wegener, eines Mitglieds des Kruppschen Direktoriums, in den Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyds. In dieser Rundschau (1916, 2. Band, pag. 813) ist bereits auf die Tendenz eine planmäßige Zusammenarbeit der Reedereien mit der rhei-

nisch-westfälischen Großindustrie herbeizuführen hingewiesen worden. Am deutlichsten trat diese Entwicklung durch die Beteiligung des Großindustriellen Hugo Stinnes an dem Woermannkonzern und seine Wahl in den Aufsichtsrat der Hamburg-Amerikalinie hervor. Die Verbindung zwischen Krupp und dem Norddeutschen Lloyd gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß die Kruppsgesellschaft auch ein eigenes Schiffsbauunternehmen, die Germaniawerft in Kiel, besitzt.

Von der Hamburg-Amerika-Linie wurde kürzlich ein neues Schiffsbauunternehmen, die Aktiengesellschaft Hamburger Werft, gegründet, die den Bau von Frachtschiffen in Serien betreiben will. An dieser Werft ist auch die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft interessiert.

Zu einer Kapitalverwässerung großen Stils schreiten die Gesellschaften des

Pulverkonzerns. Das Kapital wird bei den Köln-Rottweiler Pulverfabriken von 16½ auf 33 Millionen Mark erhöht, bei der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffaktiengesellschaft von 6½ auf 13, bei der Siegener Dynamitfabrik von 300 000 auf 600 000 Mark. In der offiziellen Begründung der Verdoppelungen der Grundkapitalien wird von den Köln-Rottweiler Pulverfabriken, zugleich auch für die übrigen Gesellschaften, folgendes erklärt: »Die Verwaltung glaubt in sichere Aussicht stellen zu dürfen auf das erhöhte Aktienkapital eine Dividende verteilen zu können, welche im Durchschnitt des erhöhten Aktienkapitals eine der vorjährigen Dividende entsprechende Rentabilität gewährt. Die Kapitalerhöhung ist durch die, infolge des Krieges eingetretene Ausdehnung des Unternehmens notwendig geworden. Die Verwaltung muß bemüht sein die bisherige geldliche Flüssigkeit der Gesellschaft aufrechtzuerhalten.«

Eine Wertung der Außenstände, der Effekten und Beteiligungen, wie sie in den letzten Bilanzen der Gesellschaften ausgewiesen werden, zeigt uns, daß die jetzt beschlossene Kapitalverdoppelung mit einem Kapitalbedarf allein sachlich nicht zu begründen ist. Die Kapitalverwässerung, die von dem Pulverkonzern betrieben wird, soll wohl mit in erster Reihe eine Dividendensenkung erzwingen. Käme es auf Deckung eines ernsthaften Kapitalbedarfs an, so wäre die Neuausgabe der Aktien zu anderen

Bedingungen erfolgt. Den Aktionären wird nämlich auf jede alte Aktie eine neue Aktie zum Kurs von 100 % zuzüglich 5 % Stückzinsen seit dem 1. Januar 1916 zum Bezug angeboten; die neuen Aktien werden auch am Gewinn von diesem Termin ab teilnehmen. Die Ausgabe der Aktien zum Parikurs verschafft den Aktionären ein sehr wertvolles Bezugsrecht; der im freien Verkehr genannte Preis der Aktien ist doppelt so hoch wie der Kurs vor Ausbruch des Krieges.

Den Aktionären wird durch die Kapitalverwässerung natürlich kein Schaden zugefügt; denn selbst bei gleichbleibender Dividendensumme zuzüglich einer 5prozentigen Verzinsung der neuen Aktien bedeutete die Halbierung des Dividendensatzes keine Verminderung des Zinsgenusses. Aber es ist anzunehmen, daß die Gewinne des Pulverkonzerns eine weitere Zunahme erfahren werden. Hätte es sich wirklich nur darum gehandelt durch Ausgabe neuer Aktien Kapital zu beschaffen, so lag die Möglichkeit vor die Ausgabe von Neuaktien in einem weit geringern Umfang bei gleichzeitig höheren Kursen vorzunehmen. Die Dividende der Köln-Rottweiler Pulverfabrik stieg 1914 von 20 auf 25 %; das Jahr 1915 brachte eine Dividende von 35 %. Bei der Rheinisch-Westfälischen Sprengstofffabrik trat für 1914 eine Erhöhung von 15 auf 20 % und für 1915 auf 28 % ein.

×  
Amerika  
und Japan

× Die von einem Konsortium amerikanischen Großkapitals zur Förderung des

Überseehandels gegründete American International Corporation soll nach amerikanischen Meldungen die Finanzierung für den Bau von 2400 Kilometer Eisenbahn in China übernommen und gleichzeitig eine Option für den Bau von weiteren 2400 Kilometer erhalten haben. Nach anderen Berichten hat die chinesische Regierung sich auf Drängen Amerikas zu Zugeständnissen veranlaßt gesehen, die jedoch von der gültigen Erteilung voller Konzessionen noch weit entfernt sind. Die Amerikaner sind denn auch ihrer Sache durchaus nicht sicher. Die Diskussionen, die in jüngerer Zeit über die Interessen amerikanischen Kapitals in China gepflogen werden, lassen vielmehr immer entschiedener erkennen, daß man mit der entgegengerichteten aktiven Politik Japans in China rechnet. Die amerikanischen Bestrebungen nach Erweiterung wirt-

schaftlichen Einflusses in China sind schon recht kräftig auf den Widerstand Japans gestoßen. Insbesondere dürfte die Bewilligung neuer Eisenbahnkonzessionen in China bis auf weiteres nicht ohne Zustimmung Japans erfolgen. Der japanisch-amerikanische Gegensatz ist durch noch so schöne Gelegenheitsreden der Amerikaner nicht aus der Welt zu schaffen, mag man sich in Amerika noch so bemühen jetzt während des Weltkriegs diese Tatsache möglichst wenig hervortreten zu lassen.

×  
Kriegspublika-  
tionen

× Noch ist die Zeit nicht gekommen, um eine Geschichte des Kreditverkehrs während des Krieges zu schreiben. Die Arbeit Dr. R. Deumers Der private Kriegskredit und seine Organisation /München, Duncker & Humblot/ will diese Aufgabe auch gar nicht erfüllen. Sie verfolgt ein anderes Ziel. Neben der Schilderung der Sturm- und Drangperiode des Kreditverkehrs in den ersten Kriegswochen, der Untersuchung des Begriffs des Kriegskredits, der Ursachen des Kriegskreditbedürfnisses, des Verhaltens von Schuldnern und Gläubigern gibt der Verfasser eine Darstellung der Kriegskreditorganisationen, die für Deutschlands Kreditordnung neu waren. Seine Absicht die Organisationsgrundsätze dieser Neuschöpfungen zur gegenseitigen Anregung und Belehrung jetzt schon zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, um sie für die Tätigkeit der Kriegskreditorganisationen nutzbar zu machen, die nach Friedensschluß voraussichtlich wesentlich stärker als bisher werden wird, dürfte er erreichen.

×  
Kurze Chronik

× Am 1. Oktober ist im Deutschen Reich die nach den Vorschlägen des Reichstags geschaffene, zu Unrecht vielbefehdete Warenumsatzsteuer in Kraft getreten. Wer im Inland ein Gewerbe betreibt, wozu auch Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Gartenbau zählen, hat am Schluß des Kalenderjahrs binnen 30 Tagen den Gesamtbetrag der Zahlungen anzumelden, die er im Lauf des Jahres für die im Betrieb seiner inländischen Niederlassungen gelieferten Waren erhalten hat. Zugleich ist der Scheckstempel aufgehoben worden. × Nach einer Verordnung des Bundesrats vom 7. September 1916, die auf eine Kontingentierung der Zigarettenproduktion ab-

zielt, haben Betriebe, die in der Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1916 mehr Zigaretten versteuert haben als in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. März 1916, soweit die Mehrversteuerung 15 % überschreitet, für die mehr versteuerte Menge einen erhöhten Kriegsaufschlag zu entrichten. × Die englische Kohlenförderung ist von 287 Millionen Tonnen im Jahr 1913 auf 253 Millionen Tonnen im Jahr 1915 zurückgegangen; die Zahl der Bergarbeiter hat sich um etwa 180 000 vermindert, so daß die Zahl der im Bergbau beschäftigten Personen gegenwärtig nur noch rund 950 000 beträgt. × Die amerikanischen Pulverfabriken haben infolge der großen Kriegsaufträge der Entente ganz außerordentliche Gewinne zu verzeichnen. Die Firma E. I. du Pont de Nemours (der Pulvertrust) erzielte im Jahr 1915 einen Reingewinn von 11,4 Millionen Pfund Sterling. Die Arbeiterzahl des Werkes hat sich von 5300 im Oktober 1914 auf 62 200 im Lauf des Jahres 1916 erhöht. × Die Preise für Baumwolle in New York sind sprunghaft gestiegen; seit 1872 haben sie keinen so hohen Stand wie jetzt eingenommen. × Da der Krieg die Einfuhr von Juteerzeugnissen in die Schweiz unmöglich macht, plant man in den Kreisen der schweizerischen Industriellen die Errichtung eigener Jutefabriken, die die Schweiz bisher noch nicht besaß.

×  
Literatur

Bei der Geburt des Großkapitalismus ist noch nirgends Rosenöl geflossen, am wenigsten in Amerika. Die Gründer der Millionärdynastien waren Männer mit starken Nerven. Außergeschäftliche Bedenken bei der Auswahl ihrer geschäftlichen Objekte und der Mittel zur Durchführung gefaßter Entschlüsse kannten sie nicht. Eine fast überreiche Sammlung ihrer Arbeitsmethoden hat uns Gustavus Myers in seiner Geschichte der großen amerikanischen Vermögen gegeben, deren deutsche Übersetzung in 2 Bänden vor kurzem erschienen ist (Berlin, S. Fischer). Max Schippel, der dem Buch eine Einleitung vorausschickt, meint, es bestehe zwar kein Mangel an Einzelmitteilungen und Einzeldrücken über das Leben und Treiben aller möglichen amerikanischen Spekulantent, trotzdem fehle es an zusammenfassenderen Darstellungen, die einerseits ein unbefangenes Abwägen des Gesamturteils ermöglichen, ander-

seits die außerordentliche allgemeine Rechtsumbildung und die noch ungewöhnlicheren Einzelauswüchse in ihrem Zusammenhang mit den Besonderheiten der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung klarlegen. Doch auch die Arbeit Gustavus Myers' gibt noch nicht, was Schippel als wünschenswert bezeichnet. Myers ist Sozialist: Um so auffälliger ist es, daß er die Aufhellung der ökonomischen Zusammenhänge durch das Pathos der Anklage ersetzt. Die Machenschaften der Großen im Gründerreich, die Myers mit Aktentreue erzählt, sind schließlich nicht das ganze Werk der Männer. Diese waren doch außerdem noch die Organisatoren auf vielen der wichtigsten Wirtschaftgebiete. Das, was dem Myersschen Werk fehlt, hat Schippel in seiner 40 Seiten langen Einleitung in großen, aber scharfgezeichneten Linien ergänzt. Mit seiner marxistischen Methode, die er im Geist des Meisters handhabt (auf dessen Worte er gerade darum nicht schwört), gibt er eine Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Amerikas, die, bei aller Knappheit, alles Wesentliche hervorholt, und die zweifellos dazu beitragen wird manches schiefe Urteil, und nicht nur über Amerika, zu korrigieren. Bewegt sich Myers selbst auch nicht auf dieser wissenschaftlichen Höhe, so ist das Bild, das er entwirft, doch reich an Einzelheiten, die einen großen Leserkreis fesseln müssen, so daß die Lektüre dieses Buches in Spannung erhält und insgesamt äußerst lohnend ist. Darüber hinaus ist das Werk aber nicht nur wegen der behandelten Materie von Wichtigkeit sondern auch, wie Schippel mit Recht hervorhebt, als Ausdruck einer »bereits vielverbreiteten Volkstimmung nicht nur der Arbeiter sondern auch der Farmerklasse«; es ist »ein Sturmzeichen, das dem bequemen kapitalistischen Gehenlassen der bisherigen amerikanischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Warnung dienen sollte«. In der Epoche der großen Imperien, der wir uns nähern, wird diese innere Entwicklung des Landes von größter Wichtigkeit sein; und nicht nur für das Land selbst.

## WISSENSCHAFT

### Rechtswissenschaft / Hugo Helmemann

**Koalitionsrecht** Nachdem die Gewerkschaften auf vereinsrechtlichem Gebiet durch die Novelle zum Reichsvereinsgesetz die volle Be-

wegungsfreiheit erhalten haben, wird es jetzt Zeit die Vorarbeiten für die Reform des § 153 der Reichsgewerbeordnung zu beginnen, damit diese Vorschrift unmittelbar nach dem Krieg beseitigt werden kann. Von allen Seiten wird heute das Fallen des preußischen Wahlrechts gefordert, aus der Erwägung heraus, daß die Abstufung in der Gewährung staatsbürgerlicher Rechte nicht nur eine schreiende Ungerechtigkeit ist, sondern daß es auch gegen das eigene Interesse staatlicher Notwendigkeit verstößt, wenn Kräfte in einem Augenblick gefesselt werden, in dem ihre Auswirkung gebieterisch gefordert wird. Ganz die gleichen Erwägungen sprechen für die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung. Formell gegen alle Berufsstände gleichmäßig gerichtet, wendet sich die Vorschrift in Wahrheit mit Repressivmaßnahmen gegen das Streben des Arbeiters nach besserer Lebenshaltung, also gesteigerter Anteilnahme an der Menschheitskultur. Dem Kartell, der Konvention, dem Syndikat gestattet das Gesetz die Androhung und Verhängung schwerer wirtschaftlicher Nachteile gegen die Schmutz- und Schleuderkonkurrenz. Die gleiche Befugnis gewährt es dem Innungsvorstand gegenüber dem Innungsmeister, der den Standesanschauungen zuwiderhandelt. Ja, der Staat geht hier so weit, daß er die Verrufserklärung direkt begünstigt. Die vom Innungsvorstand verhängten, die Verrufserklärung darstellenden Ordnungsstrafen sind im ordentlichen Rechtsweg nicht anfechtbar und der richterlichen Nachprüfung entzogen. Dem betreffenden Innungsmeister steht lediglich der Weg der Verwaltungsbeschwerde offen. Der Regierungspräsident ist die letzte Instanz. Und dieser hat regelmäßig den Standpunkt eingenommen, daß Verletzung des Gemeingeistes nicht zu dulden und daher die Verhängung der Ordnungsstrafe angemessen sei. Aus dieser Erwägung heraus wurden nicht lange vor dem Krieg zum Beispiel alle Ordnungsstrafen des Vorstands der Bäckerinnung gegen die Bäckermeister bestätigt, die sich nach einer im Geschäftslokal ausgehängten Mitteilung mit dem Bäckerverband geeinigt und die von ihm geforderten Lohn- und Arbeitsbedingungen bewilligt hatten. Unter gewissen Voraussetzungen kann sogar der Beitritt zur Innung erzwungen werden, da der Zusammenschluß der Berufsgenossen und Wirtschaftsverwandten zur Erreichung ge-

meinsamer wirtschaftlicher Interessen eine von der Moral geforderte Handlung sei, der das Gesetz staatlichen Nachdruck verleihen müsse. Staatlich organisierte Berufsklassen wie der Beamten-, der Rechtsanwalts- und unter gewissen Einschränkungen auch der Arztstand dürfen mit Geld- und Ehrenstrafen, ja mit Ausschluß aus der Gemeinschaft (also einer Strafe, die fast der Todesstrafe gleichsteht) gegen Mitglieder vorgehen, die Verständnis für Standes- und Berufsehre vermissen lassen. Im Offiziersstand ist dieser Ehrbegriff auf das feinste entwickelt. Streikbrecher sein und das kaiserliche Ehrenkleid tragen gelten mit Recht als völlig inkomensurable Größen. Auch der Arbeiter darf den Kollegen des Verkehrs für unwürdig erklären und in Verruf tun, der in politischer, moralischer oder sonstiger Beziehung keinen Sinn für Standesehre und Standesanschauungen hat. Nur dürfen diese Anschauungen keinen wirtschaftlichen Beigeschmack besitzen. In diesem Fall ist es verboten das Standesehrgefühl als Kampfmittel anzurufen. Geschieht es dennoch, so verhängt das Gesetz Gefängnisstrafe, ja es läßt nicht einmal bei mildernden Umständen dem Richter die Möglichkeit auf Geldstrafe zu erkennen. Dies führt zu Ergebnissen, die man, wenn sie nicht von so ernsten Folgen begleitet wären, lächerlich nennen möchte. Hat nämlich der organisationstreue Arbeiter gegen den sogenannten Streikbrecher eine ernste Drohung ausgesprochen oder sich gar zu Tätlichkeiten hinreißen lassen, so unterliegt er den die schwereren Strafen androhenden Paragraphen des Strafgesetzbuchs, die aber fast durchweg an Stelle der Gefängnisstrafen auch Geldstrafen zulassen; er kann also in diesem Fall mit einer Geldbuße davonkommen. Hat er dagegen eine leichtere, lediglich nach § 153 der Gewerbeordnung zu ahnende Handlung begangen, so muß er, da dieses Ausnahmegesetz Geldstrafe nicht kennt, die Tat mit Verlust an seiner Freiheit büßen.

Ein Beispiel mag genügen, um die ganze krasse Ungerechtigkeit des Gesetzes darzutun. Vor einer Reihe von Jahren wurde der Angestellte einer Gewerkschaft in der Berufungsinstanz von der Strafkammer in Neuruppin mit 2 Wochen Gefängnis belegt, nur weil er einem Mitglied der Organisation, das sich anschnitt Streikbrecherdienste zu leisten, ohne jede Hinzufügung die Statuten der Gewerkschaft vorgelesen

hatte, wonach der Streikbruch den Ausschluß aus der Organisation zur Folge habe. Das Kammergericht bestätigte in seiner Eigenschaft als Revisionsgericht, also als letzte Instanz, dieses Urteil mit der Begründung: die Organisation, der sich der Streikbrecher durch seinen Beitritt freiwillig unterworfen habe, dürfe ihn zwar nach ihren Statuten ausschließen; die Ankündigung des Ausschlusses aber sei unzulässig, da § 153 die Ankündigung jedes Übels mit Freiheitsstrafe ahnde, also auch eines solchen, zu dessen Durchführung der Ankündigende ein Recht habe.

Urteile wie dieses müssen das Selbstgefühl des Arbeiters auf das tiefste verletzen. Eine solche über sein Streben nach einem größern Anteil am Ertrag der Arbeit gesetzlich verhängte *capitis diminutio* ist unerträglich. Ihre Beibehaltung würde direkt aufreizend wirken, nachdem die Gewerkschaften, denen man so das stärkste Mißtrauen bezeugte, dem Staat in der Stunde der Not ihre volle Kraft der Selbsttätigkeit zur Verfügung gestellt und sich als unentbehrliche Organe der Produktion erwiesen haben.

Daß eine so ungerechte und sozialpolitisch so verderbliche Bestimmung wie der § 153 sich bis zum Krieg erhalten konnte, erklärt sich historisch. Praktisch hat das Reichsgericht ihr Anwendungsgebiet neuerdings stark eingeschränkt. Entscheidend ist aber, wie gesagt, das ideelle Moment, die Verletzung der Würde des Arbeiters durch eine gegen ihn gerichtete Sondergesetzgebung. Dadurch ist zugleich die praktische Konsequenz gegeben. Denn ein mit einem *privilegium odiosum* behafteter Verein kann nicht die selbe soziale Autorität genießen wie sein begünstigter wirtschaftlicher Gegenkontrahent. Zudem bleibt der § 153 immer noch für die zahlreichen Fälle in Geltung, die das allgemeine Strafgesetzbuch für strafwürdig nicht ansieht. Endlich ist ohne seine Aufhebung ein wirkliches Tarifrecht nicht denkbar. Die eminente Bedeutung des Tarifvertrags ist aber während des Krieges auch dem Blindesten klar geworden, nachdem die deutsche Heeresverwaltung mit der ihr eigenen Energie in der Stunde der Not ebenfalls zum Tarifvertrag gegriffen hat, dessen Wesen im Grunde nichts anderes ist als wirtschaftliche Ordnung, Zusammenfassung aller Produktivkräfte, Organisation an Stelle von Anarchie. Die Durchführung des Tarifvertrags ist jedoch ein

Ungding, wenn der Organisation die Mittel fehlen ihre Mitglieder zur Tarif-treue anzuhalten.

Es ist interessant zu beobachten, wie wenig sich die Zivilsenate des Reichsgerichts, deren Arbeitsfeld die rechtliche Sicherung der Vertragstreue bildet, in den Gedankengang des § 153 und der damit zusammenhängenden Judikatur hineinfinden können. Jüngst hatte einer dieser Zivilsenate die Frage zu entscheiden, ob die Arbeiter persönlich oder die Organisation schadenersatzpflichtig seien, wenn die Arbeiter den Tarifvertrag brechen und die Organisation sie dabei unterstützt. Das Reichsgericht entschied, daß die Organisation hafte, denn dem Unternehmer komme es nicht darauf an mit dem wirtschaftlich zumeist leistungsunfähigen Arbeiter zu kontrahieren sondern mit der materiell kräftigen Organisation. Ihr ständen auch alle Mittel zur Verfügung mit den Maßnahmen der gewerkschaftlichen Zucht die Mitglieder zur Vertragstreue zu erziehen. Man möchte keinem Gewerkschaftsbeamten raten dieser Anweisung des Zivilsenats zu folgen. Die Anwendung solcher Mittel könnte schwere Freiheitsstrafe für ihn im Gefolge haben. Hätten die Gewerkschaftsbeamten nicht den persönlichen Mut gehabt sich während des Krieges einfach über die gesetzlichen Schranken hinwegzusetzen, so wäre es in vielen Fällen nicht gelungen das Schiff des Vaterlands durch die wirtschaftlichen Stürme der Zeit hindurchzuleiten. Wie die Gewerkschaften im Interesse der Wohlfahrt der Gesamtheit, trotz dem Vereinsgesetz, schließlich im Sinn der herrschenden Judikatur Politik treiben mußten, so mußten sie auch zur Durchführung der tarifvertraglichen Vereinbarungen Mittel anwenden, die nach der bisherigen Rechtsprechung die Grenzen des § 153 überschritten.

Werden die Erfahrungen nach dieser Richtung gesammelt und planmäßig verarbeitet, so werden sie uns die weitestgehende Unterstützung einsichtsvoller bürgerlicher Kreise für die Aufhebung des § 153 gewinnen. Jede Nummer der Sozialen Praxis und jede Publikation der Gesellschaft für soziale Reform liefern dafür einen klaren Beweis. Ohne eine solche Unterstützung angesehen und sachkundiger bürgerlicher Kreise aber ist auch auf einen durchgreifenden gesetzlichen Fortschritt nach dieser



**Boycott**

Den von ihm aufgestellten Grundsatz, daß der Boycott zwar ein wirtschaftlich durchaus erlaubtes Kampfmittel darstelle, Auswüchse aber zu beanstanden seien und den Veranstalter schadenersatzpflichtig machen, hat das Reichsgericht praktisch jetzt in folgender Weise angewendet. Es erklärt: Ein Kartell von Fabrikanten dürfe zwar den von ihm abhängigen Händlern verbieten Waren von einem Außenseiter zu kaufen, also so den Boycott über diesen verhängen. Dieser Boycott dürfe sich indessen nur auf die von den Mitgliedern des Fabrikantenkartells selbst erzeugten Waren beziehen, für die der Kartellschutz gelte, nicht jedoch auf von dem Außenseiter hergestellte Waren. In der Hand eines die Gewerbetreibenden eines Geschäftszweigs vollständig oder fast vollständig umfassenden Kartells werde auf Grund seines Marktmonopols der Boycott eine so gefährliche Waffe, daß davon im allgemeinen nur in den für den Kartellzweck unbedingt notwendigen Grenzen Gebrauch gemacht werden dürfe. Dieser Zweck sei erreicht, wenn der Außenseiter verhindert werde die von dem Kartell hergestellten Waren zu anderen als den von ihm festgesetzten Bedingungen zu verkaufen. Darüber hinaus bedeute die Sperre einen schwer erträglichen Eingriff in die persönliche und geschäftliche Freiheit des Gesperrten, aber auch seiner Abnehmer und des kaufenden Publikums, also einen unstatthaften Auswuchs im Wirtschaftskampf. Dieses Urteil ist durchaus zu billigen. Es wird nach dem Krieg von größter praktischer Bedeutung werden und bei den Wirkungen der dann sicherlich eintretenden wirtschaftlichen Konzentration im Interesse der Gesamtheit gewisse Schranken ziehen. Der Fabrikantenverband wird hinreichend gegen die Durchkreuzung seiner Preispolitik geschützt. Auf der andern Seite aber wird verhindert, daß die Sperre sich auf Gegenstände erstreckt, für die der Kartellvertrag keinen Schutz vorsieht und die keines Schutzes bedürfen.

Ein anderer wichtiger, auf dem Gebiet des Boycotts liegender Prozeß beschäftigt zurzeit das preußische Kammergericht. Die Filiale Berlin des Schneiderverbands hatte zum Zweck der Beseitigung oder wenigstens Beschränkung der Heimarbeit den Boycott verhängt. Schon vor Kriegsausbruch hatte das Reichsgericht entschieden, dieser Boycott könne

nur dann als zulässig angesehen werden, wenn der Schneiderverband den Nachweis erbringe, daß in der Heimarbeit außerordentliche Mißstände vorlägen, die die mit ihr verbundenen Vorteile erheblich überstiegen und sich nur durch den Boycott beseitigen ließen. Die Gesetzgebung gehe zögernd und tastend an die Lösung des Heimarbeitsproblems heran. Wenn ein seiner Gefolgschaft sicherer wirtschaftlicher Verband zu diesem Zweck die gewaltsame Waffe des Boycotts gebrauchen wolle, müsse er auf besonders triftige Gründe zu diesem Vorgehen hinweisen können. Zur Prüfung dieser Fragen verwies das Reichsgericht die Sache an das Kammergericht zurück. Die Parteien einigten sich vor dem Kammergericht dahin, daß als Sachverständige von Schulz (Berlin) und Prenner (München) fungieren sollten; sie sind berechtigt ihrerseits weitere Gutachter hinzuzuziehen. Nuncmehr wird die Beweisaufnahme vor sich gehen. Der Prozeß wird hoffentlich das Heimarbeitsproblem in allen Winkeln durchleuchten, nachdem die Kriegserfahrungen auch Militärbehörden und Bundesrat zu scharfer Bekämpfung der vorhandenen Mißstände und zur Schaffung einschneidender Kautelen veranlaßten. Er kann somit dazu beitragen die gesetzgeberische Lösung der Frage zu beschleunigen. Der Schneiderverband versucht in seiner Beweisführung die schweren Nachteile der Heimarbeit und den Widerstand der Interessenten gegen alle Besserungsversuche in allen Einzelheiten darzutun. Er hebt ferner hervor, daß die Vorteile der Heimarbeit, von denen das Reichsgericht spricht, bei der eigentlichen Konfektionsarbeit vollständig verschwinden und von Vorteilen überhaupt höchstens bei Arbeiten gesprochen werden kann, die besondere weibliche Geschicklichkeit erfordern, wie Stickerei- und ähnliche Arbeiten.

× Kurze Chronik ×  
Auf dem Schlachtfeld fiel der Privatdozent für Zivilrecht an der Universität Tübingen Dr. Max Müller; er ist 36 Jahre alt geworden. × In einem Anfall von Nervenüberreizung hat sich Professor Dr. Georg Kuttner von der Frankfurter Universität am 6. September in Berlin vor einen Stadtbahnzug geworfen und ist dann seinen schweren Verletzungen erlegen. Er stand in seinem 40. Lebensjahr, hatte sich 1909 an der Berliner Universität mit einer Abhandlung über die privatrechtlichen

Nebenwirkungen der Zivilurteile habilitiert und später ein besonderes Werk über die Urteilstwirkungen des Zivilprozesses verfaßt. An der Frankfurter Universität, wohin er 1914 berufen war, las er neben seinem Hauptfach (Zivilprozeß und deutsches bürgerliches Recht) auch noch über englisches Recht und über Rechtsvergleichung. × Die Gattin des ehemaligen Rechtslehrers an der Berliner Universität Lewin Goldschmidt ist gestorben. Das nicht unerhebliche Vermögen beider ist laut ihrem gemeinschaftlichen Testament dazu bestimmt für Arbeiterwohnungen verwandt zu werden. Des Namens Lewin Goldschmidts sollte man sich erinnern, wo sich nur immer Gelegenheit dazu bietet. Er war einer der großzügigsten Juristen aller Zeiten. Unser Handelsgesetzbuch, eines der besten Gesetzeswerke, verdankt ihm viele seiner bewährtesten Vorschriften. Als Richter am Reichsoberhandelsgericht, dem Vorläufer des Reichsgerichts, hat er für ihre praktische Durchführung gesorgt. Als glänzender Lehrer hat er uns Werke hinterlassen, die in der juristischen Wissenschaft fortleben werden. Er ist stets bestrebt gewesen für das neue Deutsche Reich die rechtlichen Grundlagen zu schaffen. × Das preußische Oberverwaltungsgericht hat sich erneut zu dem bereits früher von ihm ausgesprochenen Grundsatz bekannt, daß für die Gesetzesauslegung in erster Linie der gemeinverständliche Sinn der Worte entscheidet. Ein Zurückgehen auf die mutmaßlichen Absichten des Gesetzgebers ist ausgeschlossen, sofern die Bedeutung der gewählten Worte zu Zweifeln keinen Raum gibt. × Nach einem Urteil des Reichsgerichts kann in der Androhung von Beschwerde und Regreßklage gegen einen Beamten eine strafbare Drohung liegen, durch die eine Amtshandlung erzwungen werden soll. Es müssen jedoch besondere Umstände nachgewiesen werden, die dartun, daß nicht bloß eine abändernde Anordnung aus sachlichen Gründen bezweckt wird sondern daß daraus für den Beamten selbst Nachteile erwachsen können. × Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat an den Reichstag die Petition gerichtet alle deutschen Patente und Gebrauchsmuster, die bis zum Friedensschluß angemeldet waren, um die Kriegsdauer und die während des Krieges angemeldeten Patente um den Teil der Kriegsdauer zu verlängern, der mit

der Schutzfrist zusammenfällt. Ein anderer Vorschlag will wenigstens die Verlängerung an einen Antrag binden, der nachweist, daß der Krieg auf die Verwertungsmöglichkeit hemmend eingewirkt hat. × Der große Kodex der römischen Kirche ist nunmehr abgeschlossen. Das Werk, das das katholische Kirchenrecht in allen Einzelheiten festlegt, stammt in seinem Plan von Leo XIII. und ist dann vorwiegend vom Kardinal Gasparri durchgeführt worden. Nach Urteilen aus dem Vatikan wird dieses ius novum für die katholische Kirche von der selben Bedeutung sein wie der Code Napoléon für den weltlichen Staat. × Die Deutsch-Bulgarische Gesellschaft will ein Werk über das bulgarische Recht herausgeben. Die Bearbeitung liegt in den Händen des Kammergerichtsrats Dr. Felix Meyer, dem eine Reihe von bulgarischen und deutschen Mitarbeitern zur Seite steht.

## KUNST

### Bildende Kunst / Victor Wallerstein

**Berliner Sezession 1916** Diese Ausstellung (die als die 29. Ausstellung der Berliner Sezession gezählt wird) bringt Interessantes und Überraschendes.

Den weitaus größten Raum nehmen die Bilder Willy Jäckels ein. 4 große Wandgemälde für einen Aufenthaltsraum der Arbeiter in Bahlsens Cakesfabrik in Hannover, darstellend: ja, was stellen sie eigentlich dar? Nichts von menschlicher Arbeit, Maschine, Schweiß und Rauch sondern des Lebens Sonnenseiten, Augenblicke des menschlichen Ausruhens, Augenblicke, wo unsere Seele sich öffnet, bereit den Frieden, den Feiertag in sich aufzunehmen. Nichts, was sich beim Namen nennen läßt, und nichts, dessen Inhalt täglich auf der Gasse liegt; und doch Momente, die in unser aller Erleben schon einmal Höhepunkte bedeuteten. Eine männliche Gestalt, ruhend und sinnend, mit dem Blick in die tief unter ihm liegende Landschaft, ein Jüngling den heimatlichen Ort grüßend, die Stunde inniger Übereinstimmung von Mann und Frau, eine Mutter beseligt von dem Anblick des Kindes, das ihr im Schoß schläft. Man muß gestehen: Der Inhalt der Bilder ist gut gewählt, es liegen starke, seltene und doch der Menschheit allgemeine Empfindungen zugrunde. Und die Form? Jäckel verfügt über Formen, so zahl-

reich wie unter den Jüngeren nur wenige. Er beherrscht den menschlichen Körper ebenso wie den Wuchs des Baumes oder das Tier. Auch zu malen versteht er dies alles; wenn auch über den großen Flächen sich die Farben in immer gleichbleibenden Rhythmen aufteilen und immer in gleichem Ton wiederkehren. Die Fläche ist immer lebendig und hat einen eigenartigen Reiz. Trotz diesen guten Eigenschaften und trotz der Begabung, worauf sie weisen, vermag ich Jäckel nicht so einzuschätzen wie es heute zuweilen geschieht. Er gehört nach meinem Dafürhalten nicht zu den Temperamenten, die man als rein bezeichnen könnte. Er schafft nicht unmittelbar in den einzig möglichen Bahnen, seine Kunst ist ein Gemisch aus Barock, Greco und Hodler, aus gezielter Empfindsamkeit und gewollter Monumentalität, aus brutaler Naturnachahmung und modischer Deformierung. Seine Bilder haben etwas von einer stark wirkenden Theaterdekoration der alten romantischen Richtung. Alles geht darin aufs Greifbare, Wirkliche, aber wie bei der Theaterdekoration aufs Greifbare einer Attrappe. Ich vermisste das unerschütterlich Echte. Die große Geste ist da, aber ich kann hinter ihr die große, in sich selbst ruhende Persönlichkeit noch nicht finden. Die Überraschung der Ausstellung ist für mich Corinth. Nach den Werken, die zuletzt am gleichen Ort ausgestellt waren, konnte man keinen solchen Aufschwung erwarten. Besonders wenn man erwog, daß der Künstler jenes Alter bereits überschritten hatte, in dem man noch durch Überraschungen über sich hinauswächst. Daß Corinth ein Meister aus der ersten Linie unserer Kunst ist, hat er schon oft bewiesen. Seine Worte waren geprägt und fest. Und nun plötzlich als Sechziger zeigt er uns ein neues Gesicht. Er sieht die Welt plötzlich anders; oder er zeigt, daß er imstande ist sie auch anders zu sehen. Sein Luther setzt in Erstaunen. Der Meister legt scheinbar seine Meisterschaft ab, wird naiv, man könnte auch sagen: modern. Vor eine fast weiße Wand stellt er breitbeinig und fest angewurzelt die dunkle Gestalt des Reformators. Hinter dieser dunklen Gestalt, fast spielerisch hingesetzt, sieht man die Wartburg, mehr als begleitendes Motiv, um den Kopf noch breiter, mächtiger ausladen zu lassen, nicht um für sich zu wirken. Der Künstler vergißt es plötzlich den Menschen in Beziehung

zum Raum zu sehen, die plastischen Werte in malerische umzusetzen und gibt die Linie, die große, einfache Linie. Statt der vagen, relativen Form spricht der scharfe und sicher geschnittene Kontur. Durch ihn ist viel vom Charakter des großen Mannes straff zusammengefaßt. Es wäre nicht nötig gewesen physiognomisch nochmals so stark aufzutragen. Die einmal eingeschlagene Richtung der Vereinfachung hätte auch in den Zügen beibehalten werden können, statt wieder durch die malerisch-plastische Behandlung abgelöst zu werden. Trotz allem scheint mir das Bild ein Wurf großer Gestaltungskraft, das wert wäre in einem Raum zu herrschen, der sakralen Zwecken dient. Auch die übrigen Bilder Corinths scheinen mir diesmal außerordentlich an Sammlung und Hingabe. So das Bildnis von Dr. Karl Schwarz, dann ein in prächtiger Frische strahlendes Kinderbild, hauptsächlich die Landschaft eines mecklenburgischen Gutshofs im Winter. Gerade in dieser Ausstellung kann man sehen, wie viele sich ängstlich mühen das Leben der Natur und ihrer Kreaturen festzuhalten, und wie selten es gelingt auch nur einen kleinen Teil davon glücklich zur Gestaltung zu bringen. In dieser Landschaft waltet geradezu eine elementare Kraft des Erlebens, der der Pinsel kaum zu folgen imstande ist. Neben solchen Leistungen muß natürlich ein großer Teil der übrigen Ausstellung verblasen. Einheitlich und kultiviert wirken dieses Mal die Bilder G. W. Rössners. In ihrem bescheidenen Format und der schönen Übereinstimmung von Wollen und Können heben sie sich scharf ab von Leistungen wie denen Franz Heckendorfs. Die Kunst Heckendorfs reicht wohl aus einen Eindruck frisch und lustig wiederzugeben; aber es ist falsche Selbsteinschätzung und deshalb ergebnislos, wenn sie versucht den gleichsam im Flug erhaschten Fetzen von Geschehen zu einer bleibenden Form zu verhelfen. Vielleicht leiden auch die Bilder Karl Caspars an diesem Mißverhältnis von Wollen und Können. Möglich, daß bei Caspar alles tiefinnerlich, empfunden ist. Aber die Form drückt es nicht oder nicht eindeutig genug aus. Sie ist entlehnt, akademisch und daher oftmals leer und ohne Vibrationsfähigkeit. Sie führt zu einem Schematismus, wenn auch zu einem neuartigen. In einem neuen Kreis suchen sich die Porträts von Leo Freiherrn von König

ihren Platz. Auch dieser Künstler arbeitet mit Cézanneschen Farbteilungen, aber es handelt sich da nur um das begrenzte Gebiet des Bildnisses und nicht wie bei Caspar um die höchsten Aufgaben der Gestaltung. Es ist viel Liebe, fast Zärtlichkeit in seiner Anschauung, die er in Ausdruck, Form und Farbe sichtbar zu machen weiß. Der schmeichelnde, weiche Pinselstrich, der grüngraue Gesamttön geben mit der Auffassung des Modells ein zwar nicht sehr kräftiges, aber vornehmes und erwähltes Ganze. Die Porträts von Eugen Spiro sind diesmal wie immer von großem Geschick, aber sie wirken knochenlos, verblasen und ohne Entschiedenheit. Sehr erfreulich sind ein paar Landschaften und Köpfe von Hans Thoma. Sie muten bereits historisch an.

Die Plastik ist diesmal schon ihrer Bestimmung wegen von Gewicht. Es handelt sich um Monumente: das Heinedenkmal von Hugo Lederer und den Rüdiger von Franz Metzner. Der Heine ist für Hamburg, der Rüdiger für Prag bestimmt. Stärkere Gegensätze könnten nicht neben einander stehen. Nicht nur deshalb, weil Biedermeiergrazie und mittelalterliches Reckentum eben verschieden sein müssen, sondern in der künstlerischen Auffassung: Metzner ist der Abstrakte, mehr Kunstgewerbliche und Lederer der Naturalist; beides nur im begrenzten Sinn zu verstehen. Jedenfalls eignet sich für den eisengepanzten Mann die vereinfachende Form Metzners besser als für irgendetwas anderes. Und auch Lederer hat sich mit der Aufgabe eine Vollfigur mitten in das Getriebe der Stadt zu stellen abgefunden. Eine solche Aufgabe wird immer einen Kompromiß verlangen; denn man kann sie entweder auf Kosten der Lebendigkeit oder der Monumentalität lösen. Kommt noch dazu, daß hier vielleicht auftragsgemäß Ähnlichkeit, Charakteristik des Dargestellten betont werden sollten, so treten damit außerkünstlerische Momente hinzu, die die Aufgabe nicht gerade erleichtern. Mit diesen Rücksichten scheint mir das Heinedenkmal eine Leistung voll Anmut, feiner Geistigkeit und der Form nach nicht ohne Größe. (Es ist freilich zu bemerken, daß Lederer nicht die tragische Größe des Lazarusdichters dargestellt hat sondern einer mittlern, fast konventionellen Auffassung gefolgt ist; er hat daher bestenfalls einen Teil für das Ganze gegeben, aber nicht das

eigentliche Wesen Heinrich Heines, nicht das tief menschliche Ergreifende, auch nicht die künstlerische Intensität seines Genius.) Wenn das Denkmal ohne den jetzt unterstellten Holzsockel aufgestellt findet, wird es vielleicht dem Wunsch der Hamburger den Dichter mit den jetzt unterstellten Holzsockel aufstellen unter sich zu haben sehr entsprechen und trotzdem so viel künstlerische Sonderexistenz besitzen, daß es niemand zu nahe an sich heran läßt. Dieses letzte Moment scheint mir ein Prüfstein für den Wert einer jeden naturalistischen Skulptur zu sein.

Der schreitende Jüngling Fritz Hufs ist eine stark eklektische Arbeit. Pseudoprimitives Griechentum mit allerhand modernen Erinnerungen versetzt. Am besten läßt sich das Unechte der Empfindung an den Beinen erkennen, die gar nicht mit dem Übrigen in Einklang stehen. Ich glaube nicht, daß Hufs Begabung es nötig hatte solche Wege zu gehen. Da ist noch Georg Leschnitzers Improvisation einer Porträtbüste des Schriftstellers Georg Hermann in ihrer etwas brutalen Natürlichkeit vorzuziehen.

×  
Kurze Chronik Wieder muß man hier von einer Reihe von Kriegeropfern berichten. Ende

August fiel der Trübnerschüler Hans Sutter, 29 Jahre alt, an der Somme. Ferner fielen der 24jährige Lothringer Bildhauer Raymund Guirsch und der Maler Walter Bötticher aus Hagen. Am 18. August kam Umberto Boccioni, einer der Hauptführer und Theoretiker des italienischen Futurismus, als Artillerist durch Sturz vom Pferde bei Chiero ums Leben; er ist 34 Jahre alt geworden. Der junge Kunst- und Literaturhistoriker Dr. Maximilian Ahrem ist nach kurzem Krankenzug Anfang September seinen Wunden erlegen; er war 1½ Jahre im Feld. × Am 24. September starb in München Otto Greiner. Er hatte kaum sein 47. Lebensjahr vollendet. Man kann an Greiner nicht denken, ohne zugleich Klinger in die Erinnerung einzuziehen; das bestimmt seine Stellung in der Kunst unserer Zeit. Es fehlte ihm freilich der schöpferische Funke. Aber er bildete seine Blätter mit dem größten Aufwand an Technik durch. Als Porträtist leistete er Ausgezeichnetes. Seine radierten und lithographierten Bildnisse werden stets von der hohen Stufe der deutschen Graphik unserer Zeit sprechen. × Der französische Bildhauer Jean Paul Aubé ist im Alter

von 79 Jahren gestorben. Das bekannteste seiner Denkmäler ist wohl der Gambetta auf der Place du Carrousel in Paris. × In Saint Privé starb der Senior der französischen Landschaftsmaler, der 97jährige Henri Harpignies. Er war einer der populärsten französischen Künstler. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich seine Bilder aus der römischen Campagna und von der Loire. × In dem Bostoner Museum ist ein Bild von Filippo Lippi neu entdeckt worden. Es soll nach dem Gutachten amerikanischer Kunstgelehrter aus der mittleren Periode des Künstlers stammen. × Dem französischen Staat ist von Rodin eine großartige Schenkung gemacht worden. Rodin hat ihm zunächst die Sammlung, die sich im Hotel Biron befindet, übergeben und sodann alle Kunstwerke seines Besitzes, gleichviel ob sie von ihm oder von einem andern stammen; dazu alle seine veröffentlichten und unveröffentlichten Manuskripte einschließlich der Autorrechte. Endlich hat Rodin dem Staat auch seine Besetzung und sein Atelier in Meudon vermacht. Das Hotel Biron wird zu einem Rodinmuseum ausgestaltet. × Im Kupferstichkabinett der Berliner Königlichen Museen findet zurzeit eine Gedächtnisausstellung von graphischen Werken Otto Greiners statt. Gleichzeitig kann man dort auch eine prachtvolle Folge von Lithographien und Holzschnitten Menzels und bezeichnende Werke von Käthe Kollwitz sehen. Daneben sind die Neuerwerbungen des Kabinetts zur Schau gestellt.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

#### Luftreifen

Im allgemeinen glaubt man, die Luftreifen bei Automobilen seien in erster Linie dazu bestimmt die Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten des Reisens zu erhöhen und hätten erst in zweiter Linie die Aufgabe schädliche Stöße von dem Wagengestell und den Konstruktionsteilen des Automobils abzuhalten. Demgegenüber weist Dr.-Ing. E. Bobeth in der Zeitschrift *Der Motorwagen* nach, daß der Luftreifen eine unbedingte Notwendigkeit für die Schnelligkeit des Motorwagens sei. Jedes Hindernis auf einer glatten Fahrbahn ergibt eine nach oben gerichtete Kraftkomponente, die bei unelastischem Radumfang wegen der plötzlichen Geschwindigkeitsänderung theoretisch einen

unendlich großen Betrag annehmen kann, selbst wenn durch Abfederung des Wagens zunächst nur die Masse des Rades beschleunigt werden müßte. Derartige Stöße müssen natürlich auf alle Konstruktionsteile ungemein ruinös einwirken; und da die senkrechte Kraftkomponente um so größer ausfällt, je größer die augenblickliche Fahrgeschwindigkeit ist, so ist es klar, weshalb bei rascher Fahrt selbst ganz unbeachtliche Hindernisse Brüche in den Konstruktionsteilen, den Achsen usw. herbeiführen können. Nur durch einen nachgiebigen Radumfang kann die Geschwindigkeitszunahme allmählich erfolgen und die senkrechte Kraftkomponente in zulässigen Grenzen gehalten werden. Bobeth hat diese Verhältnisse auf einem Kraftwagenprüfstand experimentell näher untersucht, indem er durch Nocken bestimmter Größe zwischen Kraftwagenrad und Laufscheibe einmalige Stöße erzeugte, durch die die Achs- und Rahmenmasse in gleicher Weise in Schwingungen geraten, wie wenn die Räder auf der Landstraße ein Hindernis überlaufen. Die durch den Nockenwiderstand herbeigeführten Schwingungen wurden mit einem Schreibstift auf eine bewegte, mit Ruß überzogene Glasplatte verzeichnet, und die erhaltenen Kurven lassen erkennen, daß bei höheren Geschwindigkeiten ein Hindernis ganz bedeutende, momentan wirkende Kräfte auslöst, wenn nicht, wie es ja auch die Forderung der Praxis ist, weiche Reifen zur Anwendung kommen. Vollgummireifen haben die erforderliche Weichheit nicht. Es entstehen vielmehr auch bei diesen Kräften und Schwingungsausschläge von durchaus unzulässiger Größe. Schon bei einer scheinbaren Fahrgeschwindigkeit von 40 Kilometer in der Stunde auf dem Prüfstand ergaben sich Kräfte von 5000 bis 6000 Kilo, denen die Konstruktionsteile eines Kraftwagens auf die Dauer nicht gewachsen sind. Diese Betriebsergebnisse erscheinen deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil sie zeigen, daß die bisher vorgeschlagenen federnen Räder die Luftreifen bei schnell fahrenden Wagen nicht zu ersetzen vermögen. Wenn sie einigermaßen Widerstandsfähigkeit haben sollen, bleiben sie hinsichtlich der Weichheit weit hinter den Gummiluftreifen zurück. Nur eine erhebliche Verminderung der Fahrgeschwindigkeit kann bei härterer Bereifung die Kräfte und Schwingungen gering halten. Bei Vollgummireifen wür-

den 40 Kilometer in der Stunde, bei Holz- oder Eisenbereifung 10 bis 12 Kilometer in der Stunde die äußerste Grenze sein. Personenkraftwagen werden deshalb stets auf Gummiluftreifen angewiesen sein, da der Nutzen von Personenautos sich zu stark vermindern würde, wenn sie an die niedrigere Fahrgeschwindigkeit gebunden sein sollten.

× **Quecksilberdampfturbine** ×

Bei Wärmekraftmaschinen hängt die gewonnene Arbeit nicht von dem benutzten Stoff sondern lediglich von dem Temperaturgefälle ab. Die Versuche durch Anwendung bei niedrigen Temperaturen siedender Stoffe, wie Alkohol, Äther, Schwefeldioxyd oder Kohlendioxyd, die Wärmeausnutzung zu steigern sind deshalb theoretisch ebenso aussichtslos wie die Anwendung hochsiedender Stoffe, wie Anilin, Glycerin, Quecksilber. Da man bei der Wasserdampfmaschine aber nie die theoretische Arbeitsmenge erreicht, so erscheint es durchaus berechtigt, wenn die Physiker nach Ersatzstoffen für Wasser suchen. Besonders das Quecksilber respektive der Quecksilberdampf ist wiederholt als Triebmittel für Dampfmaschinen vorgeschlagen worden, weil mit ihm verhältnismäßig leicht ein hohes Temperaturgefälle erzeugt werden kann, und weil seine spezifische Wärme und seine Verdampfungswärme gering sind. Freilich sind diese Versuche bisher nicht sehr erfolgreich gewesen. Trotz diesen Mißerfolgen hat neuerdings der Franzose Emmet eine Quecksilberdampfturbine nach dem Prinzip der Lavalturbine konstruiert, die eine Ersparnis von 45 % an Brennstoffen ermöglichen soll. Der verbrauchte Quecksilberdampf wird natürlich aufgefangen, kondensiert und immer wieder von neuem dem Verdampfer zugeführt.

× **Kriegsmaterial** ×

Es ist heute bereits eine Binsenwahrheit, daß die lange Dauer des gegenwärtigen Krieges ganz wesentlich auf die enormen Kriegslieferungen der Vereinigten Staaten zurückzuführen ist. Trotzdem dürfte es nicht ohne Interesse sein die Ausfuhrziffern von 1913 und 1915 für direktes und indirektes Kriegsmaterial einander gegenüberzustellen. Freilich muß bei diesen Zahlen, die die exportierten Werte in Millionen Dollar angeben, berücksichtigt werden, daß die Preise eine enorme Steigerung

erfahren haben; die Ausfuhrmengen laufen also mit den Ausfuhrwerten nicht parallel.

An direktem Kriegsmaterial wurden ausgeführt:

Gegenstand	1913	1915
Patronen	3,01	24,81
Schießpulver	0,36	66,35
Sonstige Explosivstoffe	0,65	89,11
Eisenwaren (hauptsächlich ungefüllte Geschosse)	1,96	62,71

Dazu kommt noch indirektes Kriegsmaterial:

Gegenstand	1913	1915
Kraftwagen	33,30	111,18
Motorräder	0,80	2,82
Flugzeuge	0,09	5,42
Chemikalien	26,76	80,39
Leder und Lederwaren	60,00	156,12
Pferde	4,22	94,83

Der Ausfuhrwert von reinem Kriegsmaterial betrug 1913 noch nicht 6 Millionen Dollar. Im Jahr 1915 stellte er sich dagegen auf 242,98 Millionen. Der Wert des exportierten indirekten Kriegsmaterials stieg in der gleichen Zeit von 125,20 Millionen Dollar auf 450,76 Millionen. Die Gesamtzunahme der beiden Kategorien betrug nicht weniger als 2,37 Milliarden Mark.

× **Kurze Chronik** ×

In Wien starb Professor Nikolaus Teclu im Alter von 77 Jahren. Er hat lange Zeit das Chemische Laboratorium der Wiener Handelsakademie geleitet. Sein Name ist durch den von ihm erfundenen und nach ihm genannten Gasbrenner auch in weiteren Kreisen bekannt geworden. Der Teclubrenner ist ein verbesserter Bunsenbrenner, bei dem eine heiße, gebläseartige Flamme entsteht, und der daher auch in der Industrie häufig Anwendung findet. × Die Stuttgarter Technische Hochschule hat ein Preis ausschreiben vom Jahr 1914 erneuert, da Bearbeitungen wegen des Krieges nicht eingegangen waren. Es lautet: »Es wird eine Zusammenstellung der Erfahrungen verlangt, die in bezug auf Einrichtung und Betrieb von Aufzügen vorliegen.« Gleichzeitig hat sie einen andern Preis ausgeschrieben, für folgende Aufgabe: »Kettenglieder mit und ohne Steg, Schekel, Ösen, Ringe aller Art, Stangenknöpfe usw., ferner Gehänge und dergleichen werden zurzeit meist auf Grund von mehr oder weniger rohen Annahmen oder überhaupt nicht berechnet. Es wird eine kritische

und nach Möglichkeit erschöpfende Darlegung des derzeitigen Standes unserer Erkenntnisse auf diesem Gebiet verlangt.« × Der große Mangel an Schmierölen macht sich jetzt in unserer Industrie sehr bemerkbar. Es wird deshalb nach Möglichkeit versucht die verbrauchten Ölmengen wiederzugewinnen. Die bisher benutzten Dampfentöler, wie sie allgemein im Dampfmaschinenbetrieb verwandt werden, können das Öl aus den Dämpfen so weit ausscheiden, daß nur noch 5 bis 10 Gramm Öl im Kubikmeter Kondensat zurückbleiben. Um die Ausbringung noch weiter zu erhöhen, sind sowohl von der Hannoverschen Maschinenbauaktiengesellschaft als auch von Halvor Breda elektrolytische Entöler konstruiert worden, die eine nahezu vollständige Entölung ermöglichen. × Um dem im Spreegebiet dauernd wachsenden Wassermangel abzuhelpen, werden von dem Geheimen Oberbaurat Dr. Keller mehrere Staubecken im Gebiet der Oberspree projektiert, die einen stärkern Zufluß nach Berlin herbeiführen sollen. Dr. Keller hofft mindestens 57 Millionen Kubikmeter aufsammlen zu können. In erster Linie kommt hierbei der große Schwielowsee mit 27 Kubikmeter Inhalt in Frage, dessen steile Ufer für die Beckenanlage besonders günstig sind. Ferner ist ein Kanal zur Verbindung des Molang-, Spring- und Glubigsees geplant. Wahrscheinlich wird auch der 13,8 Quadratkilometer große Scharmützelsee in das System mit einbegriffen. Die Kosten der Anlage werden auf etwa 10 Millionen Mark berechnet. Die Vorarbeiten, die durch den Krieg etwas ins Stocken geraten waren, sind neuerdings wieder aufgenommen worden.

× **Literatur** ×  
 Unter dem Titel Die Grundlagen, Methoden und Ergebnisse der Temperaturmessung hat Professor Dr. E. Henning, Mitglied der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, bei Vieweg in Braunschweig ein Werk erscheinen lassen, das für Industrie und Technik überaus wertvoll sein dürfte. Es gibt kaum einen Industriezweig, der genaue Temperaturmessung entbehren kann. In vielen Fällen wird man hierbei mit den billigen Quecksilberthermometern auskommen. Handelt es sich aber um die Bestimmung sehr niedriger Temperaturen, wie in den mannigfaltigen Zweigen der Kälteindustrie, oder um die Messung hoher Temperaturen, wie in den

verschiedenen Zweigen der keramischen Industrie, den zahlreichen metallurgischen Prozessen, der Beleuchtungstechnik und anderen mehr, so versagt das gewöhnliche Thermometer vollständig, und es müssen andere, zum Teil erst in den beiden letzten Dezennien ausgebildete Methoden zur Temperaturbestimmung herangezogen werden. Die Grundlagen dieser neueren Methoden sind in wissenschaftlichen Abhandlungen verstreut und schwer zugänglich; abgesehen von dem Buch von Le Chatelier und Burgess, das auch in deutscher Bearbeitung erschienen ist, fehlte es bisher an einer zusammenfassenden, auf die Quellen zurückgehenden Darstellung. Diese empfindliche Lücke in der wissenschaftlichen und technischen Literatur wird durch die vorliegende Arbeit ausgefüllt. Freilich wird dem Wissenschaftler mehr als dem Praktiker Rechnung getragen. Da aber bei allen exakten Temperaturmessungen, speziell bei der Messung hoher Temperaturen auf strahlungstheoretischer Grundlage, die wissenschaftliche Durchdringung der Methoden nicht entbehrt werden kann, so ist das eher ein Vorzug als ein Nachteil des Buches. Zunächst wird die Gasthermometrie behandelt, die praktische Grundlage aller Temperaturmessungen, da alle Temperaturangaben an das Gas thermometer unter Reduktion auf die thermodynamische Skala angeschlossen werden. Darauf folgt eine Behandlung der sekundären Thermometer, der Flüssigkeitsthermometer, der Widerstandsthermometer und der Thermolemente. Der interessanteste Teil des Buches beschäftigt sich mit der Temperaturmessung unter Zugrundelegung der Strahlungsgesetze, des Kirchhoffschen und Stefan-Boltzmannschen Gesetzes, des Wienschen Verschiebungsgesetzes und der von Planck so außerordentlich genial amandierten Wienschen Strahlungsgleichung. Im speziellen behandelt werden hier die Temperaturmessung aus der Gesamtstrahlung mit Hilfe der Thermosäule oder des Flächenbolometers und die Temperaturmessung aus der Teilstrahlung mit Hilfe des Spektralphotometers in seinen verschiedenen Abarten. Die Strahlungsgesetze beziehen sich allerdings zunächst nur auf die schwarze Temperatur im Kirchhoffschen Sinn. Wie man diese Gesetze auf die nichtschwarzen Strahler empirisch erweitern kann, wird eingehend erläutert. Leider fehlen hier noch die neuesten Methoden von Pirani und Meyer sowie

von Lummer und Kohn, die für eine Reihe von metallischen Strahlern auch die wahren Temperaturen dieser Körper optisch zu messen gestatten. Das letzte Kapitel behandelt die Erzeugung konstanter Temperaturen und Fixpunkte. Angefügt ist noch eine Zusammenstellung wichtiger Tabellen, die bei den verschiedenen Arten der Temperaturmessung die Rechnung zu erleichtern gestatten. × In der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt sind einige neue Bändchen erschienen, deren Titel in dieser Rundschau bereits registriert sind. Sehr interessant ist die 3. Auflage des Bändchens von Karl Blau über das Automobil. Man findet hier alles, was man über den Bau und die Konstruktionsprinzipien des Automobils zu wissen wünschen kann, in gemeinverständlicher Darstellung. × Neu aufgenommen in die Sammlung ist eine Arbeit über die Rechenmaschine und das Maschinenrechnen. Besonders ausführlich behandelt der Verfasser, K. Lenz, die verschiedenen Systeme der Addiermaschinen und die sich aus diesen entwickelnden Multipliziermaschinen. Bemerkenswert ist hierbei die Feststellung, daß eine wirklich vollkommene Universalrechenmaschine vorläufig noch nicht existiert. Der Verfasser stellt die Bedingungen auf, die eine solche Maschine zu erfüllen hätte, um daran allerdings die skeptische Bemerkung zu knüpfen, daß es kaum gelingen dürfte eine derartige Maschine zu einem annehmbaren Preis herzustellen. Den Beschluß des Bändchens macht eine kurze Darstellung der logarithmischen Rechenvorrichtungen, des Rechenschiebers. × Endlich hat in der gleichen Sammlung Dr. Arthur Zart über Farben und Farbstoffe geschrieben. Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung, die der deutschen Farbstoffindustrie zukommt, wird dieses Bändchen ein willkommener Führer für jeden sein, der von dem Wesen dieses Industriezweigs mehr zu hören wünscht als bloße Zeitungsschlagworte. Die Darstellung ist leicht verständlich, dabei doch gründlich, und fesselt den Leser.

### Kolonisation / Ludwig Quessel

**Kap-Kairo-Bahn** Die Tatsache, daß es jetzt, nach 2 Jahren Krieg, den Engländern doch gelungen ist den größten Teil Deutsch Ostafrikas in ihren Besitz zu bekommen, hat das viel erörterte Projekt der Kap-Kairo-

Bahn, die das ganze afrikanische Festland durchqueren und Kapstadt mit Kairo durch eine aus Eisenbahnen und Wasserstraßen zusammengesetzte große Verkehrslinie verbinden soll, zu einer aktuellen Frage der britischen Kolonialpolitik gemacht.

Man weiß, daß die Briten die territoriale Unterbrechung ihres ungeheuren Länderbesitzes in Afrika immer bitter empfunden haben. Zwischen Britisch Südafrika und Britisch Nordostafrika schoben sich wie eine Ländersperre Deutsch Ostafrika und der belgische Kongo, die territoriale Zusammenfassung der britischen Besitzungen im Süden und Norden zu einem großen afrikanischen Reich verhindernd. Entsprechend seiner imperialistischen Grundauffassung, daß »in den Kolonien die Eisenbahn billiger ist als die Kanone und auch weiter reicht«, war Cecil Rhodes, der große Träger des britischen Weltmachtgedankens in Afrika, schon in den achtziger Jahren bemüht Englands süd- und nordafrikanische Besitzungen durch eine große Verkehrslinie zu verbinden. Zunächst wollte er dies Ziel auf Kosten des Kongostaats erreichen, der gezwungen werden sollte einen 25 Meter breiten Landstreifen längs der deutschostafrikanischen Grenze an England abzutreten, um die Bahn von Rhodesia aus den Tanganjika-see entlang nach Britisch Ostafrika und dem Sudan zu führen. Das Projekt scheiterte an dem Widerspruch der deutschen Regierung, die es für bedenklich hielt unser ostafrikanisches Schutzgebiet von England durch strategische Bahnen förmlich einkreisen zu lassen, da die vom britischostafrikanischen Hafen Mombassa nach dem Viktoriasee längs der Nordgrenze von Deutsch Ostafrika sich hinziehende Ugandabahn ohnehin den Aufmarsch der ganzen indischen Kolonialarmee Englands gegen den Norden unseres Schutzgebiets ermöglichte. In der Tat hätte England, wenn jener Plan zur Ausführung gelangt wäre, nicht nur seine indischen sondern auch seine südafrikanischen Streitkräfte in kurzer Zeit an den Grenzen Deutsch Ostafrikas zusammenziehen können. Ohne die Hilfe einer Bahn im Westen war die Heranführung der südafrikanischen Streitkräfte natürlich mit weit größeren Schwierigkeiten verbunden, weil Eisenbahnen in ganz Afrika die einzigen für größere Truppen- und Munitionstransporte vorhandenen Verkehrsmittel sind.



Nach dem Scheitern des Projekts die Kap-Kairo-Bahn auf einem von England zu annektierenden Landstreifen an der Westgrenze von Deutsch Ostafrika entlang zu führen versuchte Cecil Rhodes die deutsche Regierung zu bestimmen ihm die Konzession zum Bau des Mittelstücks der Kap-Kairo-Bahn auf deutschostafrikanischem Gebiet zu erteilen, wobei er wohl von dem Gedanken geleitet wurde, daß unser Schutzgebiet doch eines Tages von England annektiert werden würde. Die deutsche Regierung verhielt sich dem britischen Konzessionsgesuch gegenüber nicht grundsätzlich ablehnend, stellte aber auf politischem Gebiet eine Gegenrechnung auf, die England nicht bezahlen wollte. So scheiterte auch dieser Plan, was England dazu bestimmte die Herstellung des Mittelstücks der Kap-Kairo-Bahn der Zukunft zu überlassen und alle Energie auf den Bau der Nord- und Südstrecke zu verwenden.

Als der Krieg ausbrach, war die Südstrecke der Kap-Kairo-Bahn bereits so weit hergestellt, daß aus allen Teilen Südafrikas Truppen-, Munitions- und Provianttransporte bis auf 500 Kilometer Entfernung an die Südwestgrenze Deutsch Ostafrikas herangebracht werden konnten. Erwägt man, daß die ununterbrochene Länge dieser Südstrecke der Entfernung von Moskau nach Madrid entspricht, so wird man die Kühnheit des imperialistischen Gedankens zu würdigen wissen, dem dieses große Werk seine Entstehung verdankt.

Weit geringere Energie haben die Engländer auf den Bau der Nordstrecke verwandt. Der Grund hierfür ist wohl darin zu suchen, daß die Ugandabahn in Britisch Ostafrika die Zusammenziehung der indischen Streitkräfte an der Nordgrenze von Deutsch Ostafrika ohnehin ermöglichte und damit für England den strategischen Wert dieses Teils der Kap-Kairo-Bahn herabsetzte. Vom Mittelmeerhafen Alexandria aus besteht heute eine Bahnverbindung über Kairo nach Assuan. Von hier bis Wadi Halfa vermitteln Regierungsdampfer die Truppen- und Munitionstransporte. Dann führt die Bahn weiter südlich durch Nubien und den Sudan bis nach Chartum. Die Nordstrecke der Bahn ist also von Kairo bis Chartum mit 2164 Kilometer Gesamtlänge hergestellt, während die Südstrecke 3456 Kilometer umfaßt. Es besteht nunmehr zwischen Chartum

(Sudan) und Dola (Rhodesia) noch eine Lücke von 3500 Kilometer. Wie diese ausgefüllt werden wird, soll der Krieg entscheiden. Zweifellos wird der britische Imperialismus beim Friedensschluß seine ganze Kraft einsetzen, um die britischen Besitzungen territorial zu verbinden, sei es auf Kosten des deutschen oder des belgischen Kolonialbesitzes. Durch das von England annektierte Gebiet wird dann das Mittelstück der Kap-Kairo-Bahn gelegt werden gemäß dem ursprünglichen Rhodesischen Plan die große Verkehrslinie zwischen Kapstadt und Kairo aus strategischen Gründen gänzlich auf britischem Gebiet zur Ausführung zu bringen.

×  
Französische Weil die Franzosen infolge  
Kolonisation des Zweikindersystems  
keine überschüssige Bevöl-

kerung für die Siedelungskolonisation haben, sprach man ihnen in Deutschland vielfach überhaupt die Befähigung zu kolonialisatorischer Arbeit ab. Dieser Auffassung lag der Irrtum zugrunde, als ob jede echte und wahre Kolonisation notwendigerweise Siedelungskolonisation sein müsse. In Wahrheit tritt aber in der modernen Kolonisation der europäischen Siedelung die Entwicklung des farbigen Volkstums in den Kolonien mehr und mehr an die Seite, ja diese wird zum Teil mit der Zeit sogar das Wichtigere. In der Kunst die farbige Bevölkerung ihrer Kolonien zu entwickeln haben die Franzosen Hervorragendes geleistet. Die Bevölkerung der französischen Kolonien (47½ Millionen) übertrifft die Frankreiche um mehrere Millionen. Mit Recht sagt Dr. Max Roloff im Tag vom 5. Oktober 1916, daß »ohne den Besitz des afrikanischen Kolonialreiches Frankreich schon lange am Ende seiner Kräfte angelangt« wäre.

Was dieser Kolonialbesitz für Frankreich wirtschaftlich bedeutet, das legt Dr. Roloff, der 1895 mit General Joffre Senegambien und den französischen Sudan bereiste und 17 Jahre später wiederum Französisch Westafrika bis Timbuktu durchquerte, in folgenden Worten dar: »Nordafrika (Algerien und Tunis) ist für Frankreich heute das, was die Provinz Afrika einst für das alte Rom war: die Kornkammer und der Schlachtviehhof. Es genügt, um sich davon zu überzeugen, zur Kriegszeit den Hafen von Marseille zu besuchen. Durchschnittlich kommen alle Tage 8 bis 10 Dampfer aus den nordafrikanischen Häfen hier

an, beladen mit Getreide, Wein, Olivenöl und Schlachtvieh. Wenn auch die Ernte in Algerien in diesem Jahre nicht eine Rekordernte war wie im vorigen Jahre, so war sie doch so gut, daß die schlechte Ernte in Frankreich selbst dadurch vollkommen ausgeglichen wird. . . . Es hat keinen Zweck uns darüber einer Täuschung hinzugeben: Wenn das Wohl und Wehe der eingeborenen Bevölkerung Algeriens nicht schon vor dem Kriege eng mit dem der Franzosen zusammengeschmiedet gewesen wäre, so ist dies im Verlaufe dieses Krieges geschehen . . . . Aber noch ein anderes Menschenreservoir hat Frankreich: in Westafrika, der ehemaligen Kolonie Senegambien und dem französischen Sudan. Hier hat Frankreich seit dem Jahre 1895 geradezu Großartiges geleistet . . . . Der Wohlstand der ehemals so verarmten und bedürfnislosen Neger hatte enorm zugenommen; großartige Kulturen wurden eingeführt, unter anderen Baumwolle und Tabak; die Viehzucht wurde gehoben. Kurz und gut, ein Gefühl der Sicherheit offenbarte sich überall, da die Eingeborenen nicht mehr zu fürchten brauchten von räuberischen Nachbarstämmen überfallen zu werden. Daß unter solchen Verhältnissen die Bevölkerungszahl ganz bedeutend zugenommen hat, ist natürlich. Gerade die hier geschilderten Erfolge der französischen Kolonisation sind geeignet den Irrtum zu zerstören, daß alle kolonialisatorische Arbeit, die nicht auf die Besiedelung der Kolonien mit heimischer Bevölkerung hinausläuft, für das Mutterland im Grunde wirtschaftlich und militärisch wertlos wäre. Für Völker, die keine überschüssige landwirtschaftliche Bevölkerung haben, können Kolonien mit einer fruchtbaren farbigen Bevölkerung, die sich aber zu weißer Siedelung nicht eignen, wertvoller sein als solche mit weiten menschenleeren Räumen, die erst durch europäische Siedelungen der Kultur erschlossen werden müssen.

× **Kurze Chronik** Der englische Kongoforscher Alfred St. Hill Gibbons ist auf dem Schlachtfeld an der Somme gefallen. Er hatte 1900 als Führer einer von der englischen Regierung entsandten Expedition die Quelle des Sambesi entdeckt. Auch hat er einen Kartenentwurf für das ganze Barotziland hergestellt. × Einer der hervorragendsten Belgier, Professor Alfons Julius

Wauters, ist, fast 71 Jahre alt, gestorben. Er hat 1874 die Zeitschrift Le Mouvement Géographique gegründet, die hauptsächlich kolonialen Fragen gewidmet war und namentlich durch die Berichterstattung über die Erforschung des Kongostaats Bedeutung gewann. Seiner Wirksamkeit ist es zuzuschreiben, daß die wirtschaftliche Erschließung des Kongobeckens, namentlich aber dessen geologische Erforschung, energisch aufgenommen wurde. Die Grenzregulierung vom Jahr 1910 ist auch zu einem großen Teil auf Wauters zurückzuführen, der Zugeständnisse an Deutschland zum Zweck guter Nachbarschaft empfahl. Weniger glücklich war Wauters darin, daß er für die Stanleysche Expedition so energisch den Aruwimeweg empfahl, auf dem dann diese Expedition an den Rand des Verderbens geführt wurde. Er war bei der Wahl dieses Weges von dem Wunsch geleitet worden das Urwaldgebiet zwischen dem Kongo und dem Nil erforschen zu lassen. × Japan hat auf eine amerikanische Anfrage erklärt, daß es in der innern Mongolei und Südmandschurei fortan die Polizei- und Administrationsgewalt auszuüben gedenke. Diese offene Erklärung hat in Washington deshalb Sensation hervorgerufen, weil man fürchtet, daß hiermit eine Kontrolle Japans über ganz China in die Wege geleitet werden soll. Die Anwesenheit eines japanischen Prinzen in Petersburg gab der russischen Presse einen gern benutzten Anlaß die japanische China-politik gegen die alarmistischen Kommentare der amerikanischen Presse zu verteidigen. × Die Einberufung von Mohammedanern als Arbeitssoldaten in Russisch Zentralasien hat dort zu Unruhen geführt, zu deren Beseitigung der mit den dortigen Verhältnissen vertraute General Kuropatkin nach Turkestan entsandt wurde. × Bei der Beratung der Einwanderungsbill im amerikanischen Senat wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, damit nicht die Besprechung der Maßregeln zur Fernhaltung der den Amerikanern besonders verhaßten Japaner eine »heikle Situation« hervorrufe.

× **Literatur** Eine neue Zeitschrift kolonialisatorischen Interesses wird vom Hauptbureau des Jüdischen Nationalfonds im Haag herausgegeben. Sie führt den Titel Erez Israel und bringt ausführliche Mitteilungen über die Werbe- und Kolo-

nisationsarbeit des Jüdischen Nationalfonds in Palästina. Das 1. Heft, das im September zur Ausgabe gelangte, bringt interessante Studien über die Palästinaarbeit von Nehemia de Lieme und über die Ansiedlungskapazität Palästinas von Solomon Kaplansky, ferner unter anderem einen Aufsatz über die praktischen Vorteile der Erbpacht von J. Oettinger. Von Wert ist der beigegebene Literaturnachweis über Palästina und Kolonisation im allgemeinen. Man wird auf diese Neuerscheinung zu achten haben und sie von Zeit zu Zeit heranziehen müssen. Auch in sozialistischen Kreisen gewinnt die Einsicht immer mehr Boden, daß Kolonisation und Kolonialpolitik in der Wirtschaftsentwicklung der kommenden Jahrzehnte eine ausschlaggebende Rolle spielen werden. Eine Reihe vorschneller Urteile über angeblich wertlose Kolonien ist bereits durch die Praxis ad absurdum geführt worden. Eine Reihe anderer harrt noch der gleichen Widerlegung. Zu diesen gehört aller Wahrscheinlichkeit nach auch die pessimistische oder skeptische Beurteilung der palästinensischen Kolonisationsmöglichkeiten, wie sie vielfach, zum Beispiel auch neulich in der Neuen Zeit, zum Ausdruck kam. Die neue Zeitschrift wird hierüber wohl bessere Einsicht verbreiten helfen und dadurch nicht nur der zionistischen Arbeit sondern auch der Kolonisations-tätigkeit im allgemeinen vielleicht wesentliche Dienste leisten.

## DIVERSA

### Aus der Zeit

Adams Lehmann †

Am 10. Oktober verstarb nach längerem Leiden in München Dr. Hope Bridges Adams Lehmann, im Alter von 60 Jahren. Der Tod ihres Mannes, des Genossen Dr. Carl Lehmann, der als freiwilliger Arzt kurz nach Kriegsausbruch ins Feld gezogen und im aufreibenden vaterländischen Dienst ein Opfer seines schweren Berufs geworden war, hatte diese tapfere Frau innerlich gebrochen. Nachdem sie das Totenbett ihres Mannes in Valenciennes verlassen hatte, lebte sie nur noch dem Gedanken der eigenartigen Persönlichkeit ihres in München allgemein verehrten Mannes ein würdiges Denkmal zu setzen. Mit unendlicher Sorgfalt und Liebe trug sie alle schriftlichen und mündlichen Zeugnisse über sein Leben zusammen, und ihrem hingebenden Fleiß werden wir

vielleicht noch die Darstellung einer fesselnden Periode deutschen Kulturlebens aus der Zeit des erstarkenden, kämpfenden Sozialismus zu verdanken haben. Das Material zu dieser Geschichte des Sozialismus befindet sich in den Händen eines Mannes, der wie dazu berufen ist diese Kulturepoche lebensvoll erstehen zu lassen.

Nach Kriegsbeginn wagte die tapfere Frau (und darin spiegelt sich die ganze Heldenhaftigkeit ihres Charakters) den kühnen Schritt und *schmuggelte* sich unter Lebensgefahr in England ein, um aus eigenster persönlicher Erfahrung heraus die Volksstimmung in England zu erfassen. Sie trat dort mit führenden politischen Köpfen der englischen sozialistischen Parteien in Verbindung und vermittelte uns wesentliche Kenntnisse für eine Beurteilung der englischen Volkskreise in diesem Weltkrieg. Zahlreiche charakteristische zeitgeschichtliche Dokumente übersetzte sie aus der englischen Sprache ins Deutsche. Sie war eine liebevolle und unparteiische Beurteilerin des englischen und des deutschen Volkslebens, und ihre Kritik war versöhnend und aufbauend, mit dem Ziel einer werdenden Völkergemeinschaft. Nur dann hatten ihre Urteile eine gewisse Schärfe, wenn sie von bestimmten leitenden Staatsmännern Englands sprach, deren kontinentalfremden Ansichten sie einen Teil der Schuld an diesem Weltkrieg zuschrieb. Natürlich arbeitete sie ebenfalls unermüdlich an einer Beseitigung bornierter Vorurteile gegen England. Wenn man in das großzügige, liebenswürdige und grundgerechte Wesen dieser prächtigen Frau eindringen will, dann muß man gerade diese hier kurz geschilderten Ereignisse in ihren letzten beiden Lebensjahren kennen lernen.

Hope Bridges Adams Lehmann war durch ihre wahrhaft menschliche Charakteranlage und durch gründliche wissenschaftliche Studien zum Sozialismus gekommen. Durch eine beispiellose Energie hatte sie alle Schranken aus dem Weg geräumt, die unsere zünftigen Gelehrtenkreise und eine reaktionäre Universitätsgesetzgebung einer studierenden Frau entgegenstellten. Nachdem sie in Leipzig ihre medizinischen Studien absolviert hatte, warf sie sich mit einem solchen Feuereifer in die Praxis, daß sie sich als Frauenärztin einen weit über die Grenzen Deutschlands reichenden Ruf erwarb. Und sie stellte ihr bedeutendes Können vor allem in den Dienst

der Armen und Bedrückten. Als wir am 12. Oktober die große Ärztin und Menschenfreundin zur ewigen Ruhe geleiteten, da folgten ihrem Sarg tieftrauernde Frauen aus dem Proletariat, denen sie, oft unter den schwersten persönlichen Opfern, geholfen hatte. Und die Trauerversammlung selbst brachte in ihrer eigenartigen Zusammensetzung das zum Ausdruck, was diese seltene Frau in ihrem Leben erstrebt hatte: die Vereinigung der schöpferischen Wissenschaft und der schaffenden Arbeit. Männer der Arbeit und Männer der Wissenschaft umstanden ihre Bahre. Den deutschen Arbeitern war Hope Bridges Adams Lehmann eine Führerin zu einer neuen Welt der Menschheitskultur, und die Arbeiter wußten, daß ihr Geist in der Tiefe schürfte. Zahlreiche, sich über alle Lebensgebiete verbreitende Aufsätze in der sozialdemokratischen Tagespresse, in den Sozialistischen Monatsheften und in der Neuen Zeit belehrten die Arbeiter über den riesenhaften Fonds von wissenschaftlichen Kenntnissen, die sich jene Frau in rastloser Arbeit erworben und in den Dienst der Höherentwicklung der Menschheit gestellt hatte. Den Männern der Wissenschaft war Frau Dr. Adams Lehmann ebenfalls eine Wegweiserin. Sie führte sie in die Tiefe der schaffenden Volkskräfte hinein. Sie rief diesen Männern zu: Das Emporstreigen der Arbeiter zum Licht und zur Freiheit wandelt erst die Wissenschaft wirklich in eine Lebensmacht; erst dann werden Millionen von Männern und Frauen befähigt die Forschungsergebnisse der Wissenschaft in sich aufzunehmen und ihnen tatsächlich nachzuleben. Die Durchsetzung dieses idealen Strebens hat aber eine vollständige Umgestaltung unserer Erziehungsverhältnisse zur Voraussetzung. Und diese Reform mußte nach ihrer Ansicht bei den Unterstufen alles Unterrichts beginnen: bei dem Kindergarten. Sie schuf deshalb in dem Münchener Versuchskindergarten eine soziale Arbeitserziehung, und für diese Idee wußte sie Hochschulpromessoren und Schulmänner aller politischen Richtungen zu entflammen. So den Stadtschulrat Kerschesteiner, die Professoren Günther, Sieper, Fischer usw. In den Tagen ihrer Vollkraft besuchte sie, obwohl sie mit Berufspflichten und mit sozialer Wohlfahrtspflege

völlig überlastet war, tagtäglich den Versuchskindergarten, und sie war schier unerschöpflich in immer neuen Anregungen zur Erweiterung der Ziele und zur Verbesserung der Unterrichtsmethoden dieser Anstalt. Wie leuchteten ihre grundgütigen Augen, wenn mit den Kleinen neue Fortschritte erzielt waren! Der zu erziehende Mensch war für Frau Adams Lehmann der Mann und die Frau. Die Bildung sollte nicht das Monopol des Mannes allein sein. Mit dem Mann sollte die Frau in gleichem Schritt dem gleichen Bildungs- und Kulturideal zustreben. Und diese Forderung erhob sie vor allem im Interesse der Veredelung der geschlechtlichen Beziehungen zwischen Mann und Weib, zur sittlichen und intellektuellen Fortentwicklung der Ehe. Keine bloße Tisch- und Bettgemeinschaft sollte die Ehe sein sondern eine wirkliche geistige Lebensgemeinschaft. Der Sozialismus der Frau Adams Lehmann war keine nur an die Männer gerichtete frohe Botschaft von der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeit sondern ein Evangelium für beide Geschlechter. Und hier fand sie sich mit August Bebel zusammen, der in seiner Propagandaschrift *Die Frau und der Sozialismus* gleichsam unserer Genossin Adams Lehmann ihr Lebensprogramm niedergeschrieben hatte. Durch eine 25jährige Freundschaft war sie mit ihm verbunden; und Bebel durfte in seinem Kampf für die Befreiung der Frau manche wertvolle Anregung von ihr erhalten haben. Überhaupt zeigte der Sozialismus beider Persönlichkeiten viel Verwandtes: das tiefe Interesse für die großen theoretischen Endziele des Sozialismus, das mutige Einstehen für das als richtig Erkannte und das feine Verständnis für sozialistische Praxis. Frau Adams Lehmann war eine Kämpferin und Arbeiterin. Ihre aufbauende Arbeit hat sich in München in mancher sozialen Schöpfung verkörpert. Für ein vom neuen sozialen Geist der Zeit beseeltes *Frauenheim*, das eine ganze Reihe von Frauenproblemen praktisch lösen soll, standen bereits die Grundlinien fest. Hope Bridges Adams Lehmann schien ganz der niederen Sphäre des Hasses entrückt zu sein. Dieser edle Mensch konnte in Wahrheit von sich sagen: »Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da.«

PAUL KAMPPMEYER